



Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

Die Kraftfahrzeugindustrie
Datengewinnung aus dem betrieblichen
Rechnungswesen





Fotonachweis

T i t e l f o t o : Opel Kaiserslautern

Die Kraftfahrzeugindustrie zählt in Rheinland-Pfalz mit zu den wichtigsten Branchen im verarbeitenden Gewerbe.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	69
Die Kraftfahrzeugindustrie – ein wichtiger Industriezweig für Rheinland-Pfalz	80
Gewinnung statistischer Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen – das Projekt eSTATISTIK.core	84
Das Bruttoinlandsprodukt als gesamtwirtschaftlicher Indikator	89
Daten zur Konjunktur	97
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	119
Neuerscheinungen	129

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Verbraucherpreise sind im Jahr 2005 um 2,1% gestiegen

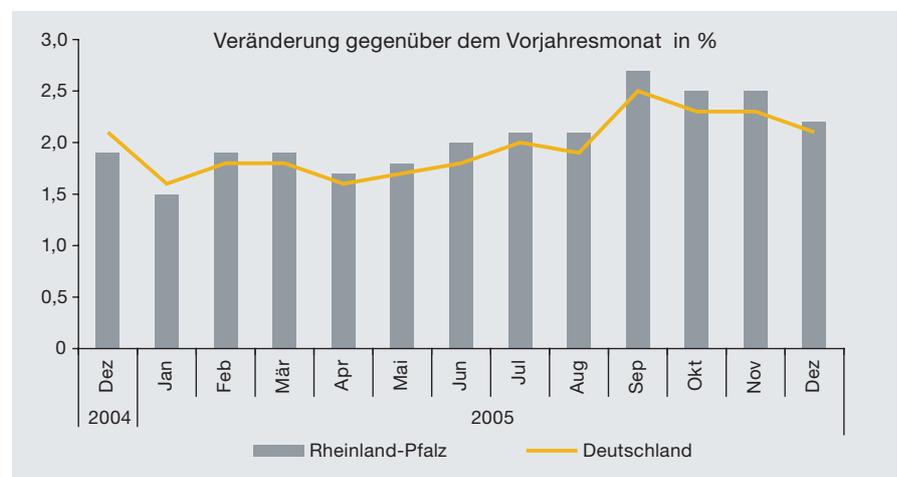
Preis-Lohn-Spirale aber nicht erkennbar

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz ist im Jahresdurchschnitt 2005 gegenüber 2004 um 2,1% gestiegen, nach 1,6% im Jahr 2004 und 0,9% im Jahr 2003. In besonderem Maße verantwortlich dafür, dass auch in Rheinland-Pfalz die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Schwelle von 2% überschritten wurde, sind die deutlich gestiegenen Energie- und Kraftstoffpreise. So mussten die rheinland-pfälzischen Haushalte im Jahr 2005 durchschnittlich 12,6% höhere Preise für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl) zahlen als im Vorjahr. Die Kraftstoffpreise stiegen im Durchschnitt des Jahres 2005 um 8,3%. Ohne Haushaltsenergie und

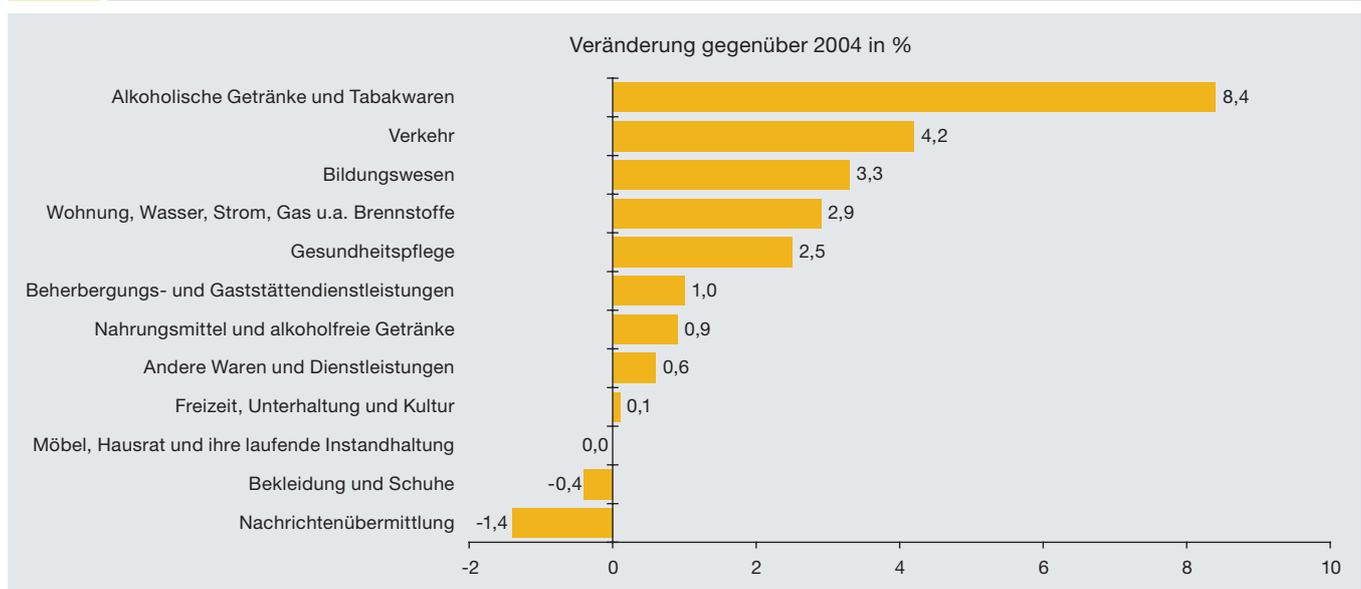
Kraftstoffe gerechnet lag das Niveau der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz 2005 lediglich um 1,2% über dem des Vorjahres. Im Jahr 2004 war der Verbraucherpreisindex ohne Haushaltsenergie und Kraftstoffe gerechnet mit +1,3% sogar etwas stärker gestiegen.

Im Verlauf des Jahres 2005 hatte die Teuerungsrate für Rheinland-Pfalz im September mit 2,7% den höchsten Wert der vergangenen fünf Jahre erreicht. In den beiden folgenden Monaten lag die Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahr bei 2,5% und sank im Dezember auf 2,2%.

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Dezember 2004 und im Jahr 2005 nach Monaten



Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 2005 nach Güter- und Dienstleistungsgruppen



Aufgrund der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung im Euro-Währungsgebiet hat die Europäische Zentralbank mit Wirkung vom 6. Dezember 2005 die Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte angehoben, nachdem diese zweieinhalb Jahre auf einem historisch niedrigen Stand verharrten. Die Europäische Zentralbank ist bestrebt, die Teuerungsrate im Euro-Währungsgebiet unter 2% zu halten. Für das gesamte Euro-Währungsgebiet hatte die Teuerungsrate im Oktober bei 2,5% und im November bei 2,3% gelegen. Zum Vergleich: In Rheinland-Pfalz wurde in diesen beiden Monaten eine Teuerungsrate von jeweils 2,5% gemessen. Die Zinserhöhung wurde mit Risiken für die Preisniveaustabilität, insbesondere aufgrund der Unsicherheit

über die weitere Ölpreisentwicklung und aufgrund der Möglichkeit von „Zweitrundeneffekten“ durch das Preis- und Lohnsetzungsverhalten („Preis-Lohn-Spirale“), begründet. Für das Jahr 2006 werden weitere Zinserhöhungen erwartet.

Für Rheinland-Pfalz ist bisher der Beginn einer Preis-Lohn-Spirale nicht erkennbar. So stiegen die Monatsgehälter der vollzeitbeschäftigten Angestellten in den statistisch erfassten Wirtschaftsbereichen Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungswirtschaft mit durchschnittlich 1,7% im Jahr 2005 deutlich langsamer als in den Jahren zuvor. Im Jahr 2004 waren die Angestelltenverdienste um 2,6% gestiegen, 2003 um 3,4% und im Jahr

2002 um 3,9%. Der Anstieg der Verdienste ist seit 2002 von Jahr zu Jahr niedriger ausgefallen und blieb 2005 mit 1,7% unter der Teuerungsrate von 2,1%.

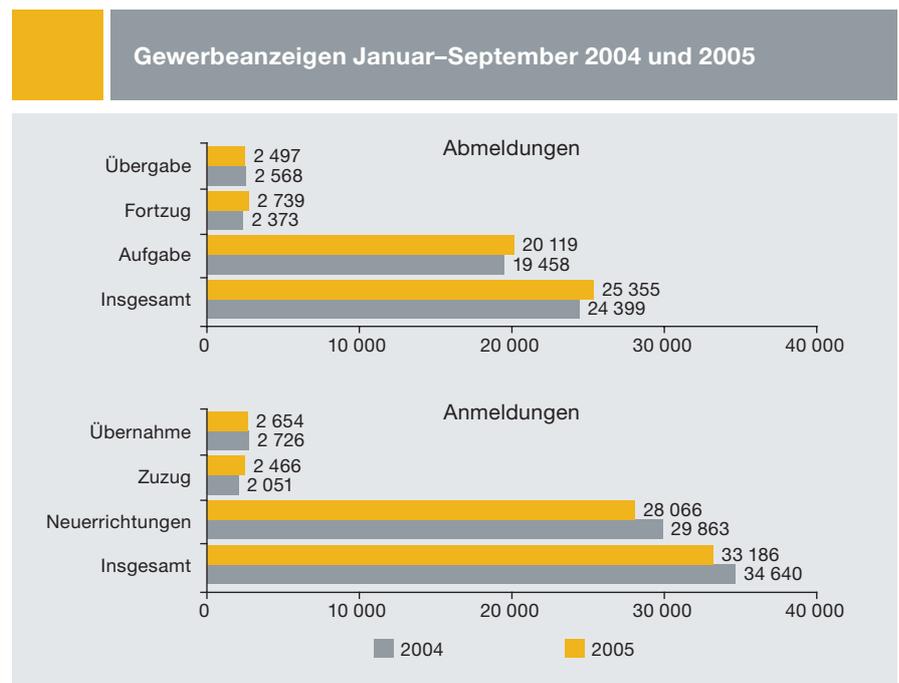
Die Wirkung von Steuer- und Gebührenerhöhungen auf die Teuerungsrate waren im Jahr 2005 nicht zu vernachlässigen. Von merklichem Einfluss waren die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für wenig schadstoffreduzierte Personenkraftwagen zum 1. Januar 2005, die den Verbraucherpreisindex um 0,1 Prozentpunkte steigen ließ, und die drei Stufen der Tabaksteuererhöhung in den Jahren 2004 und 2005, die sich im Verbraucherpreisindex 2005 mit knapp 0,3 Prozentpunkten niederschlugen.

Gewerbeanzeigen und Insolvenzen in den ersten drei Quartalen

Weniger Gewerbeanmeldungen, mehr -abmeldungen

In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres weniger Gewerbeanmeldungen gezählt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Kommunen registrierten rund 33 200 Gewerbeanmeldungen, das war ein Rückgang von 4,2% gegenüber den ersten drei Quartalen 2004. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen lag mit fast 25 400 um 3,9% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Gut 84% der Gewerbeanmeldungen betrafen Neuerrichtungen, rund 8%



Übernahmen und 7% Zuzüge. Die Gewerbeabmeldungen entfielen zu fast 80% auf Betriebsaufgaben, der Rest verteilte sich zu fast gleichen Teilen auf Fortzüge und Übergaben von Unternehmen durch Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Rechtsformänderung oder Gesellschafteraustritt.

Rund 53% der Anmeldungen kamen in den ersten neun Monaten dieses Jahres aus den Bereichen „Handel und Instandhaltung“ sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (Vorjahreszeitraum 55,2%). Im Bereich des Handels und der Instandhaltung war ein Rückgang der Anmeldungen von fast 9% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Sowohl bei den Gewerbean- als auch -abmeldungen je 10 000 Einwohner stand die Stadt Speyer an erster Stelle. Der Landkreis Kusel verzeich-

nete die wenigsten Anmeldungen und der Landkreis Trier-Saarburg die wenigsten Abmeldungen je 10 000 Einwohner.

Bei den Anmeldungen im Nebengewerbe gab es auffallend viele Meldungen im Bereich der Energieversorgung. Ursache dafür dürften die Privathaushalte sein, die mit Photovoltaikanlagen Strom zur Einspeisung ins Netz gewinnen. Zum Betreiben einer solchen Anlage ist ein Gewerbeschein erforderlich.

Mehr Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen

In den ersten drei Quartalen 2005 wurden bei den Amtsgerichten in Rheinland-Pfalz 1 257 Unternehmensinsolvenzen angemeldet. Das ist gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Zuwachs von 67 Anträgen (+5,6%). Die voraussichtlichen Forderungen aus diesen In-

solvenzen betragen rund 642 Mill. Euro (+4,2%).

Die meisten Unternehmensinsolvenzen wurden im Handel, im Baugewerbe sowie im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ gemeldet, zu dem beispielsweise Fahrzeugvermieter, Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieure und Gebäudereiniger gehören. Ein Rückgang der Insolvenzen konnte unter anderem in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe sowie Verkehr- und Nachrichtenübermittlung festgestellt werden.

Die kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken sowie der Landkreis Altkirchen lagen bei der Insolvenzhäufigkeit (Zahl der Unternehmensinsolvenzen bezogen auf 1 000 aktive Unternehmen) an der Spitze. Dagegen wurden die relativ wenigsten Insolvenzen in den Kreisen Cochem-Zell und Gernersheim sowie in der Stadt Landau verzeichnet.

Die Zahl der übrigen Schuldner, die Insolvenz beantragen, nimmt weiterhin zu. Bei den Amtsgerichten wurden 3 483 Anträge registriert, dies entspricht einem Zuwachs von 23% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In rund 2 200 Fällen waren Verbraucher betroffen, das waren 25% mehr als in den ersten drei Quartalen 2004. Die Forderungen aus den Verbraucherinsolvenzen belaufen sich auf mehr als 186 Mill. Euro.

In der Stadt Pirmasens nutzten die relativ meisten überschuldeten Pri-

Unternehmensinsolvenzen von Januar–September nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Januar–September		Veränderung
	2004	2005	
	Anzahl		
Handel	225	283	58
Baugewerbe	283	281	-2
Grundstückswesen, Vermietung, wirtschaftliche Dienstleistungen	235	248	13
Verarbeitendes Gewerbe	151	129	-22
Gastgewerbe	84	108	24
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	86	70	-16
Erbringung sonstiger Dienstleistungen	54	49	-5
Land- und Forstwirtschaft	32	34	2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	18	29	11
Kredit- und Versicherungsgewerbe	12	13	1
Erziehung und Unterricht	3	10	7
Energie und Wasserversorgung	5	2	-3
Fischerei und Fischzucht	1	1	0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	-	-1
Insgesamt	1 190	1 257	67

vathaushalte die Möglichkeit der Verbraucherinsolvenz. Die wenigsten Anträge je 10 000 Einwohner wurden in den Kreisen Birkenfeld, Cochem-Zell und in der Stadt Worms registriert.

Bundesweit war ein Rückgang der Unternehmensinsolvenzen von 5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. In den ersten drei Quartalen 2005 wurden 28 254 In-

solvenzen von Unternehmen registriert. Auf Bundesebene war ein noch stärkerer Anstieg der Verbraucherinsolvenzen mit 48 916 Fällen (+40%) festzustellen.

**Drittes Quartal 2005:
Handwerk mit Umsatz- und Beschäftigeminus**

Mehr Beschäftigte im Nahrungsmittelgewerbe und bei Friseuren

Die Zahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Handwerk geht weiter zurück. Am Ende des dritten Quartals 2005 waren 3% weniger Menschen im Handwerk beschäftigt als ein Jahr zuvor. Zugleich lagen im gesamten Quartal die Umsätze der selbstständigen Handwerksunternehmen in diesen Gewerben um 0,2% unter denen des Vorjahresquartals. Zum Vergleich: Bundesweit gab es im Handwerk 3,3% weniger Beschäftigte, die Umsätze sanken um 0,3%.

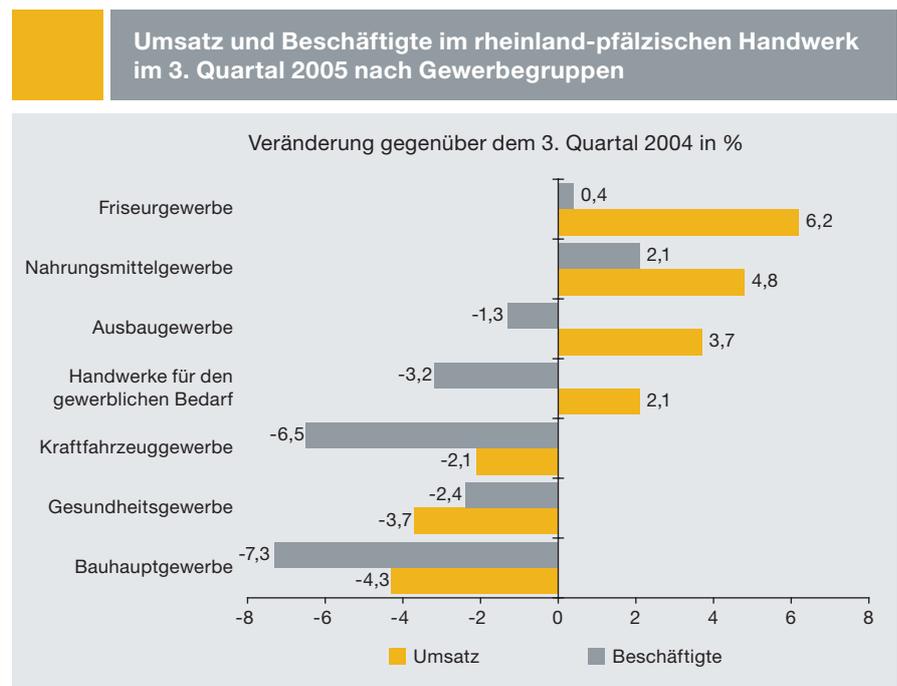
Ein Beschäftigungsabbau wurde in fünf der insgesamt sieben Gewerbegruppen des zulassungspflichtigen Handwerks registriert. Einen überdurchschnittlichen Beschäftigtenrückgang hatte mit -7,3% das Bauhauptgewerbe zu verzeichnen, gefolgt vom Kraftfahrzeuggewerbe mit -6,5%. Personalreduzierungen gab es auch bei den Handwerken für den gewerblichen Bedarf, zu denen beispielsweise Metallbauer und Feinwerkmechaniker gehören (-3,2%), beim Gesundheitsgewerbe (-2,4%) und beim Ausbaugewerbe

(-1,3%). Nur das Nahrungsmittelgewerbe (+2,1%) und das Friseurgewerbe (+0,4%) beschäftigten mehr Menschen als im dritten Quartal des Jahres 2004.

Die Umsätze fielen in drei der sieben Gewerbegruppen im dritten Vierteljahr 2005 niedriger aus als im Vorjahresquartal. Den stärksten Umsatzrückgang musste mit -4,3% das Bauhauptgewerbe hinnehmen. Rückläufig war die Umsatzentwicklung auch im Gesundheitsgewerbe (-3,7%) und im Kraftfahrzeuggewerbe (-2,1%). Deutliche Umsatzsteigerungen konnten demgegenüber das

Friseurgewerbe mit +6,2% und das Nahrungsmittelgewerbe mit +4,8% erwirtschaften. In den Gewerbegruppen „Ausbaugewerbe“ und „Handwerke für den gewerblichen Bedarf“ belief sich das Umsatzplus auf 3,7% bzw. 2,1%.

Die vierteljährliche Handwerksberichterstattung dient der laufenden Beobachtung der konjunkturellen Lage im Handwerk. Gleichzeitig sollen Strukturveränderungen im Handwerk frühzeitig aufgezeigt werden. Dazu werden 2 300 repräsentativ ausgewählte zulassungspflichtige Handwerksunternehmen (von insgesamt 21 500)



befragt. Basis zur Berechnung der ausgewiesenen Messzahlen ist das Jahr 2003. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen absolute Werte nicht vor.

Detaillierte Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 3. Vierteljahr 2005“, der kostenfrei als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden kann: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/index.html>.

Bauunternehmen investierten nur noch 68 Mill. Euro

Mit dem starken Rückgang der Zahl rheinland-pfälzischer Bauunternehmen (mit 20 und mehr Beschäftigten) und der damit einhergehenden Verringerung der Gesamtleistung um rund 21% allein in den letzten fünf Jahren wurden auch die Investitionen deutlich reduziert. Im Jahr 2004 investierten die Bauunternehmen nur noch 68,3 Mill. Euro, dies entspricht

einem Rückgang um rund 12 Mill. Euro (-15%) gegenüber 2003. Rund 91% der Bruttoanlageinvestitionen wurden für Maschinen und maschinelle Anlagen ausgegeben, etwa 9% für Grundstücke und Bauten.

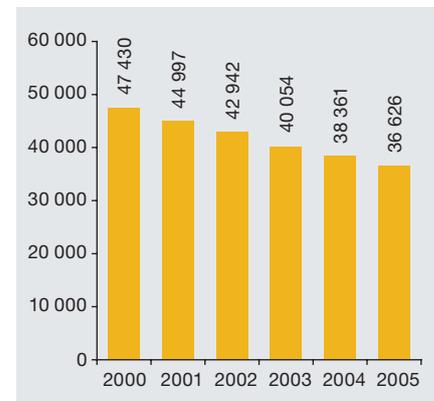
56,7 Mill. Euro investierten im Jahr 2004 die Unternehmen des Bauhauptgewerbes (-15% gegenüber 2003) und 11,6 Mill. Euro die Unternehmen des Ausbaugewerbes (-17%). Damit setzte sich der stetige Rückgang der Investitionen im Baugewerbe weiter fort. Im Jahr 2000 tätigten die rheinland-pfälzischen Bauunternehmen mit 133 Mill. Euro noch Investitionen in fast doppelter Höhe.

Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe sinkt weiter

Wohnungsbau ist Umsatzstütze für Kleinbetriebe

Die Zahl der Arbeitsplätze im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. Im Juni waren 36 600 Män-

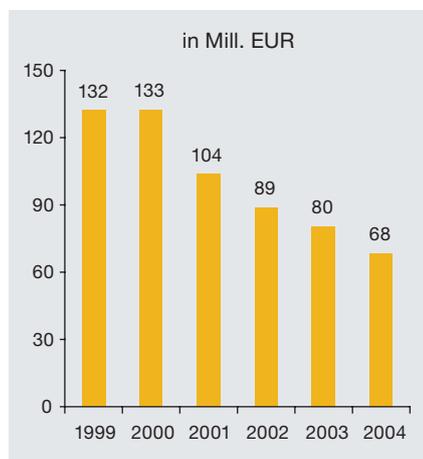
Beschäftigte im Bauhauptgewerbe 2000–2005



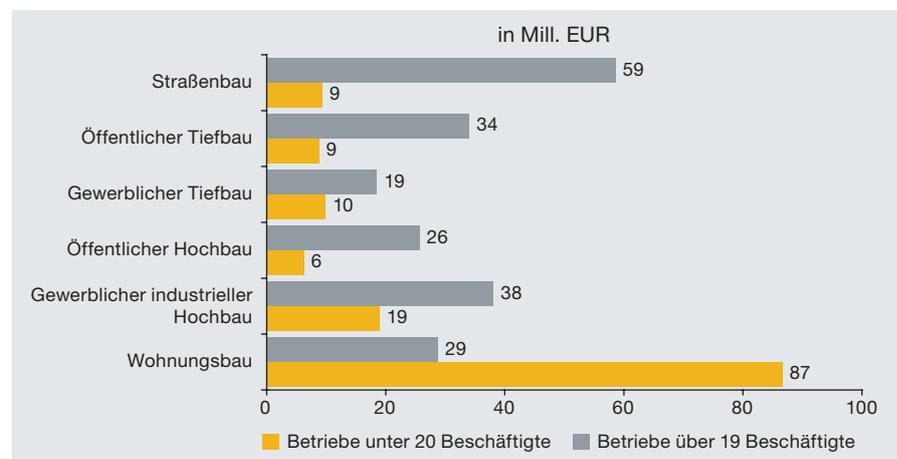
ner und Frauen in dieser Branche beschäftigt, 1 735 oder 4,5% weniger als ein Jahr zuvor.

Die jährliche Totalerhebung im Bauhauptgewerbe macht auch deutlich, dass Kleinbetriebe in dieser Branche in Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle spielen und dass diese Betriebe vor allem im Wohnungsbau tätig sind. Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten erwirtschafteten im Juni 2005 mehr als 60% ihres baugewerblichen Umsatzes von 140 Mill. Euro im Wohnungsbau. Der gewerbliche

Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe 1999–2004



Bauhauptgewerbliche Umsätze im Juni 2005 nach Bauarten und Beschäftigtengrößenklassen



und industrielle Hochbau hatte bei den kleinen Betrieben einen Umsatzanteil von 14%, im öffentlichen Tiefbau wurden rund 7% des Umsatzes erwirtschaftet. Von den insgesamt 3 731 Betrieben im Land hatten 3 390 weniger als 20 Beschäftigte. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe – rund 19 100 – waren in Kleinbetrieben tätig.

Die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten erzielten im Berichtsmonat Juni 2005 einen baugewerblichen Umsatz von 204 Mill. Euro. Davon entfielen 29% auf den Straßenbau, der gewerbliche und industrielle Hochbau lag bei 19%. Im öffentlichen Tiefbau wurden 17% und im öffentlichen Hochbau 13% des Umsatzes getätigt. Der Umsatzanteil für den Wohnungsbau betrug bei den größeren Betrieben lediglich 14%.

Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2005 um 4 200 gesunken

Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe, Zunahme bei Dienstleistungen

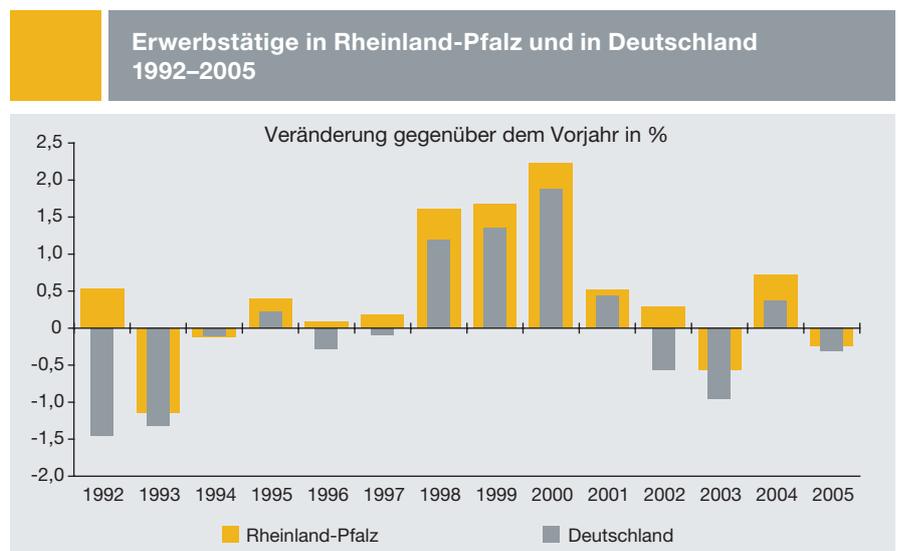
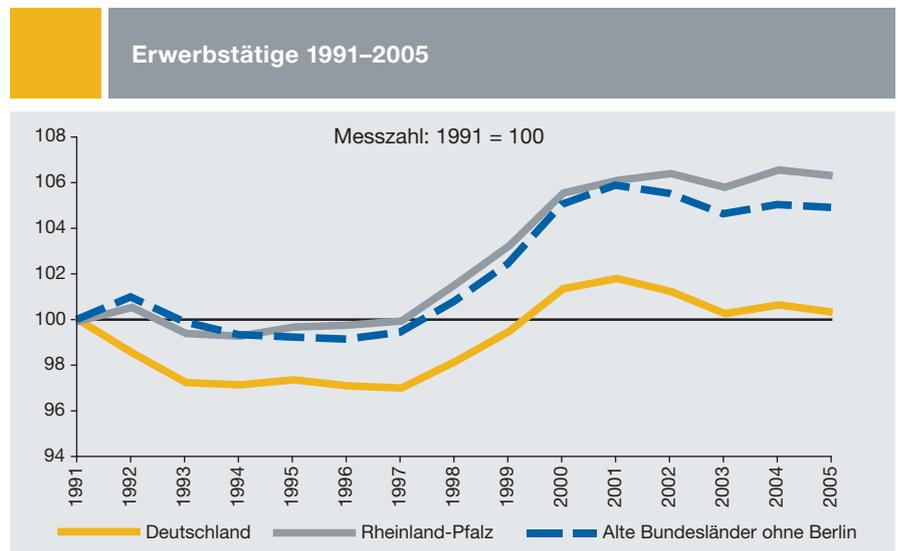
In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr leicht gesunken. Einer ersten vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ zufolge hatten im Durchschnitt des Jahres 2005 rund 4 200 Personen weniger ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz als im Jahr 2004. Dies entspricht einem Rückgang um 0,2%, nachdem im Jahr 2004 die Beschäftigung noch um 0,7% gestiegen war. Damit ver-

lief die Entwicklung hierzulande etwas günstiger als im gesamten Bundesgebiet, wo es eine Abnahme um durchschnittlich 0,3% gab. Insgesamt hatten im Durchschnitt des Jahres 2005 rund 1,777 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, das waren rund 4,6% aller Erwerbstätigen in Deutschland.

Die langfristige Betrachtung seit 1991 zeigt einen überdurchschnittlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz. Hierzulande lag

die Zahl der Erwerbstätigen 2005 um 6,3% (gut 105 000) über dem Niveau von 1991, während in den alten Bundesländern ohne Berlin ein Anstieg um 4,9% zu verzeichnen war. In ganz Deutschland lag die Zahl der Erwerbstätigen 2005 fast auf dem Niveau von 1991.

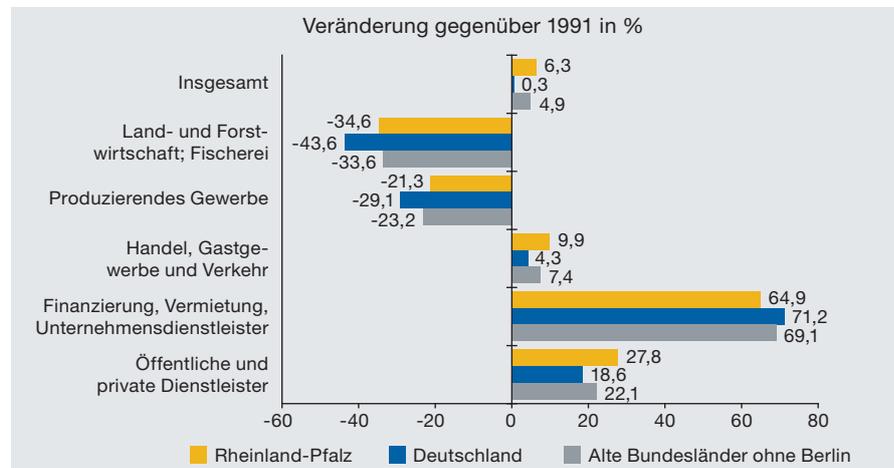
Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit ist im vergangenen Jahr wiederum durch arbeitsmarktpolitische Reformen beeinflusst worden. Anders als im Vorjahr konnte der Rückgang



der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse durch Zuwächse bei „Ich-AGs“ und ausschließlich geringfügiger Beschäftigung („Minijobs“), trotz der starken Ausweitung von Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) im Rahmen von Hartz IV, nicht ausgeglichen werden. Eine Aufschlüsselung nach Selbstständigen, einschließlich mithelfenden Familienangehörigen und Arbeitnehmern, ist im Rahmen der zweiten Berechnung im März 2006 möglich. Erste Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit ergeben für September 2005 einen Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 11 600 oder –1% gegenüber September 2004.

In den Wirtschaftsbereichen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit im Jahr 2005 unterschiedlich. Wie in den Vorjahren standen Arbeitsplatzverlusten im produzierenden Gewerbe Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungsbereichen gegenüber. So ist die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe im Jahresdurchschnitt um rund 11 500 oder 2,4% gesunken. In den Dienstleistungsbe-
reichen insgesamt waren dagegen per Saldo 7 200 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor, das entspricht einem Zuwachs um 0,6%. Dazu haben die Bereiche „Öffentliche und private Dienstleister“ sowie „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ mit jeweils +1,5% beigetragen. Zum Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ gehören neben der öffentlichen Ver-

Erwerbstätige 2005 nach Wirtschaftsbereichen



waltung auch Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste, zu „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zählen neben dem Kredit- und Versicherungsgewerbe die Dienstleister für Unternehmen wie Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros u. Ä. Dagegen war der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ ein weiterer Schwerpunkt des Beschäftigungsabbaus. Hier verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Vorjahresvergleich um 1,1%. In der Land- und Forstwirtschaft war in Rheinland-Pfalz entgegen dem Bundestrend ein leichter Zuwachs zu verzeichnen.

Durch den weiteren Beschäftigungsabbau im produzierenden Gewerbe ist der Anteil dieses Sektors an der Gesamtbeschäftigung von 35,5% im Jahr 1991 auf 26,3% im Jahr 2005 gesunken. Der Dienstleistungssektor hat in diesem Zeitraum seinen Anteil an der Gesamtbeschäftigung in Rheinland-Pfalz von 59,9 auf 70,9%

ausgedehnt. Die restlichen 2,8% der Erwerbstätigen waren 2005 in der Land- und Forstwirtschaft tätig, 1991 waren es noch 4,6%. Zu diesem Strukturwandel hat eine Vielzahl wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktoren beigetragen. Stärkerer internationaler Wettbewerbsdruck und Spezialisierungszwang führen beispielsweise dazu, dass Unternehmen des produzierenden Gewerbes vermehrt Dienstleistungen ausgliedern oder extern einkaufen. Neben dem Anstieg der unternehmensnahen Dienstleistungen erhöhen z. B. demographische Faktoren den Bedarf an sozialen Dienstleistungen.

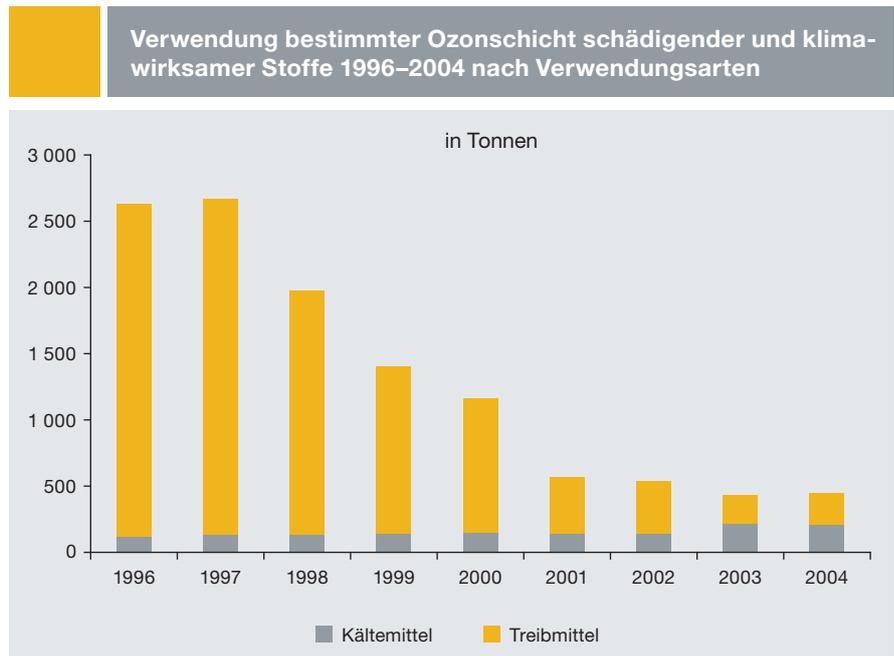
Die Ergebnisse beruhen auf der ersten Fortschreibung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, die sich auf aktuell verfügbare Basisstatistiken stützt. Detaillierte Informationen zur Erwerbstätigenrechnung gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises unter <http://www.hsl.de/erwerbs-taetigenrechnung/>.

Langfristig deutlicher Rückgang beim Einsatz Ozonschicht schädigender und klimawirksamer Stoffe

Im Jahr 2004 haben rheinland-pfälzische Unternehmen 449 t Ozonschicht schädigende bzw. klimawirksame Stoffe verwendet. Das waren 4% mehr als im Jahr 2003, jedoch über 80% weniger als im Jahr 1996, als diese Stoffe erstmals statistisch erfasst wurden. Damals setzten die Unternehmen noch 2 631 t ein.

Den Verbrauch von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) und halogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen (H-FCKW) haben die rheinland-pfälzischen Unternehmen im Jahr 2004 gegenüber 2003 um fast die Hälfte auf nun 38 t vermindert. Diese Stoffe gelten als klimawirksam und als Ozonschicht schädigend. Da der stufenweise Ausstieg aus der Verwendung dieser Substanzen bis zum Jahr 2015 durch EU-Vorschriften eindeutig festgelegt ist, werden diese Mittel auch als „geregelte Stoffe“ bezeichnet. Ihr Einsatz hat Mitte der 1990er-Jahre noch bei über 2 500 t jährlich gelegen. Maßgeblich zum Rückgang des Verbrauchs dieser Stoffe beigetragen hat der Einsatz alternativer Treibmittel bzw. von Verfahren bei der Herstellung von Kunst- und Schaumstoffen sowie bei der Produktion von Aerosolprodukten (z. B. Asthmasprays). Erstmals wurden im Jahr 2004 keine geregelten Stoffe mehr als Treibmittel eingesetzt.

Dagegen haben die als Ersatzstoffe verwendeten fluorierten Kohlenwas-



serstoffe (FKW, H-FKW) mit 342 t und Blends (70 t) im Jahr 2004 neue Höchstmengen erreicht. Während die Fluorkohlenwasserstoffe lediglich klimawirksam werden, haben die Blends (Gemische aus zwei oder mehreren Stoffen, die mindestens einen Ozonschicht schädigenden bzw. klimawirksamen Stoff enthalten) in der Regel auch noch ein geringes Ozonschicht schädigendes Potenzial.

Da die Wirksamkeit der Stoffe sehr unterschiedlich ist, wird auch das von diesen Stoffen ausgehende Ozonabbau- und Treibhauspotenzial berechnet. Dabei zeigt sich, dass der Ersatz des Ozonkillers FCKW und der anderen geregelten Stoffe innerhalb der vergangenen acht Jahre zu einer Verringerung des Ozonabbaupotenzials um über 99% führte. Im gleichen Zeitraum ging das Treibhauspotenzial – Maßstab für die Klimawirksamkeit der Stoffe – um 92% zurück.

Die Daten stammen aus der jährlichen Erhebung bestimmter Ozonschicht schädigender und klimawirksamer Stoffe. Befragt werden Unternehmen, die Ozonschicht schädigende Stoffe herstellen, ein- oder ausführen und in Mengen von mehr als 50 kg pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden.

488 000 Schülerinnen und Schüler besuchen allgemein bildende Schulen

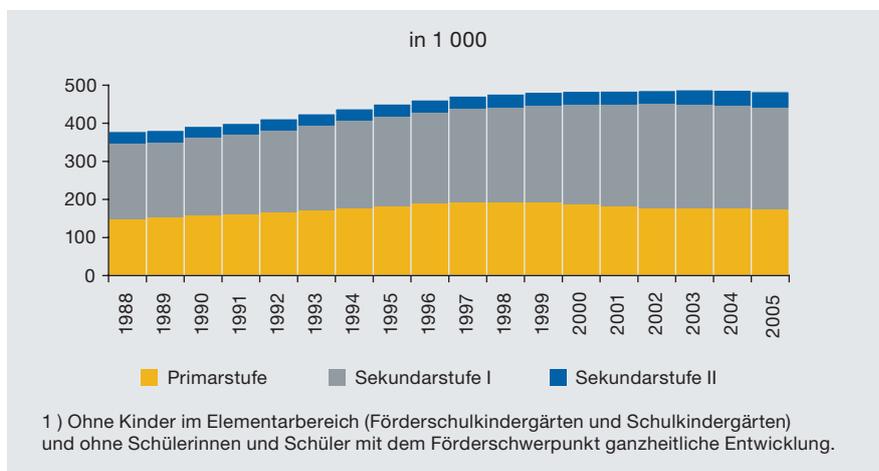
Folgen des Geburtenrückganges werden spürbar

Knapp 488 000 Schülerinnen und Schüler besuchen im laufenden Schuljahr eine allgemein bildende Schule in Rheinland-Pfalz. Dies sind rund 4 000 Kinder und Jugendliche (0,8%) weniger als im Vorjahr.

Insbesondere im Grundschulbereich schmelzen die Schülerzahlen infolge rückläufiger Geburtenzahlen seit Ende der 1990er Jahre kontinuierlich ab. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Kinder, die hier in das schulische Lernen eingeführt werden, um insgesamt 1 585 oder 0,9% gesunken. Zurzeit besuchen 169 106 Schülerinnen und Schüler eine Grundschule.

An den weiterführenden Schulen verläuft die Entwicklung uneinheitlich. Während an den Hauptschulen im Lande die Schülerzahlen seit Jahren – so auch zum aktuellen Schuljahr wieder um nunmehr annähernd 9% deutlich auf 43 798 sinken, legen die regionalen Schulen und die dualen Oberschulen über die Jahre gesehen zu. Dies ist die Konsequenz einer Politik, bei der immer mehr Hauptschulen in regionale Schulen und duale Oberschulen umgewandelt wurden. Mit dem Ausbau dieser Schulformen wird primär das Ziel verfolgt, den Schülerinnen und Schülern wohnortnah ein erweitertes Ausbildungsspektrum zu bieten. Dieses schließt neben dem Hauptschulabschluss auch die mittlere Reife ein. An den regionalen Schulen, deren Bildungsgang sich wie bei den Realschulen auf maximal sechs Ausbildungsjahre erstreckt, wirken sich inzwischen auch die Folgen des demographischen Wandels aus. Die Schülerzahlen sind hier gegenüber dem Vorjahr um 364 bzw. 1% auf nunmehr 34 672 gesunken. An Realschulen werden mit aktuell 68 953 Kindern 994 oder 1,4% weniger Schüler und Schülerinnen als im abgelaufenen Schuljahr

Schüler und Schülerinnen an allgemein bildenden Schulen ¹⁾ 1988–2005 nach Schulstufen



Schüler und Schülerinnen an allgemein bildenden Schulen 2000–2005 nach Schularten

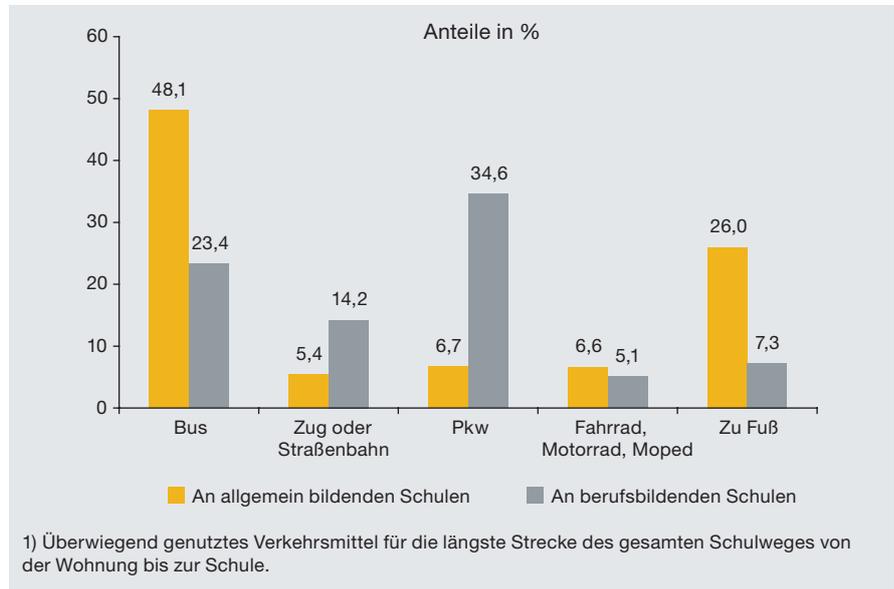
Schulart	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Anzahl						
Schulkindergärten und Förderschulkindergärten	1 332	1 364	1 268	1 272	1 211	1 023
Grundschulen	183 005	176 825	172 433	171 942	170 691	169 106
Hauptschulen	65 034	61 186	57 073	52 565	48 127	43 798
Realschulen	68 207	69 141	70 181	70 523	69 947	68 953
Regionale Schulen	22 067	27 068	31 569	34 249	35 036	34 672
Duale Oberschulen	4 070	5 149	5 951	6 532	6 889	6 938
Gymnasien	112 555	115 014	117 312	120 144	123 846	127 024
Integrierte Gesamtschulen	13 395	14 258	14 856	15 257	15 825	16 165
Freie Waldorfschulen	2 133	2 163	2 209	2 214	2 223	2 297
Förderschulen	16 498	16 951	17 416	17 668	17 513	17 272
Kollegs- und Abendgymnasien	509	523	613	699	718	742
Insgesamt	488 805	489 642	490 881	493 065	492 026	487 990
Messzahl: 2000/01=100						
Schulkindergärten und Förderschulkindergärten	100	102,4	95,2	95,5	90,9	76,8
Grundschulen	100	96,6	94,2	94,0	93,3	92,4
Hauptschulen	100	94,1	87,8	80,8	74,0	67,3
Realschulen	100	101,4	102,9	103,4	102,6	101,1
Regionale Schulen	100	122,7	143,1	155,2	158,8	157,1
Duale Oberschulen	100	126,5	146,2	160,5	169,3	170,5
Gymnasien	100	102,2	104,2	106,7	110,0	112,9
Integrierte Gesamtschulen	100	106,4	110,9	113,9	118,1	120,7
Freie Waldorfschulen	100	101,4	103,6	103,8	104,2	107,7
Förderschulen	100	102,7	105,6	107,1	106,2	104,7
Kollegs- und Abendgymnasien	100	102,8	120,4	137,3	141,1	145,8
Insgesamt	100	100,2	100,4	100,9	100,7	99,8

2004/05 ausgebildet. An den dualen Oberschulen sind die Schülerzahlen demgegenüber annähernd konstant geblieben.

Leichte Zuwächse verzeichnen gegenüber dem Vorjahr nur noch diejenigen Schularten, deren Ausbildungsgänge sich auch auf den Sekundarbereich II erstrecken. Hier wird durch die auf mehr als sechs Jahre angelegte Ausbildungsphase zurzeit in noch höherem Maße als an den vorgenannten Einrichtungen die Folgegeneration der geburtenstarken Jahrgänge beschult. Entsprechend steigen im Vorjahresvergleich die Schülerzahlen an den Gymnasien um 3 178 (+2,6%) auf 127 024 und an den integrierten Gesamtschulen um 340 (+2,2%) auf 16 165. Auch die freien Waldorfschulen, die ebenfalls eine schulische Ausbildung bis hin zur allgemeinen Hochschulreife eröffnen, legten um 74 (+3,3%) auf nunmehr 2 297 Schülerinnen und Schüler zu. Die rheinland-pfälzischen Kollegs und Abendgymnasien, an denen die allgemeine Hochschulreife im Ganztags- oder Teilzeitunterricht, d. h. auch berufsbegleitend erlangt werden kann, verzeichnen einen Zuwachs um 24 Schüler/-innen (+3,3%). Hier werden im aktuellen Schuljahr 742 vorwiegend Erwachsene auf das „Abitur“ vorbereitet.

Auch in den kommenden Jahren werden die Schülerzahlen an diesen Schulformen mit Sekundarbereich II weiter steigen. Erst ab dem Schuljahr 2008/2009 ist hier mit einem rückläufigen Schülerpotenzial zu rechnen.

Schulpendler 2004 nach Schularten und dem benutzten Verkehrsmittel¹⁾



Mehr als die Hälfte der Schüler ist mit Bus und Bahn unterwegs

Ein Viertel kann den Schulweg zu Fuß zurücklegen

53,5% der Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz, die eine allgemein bildende Schule besuchen, nutzen öffentliche Verkehrsmittel. Fast 90% davon fahren mit dem (Schul-) Bus, gut 10% legen den größten Teil des Schulweges auf der Schiene (Zug oder Straßenbahn) zurück.

Während 6,7% der Schülerinnen und Schüler allgemein bildender Schulen bereits als Selbst- oder Mitfahrer bequem mit dem Pkw zur Schule fahren, sind etwas mehr als 6% mit dem Fahrrad, Moped oder Motorrad unterwegs. Immerhin ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler allgemein bildender Schulen geht – vornehmlich wegen der räumlichen Nähe – zu Fuß zur Schule.

Etwas anders sieht es bei Schülerinnen und Schülern berufsbildender Schulen aus. Hier kommt bereits mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler selbst mit dem Pkw zur Schule oder wird von anderen mitgenommen. Auf ein öffentliches Verkehrsmittel greifen 37,6% zurück. 5% fahren mit dem Fahrrad, Moped oder Motorrad und gut 7% gehen zu Fuß zur Schule.

Die Daten stammen aus der Mikrozensusbefragung 2004. Im Turnus von vier Jahren werden im Rahmen dieser jährlichen Befragung von einem Prozent aller Haushalte auch Daten zur Pendlereigenschaft erhoben. In Rheinland-Pfalz werden im Rahmen des Mikrozensus 18 000 Haushalte befragt.

Aus der amtlichen Statistik

Mikrozensus 2006: Interviewerinnen und Interviewer sind wieder unterwegs

Welche Berufe üben die Menschen in Rheinland-Pfalz aus? Wie ist die Wohnsituation von Haushalten und Familien? Wie steht es um die Altersvorsorge der Bevölkerung? Antworten auf diese von Politik, Wissenschaft und Medien häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Im Rahmen der Erhebung werden jährlich 1% aller Haushalte in Deutschland befragt. In Rheinland-Pfalz suchen die Interviewerinnen und Interviewer des Statistischen Landesamtes rund 18 000 Haushalte auf.

Seit dem Jahr 2005 hat der Mikrozensus, den es seit 1957 gibt, ein neues Gesicht. Wurden bis 2004 alle ausgewählten Haushalte über eine

festgelegte so genannte „Berichtswoche“ (meist Ende April) befragt, so wird die Mikrozensus-Erhebung jetzt auf alle Wochen des Jahres gleichmäßig verteilt und damit an europäische Standards angepasst. Neben den verbesserten internationalen Vergleichsmöglichkeiten liegt der Vorteil des geänderten Konzepts auch in der größeren Aktualität der Ergebnisse, die bundesweit zukünftig nicht nur jährlich, sondern auch vierteljährlich vorliegen werden.

Auch 2006 werden in Rheinland-Pfalz wieder rund 80 mit Notebooks ausgerüstete Interviewerinnen und Interviewer das ganze Jahr über unterwegs sein. Sie wurden sorg-

fältig ausgewählt, intensiv auf ihre Aufgabe vorbereitet und können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren. Die Interviewerinnen und Interviewer kündigen ihren Besuch einige Tage vorher schriftlich an und geben den Befragten mit dieser Ankündigung auch Informationsmaterial über die Erhebung an die Hand. Das Interviewerteam besteht aus ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten und ist ebenso zur strikten Geheimhaltung verpflichtet wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Statistischen Landesamt. Monatlich werden in Rheinland-Pfalz durchschnittlich rund 1 500 der insgesamt 18 000 Haushalte befragt.

Auszeichnung für herausragende wissenschaftliche Arbeiten: Gerhard-Fürst-Preis 2006 des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt zeichnet auch in diesem Jahr herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit engem Bezug zur amtlichen Statistik mit dem Gerhard-Fürst-Preis aus. Mit der Auslobung des Preises möchte das Statistische Bundesamt Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern einen Anreiz geben, die Daten und Produkte der statistischen Ämter verstärkt für ihre Forschungszwecke zu nutzen. Die Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5 000 Euro, in der Kategorie

„Diplom- und Magisterarbeiten“ mit 2 500 Euro dotiert. In Frage kommende Arbeiten sollten entweder ein für die Arbeit der amtlichen Statistik relevantes theoretisches Thema erörtern oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Das Statistische Bundesamt verleiht seinen Wissenschaftspreis auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2006 können ausschließlich

von den die Arbeiten betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2006 (Datum des Poststempels).

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis und zu den einzureichenden Unterlagen erteilt das Statistische Bundesamt:

Telefon: 0611 75-2695

E-Mail: institut@destatis.de

Internet: www.destatis.de/gerhardfuerstpreis.htm

Die Kraftfahrzeugindustrie – ein wichtiger Industriezweig für Rheinland-Pfalz



Von Rainer Klein

Die Kraftfahrzeugindustrie zählt in Rheinland-Pfalz nach wie vor zu den wichtigsten Branchen des verarbeitenden Gewerbes. Die Exportquote ist weit überdurchschnittlich. Der Anteil der erzielten Umsätze am gesamten verarbeitenden Gewerbe hat zugenommen, ebenso erhöhte sich der Wertschöpfungsanteil dieser Schlüsselindustrie. Die im Vergleich zu anderen Branchen ohnehin relativ hohe Produktivität ist weiter gestiegen. Die Lohnstückkosten liegen relativ niedrig. Die Leistungsfähigkeit der Betriebe und die Effektivität der betrieblichen Produktionsprozesse sind hoch einzustufen.

Kraftfahrzeugindustrie erwirtschaftet 2,4% der Wertschöpfung im Land

Bedeutung und Entwicklung der Kraftfahrzeugindustrie in Rheinland-Pfalz lassen sich anhand der Umsatz- und Beschäftigtenzahlen sowie der Angaben zu den Bruttolöhnen und -gehältern aus dem Monatsbericht im verarbeitenden Gewerbe untersuchen. Aus diesem Datenspektrum können näherungsweise auch Kennzahlen für die Produktivität sowie die Lohnstückkosten abgeleitet werden.¹⁾ Export- und Importwerte aus der Außenhandelsstatistik liefern wertvolle Zusatzinformationen über die Auslandsmärkte.

1) Anhand der Ergebnisse der Statistiken zum verarbeitenden Gewerbe kann die Produktivität nur hilfsweise aufgrund der Kennzahl „Umsatz je Beschäftigten“ gemessen werden. Zur Abschätzung der Lohnstückkosten kann aus diesen Statistiken nur die Relation der Bruttolöhne und -gehälter am Umsatz herangezogen werden.

Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen – im Weiteren als Kraftfahrzeugindustrie bezeichnet – ist nach der Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2003) in drei Gruppen untergliedert:

- Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren,
- Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern sowie
- Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren.

Die Entwicklung der Produktionsverfahren in der Kraftfahrzeugindustrie geht dahin, dass bei der Endmontage immer mehr vorgefertigte Komponenten verwendet werden. Daraus erklärt sich auch, dass die Bedeutung der Zulieferer weit über die reine Produktion von Kraftfahrzeugteilen und -zubehör hinausgeht. Die Kraftfahrzeugindustrie braucht

Internationale Arbeitsteilung stark ausgeprägt

T 1

Kraftfahrzeugindustrie 2000 und 2004

Berichtsmerkmal	Einheit	2000	2004	Veränderung in %
Betriebe	Anzahl	55	58	5,5
Beschäftigte	Anzahl	27 882	27 311	-2,0
Umsatz	1 000 EUR	8 421 433	8 623 019 ¹⁾	2,4
Auslandsumsatz	1 000 EUR	3 722 636	4 493 368 ¹⁾	20,7
Exportquote	%	44,2	52,1 ¹⁾	x
Bruttolöhne und -gehälter	1 000 EUR	1 005 177	1 115 720	11,0
Löhne	1 000 EUR	717 355	743 902	3,7
Gehälter	1 000 EUR	287 824	371 818	29,2
Anteil der Bruttolöhne und -gehälter am Umsatz	%	11,9	12,7 ¹⁾	x
Umsatz je Beschäftigten	EUR	302 038	317 794 ¹⁾	5,2

1) Ergebnisse für 2003; aus Geheimhaltungsgründen können keine Angaben für 2004 veröffentlicht werden.

zudem eine globale Wirtschaft, um ihre spezialisierten und qualitativ hochwertigen Waren auf größeren, weniger gesättigten Märkten absetzen zu können.

In Zeiten offener Handelsräume werden regionale und nationale Grenzen mit Hilfe einer leistungsfähigen Logistik schon seit langem überschritten. Niedrige Lohnstückkosten sind im internationalen Vergleich ein wichtiger Standortvorteil.

Hierbei stellt sich natürlich die Frage, ob der Anteil der inländischen Wertschöpfung an der Industrieproduktion immer weiter zurückgeht und im Gegenzug der Anteil der aus dem Ausland bezogenen Vorleistungen zunimmt und somit die Fertigungstiefe abnimmt. Nach einer Analyse des Statistischen Bundesamtes²⁾ ist der Anteil der Importe an den deutschen Exportgütern von

29,7% im Jahr 1995 auf 38,8% im Jahr 2002 gestiegen. Gleichzeitig hat jedoch der Beitrag der Exporte zum Bruttoinlandsprodukt von 16,2% auf 20,8% kräftig zugenommen. Auch wenn man davon ausgeht, so die Einschätzung des Statistischen Bundesamtes, dass sich der Importanteil der Exporte im Zeitraum 1995 bis 2002 dämpfend auf das Bruttoinlandsprodukt ausgewirkt hat, wurde dies überkompensiert von der positiven Wirkung der stark gestiegenen Exportnachfrage nach heimischen Produkten.

Dies gilt in besonderem Maße auch für die rheinland-pfälzische Kraftfahrzeugindustrie, deren Auslandsumsatz im Betrachtungszeitraum von 2000 bis 2004 um 41% gesteigert werden konnte, während der Gesamtumsatz der Branche lediglich um 14% ausgeweitet wurde.

Auf die rheinland-pfälzische Kraftfahrzeugindustrie entfielen 2004 knapp 10% der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. Der Wertschöpfungsanteil dieser Branche am verarbeitenden Gewerbe war nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für 2002³⁾ auf knapp 10% zu beziffern. Gemessen an der gesamten Wertschöpfung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft konnte dieser Produktionsbereich demnach 2,4% auf sich vereinigen.

Die Kraftfahrzeugindustrie ist allgemein weniger arbeitsintensiv als das verarbeitende Gewerbe insgesamt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in vielen Bereichen dieser Branche die Möglichkeit zur Mechanisierung und Automatisierung und damit zur Steigerung der Kapitalintensität der Produktion besteht.

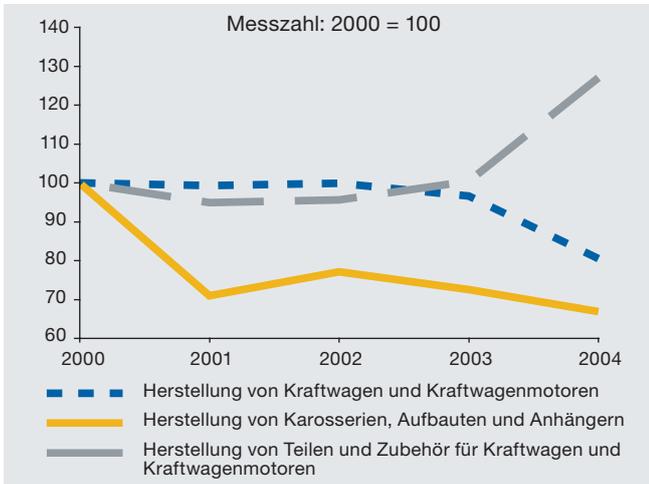
10% der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes stammen aus der Kraftfahrzeugindustrie

2) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Input-Output-Rechnung – Importabhängigkeit der deutschen Exporte 1991, 1995, 1998 bis 2000 und 2002, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004.

3) Aktuellere Daten aus der so genannten Originärberechnung im Rahmen der VGR werden Ende Februar 2006 bekannt gegeben und lagen bei Redaktionsschluss zu diesem Beitrag noch nicht vor.

S 1

Beschäftigte in der Kraftfahrzeugindustrie 2000–2004 nach Wirtschaftszweigen



Auch nachgelagerte Bereiche von Bedeutung

Auch die in der Wertschöpfungskette nachgelagerten Wirtschaftssektoren, wie der Kraftfahrzeughandel und der Bereich der Wartung und Reparaturen, sind – nicht zuletzt im Hinblick auf die Beschäftigung – von Bedeutung. So kommt die Wirtschaftsabteilung „Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie Tankstellen“ immerhin auf einen Anteil von 1,9% an der gesamten rheinland-pfälzischen Wertschöpfung.

Kraftfahrzeugindustrie gewinnt innerhalb des verarbeitenden Gewerbes weiter an Bedeutung

Jeder zehnte Industriebeschäftigte ist in der Branche tätig

Von Ende September 2000 bis Ende September 2004 sank die Zahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe um 7,4% auf 280 437 Personen. Gleichzeitig stieg der Umsatz in den Jahren 2000 bis 2004 um 8% auf 65,8 Mrd. Euro. Hingegen verlief der Beschäftigungsrückgang in der Kraftfahrzeugindustrie mit lediglich –2% auf 27 311 Beschäftigte vergleichsweise moderat; damit einher ging

jedoch ein deutliches und überdurchschnittliches Umsatzplus. Sowohl der Umsatz- als auch der Beschäftigtenanteil der in diesem Industriezweig angesiedelten Betriebe am gesamten verarbeitenden Gewerbe hat sich somit im Betrachtungszeitraum erhöht.

Während die gezahlten Bruttoentgelte für das gesamte verarbeitende Gewerbe stagnierten, stiegen die ohnehin überdurchschnittlich hohen Bruttolöhne und -gehälter in der Kraftfahrzeugindustrie im Zeitraum von 2000 bis 2004 noch einmal um 11% auf gut 1,1 Mrd. Euro. Außer auf die Betriebe der unmittelbaren Kraftfahrzeugproduktion, die gut die Hälfte der Bruttoentgelte in der gesamten rheinland-pfälzischen Kraftfahrzeugindustrie auszahlten, entfielen annähernd 47% der Entgelte auf die Betriebe der Teile- und Zubehörproduktion.

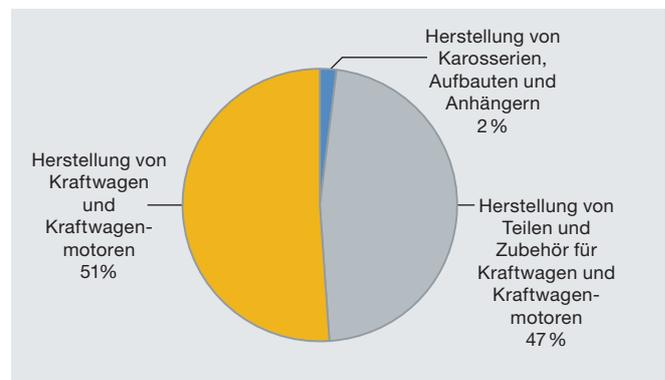
Überdurchschnittliches Umsatzplus gab Einkommensimpulse

Die Ausrichtung des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes auf Auslandsmärkte wird nicht zuletzt von der expansiven Entwicklung der Kraftfahrzeugindustrie mitgeprägt, die deutlich mehr als 50% ihres Umsatzes im Ausland erzielt. Die Exportquote des verarbeitenden Gewerbes erreichte im Jahr 2004 einen Durchschnittswert von lediglich knapp 46%.

Lukrative Auslandsmärkte in der Europäischen Union und im Nahen Osten

S 2

Bruttolöhne und -gehälter in der Kraftfahrzeugindustrie 2004 nach Wirtschaftszweigen



S 3

Umsatz je Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes 2003 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Die Exporte der rheinland-pfälzischen Kraftfahrzeugindustrie gehen in erster Linie nach Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien. Speziell im Nutzfahrzeugsegment spielen im außereuropäischen Raum neben Südafrika auch die nahöstlichen Länder Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate eine große Rolle. Importseitig dominieren die Handelsbeziehungen mit französischen Geschäftspartnern. Osteuropäische Länder wie Ungarn oder Polen gewinnen allerdings an Bedeutung, vor allem bei Importen von Fahrgestellen, Motoren und Kraftfahrzeugteilen.

Kennziffern geben Einblick in Produktivität und Lohnstückkosten

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe lassen sich näherungsweise Aussagen über die Produktivität der einzelnen Industriebranchen ableiten, indem der Umsatz in Relation zu den Beschäftigten gesetzt wird. Diese Pro-

duktivitätskennziffer (die anders als in der Fachliteratur keine rein mengenmäßige Relation darstellt und zudem nicht um die Vorleistungen bereinigt ist) lag im Jahr 2003 in der Kraftfahrzeugindustrie bei 317 794 Euro, verglichen mit 217 536 Euro im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes. Sie wurde 2004 weiter gesteigert und konnte damit seit dem Jahr 2000 um rund ein Sechstel angehoben werden. Diese Entwicklung entspricht zwar dem Durchschnitt des gesamten verarbeitenden Gewerbes, fand jedoch auf deutlich höherem Niveau statt.

Die Lohnstückkosten, gemeinhin als Relation der Arbeitskosten zur Wirtschaftsleistung einer Branche definiert und hier vereinfacht als Relation der Bruttoentgelte am Umsatz ermittelt, stellen einen wichtigen Indikator zur Charakterisierung der Effizienz der Wirtschaft dar. Eine niedrige Messziffer spricht für eine hohe Konkurrenzfähigkeit der Betriebe.

Auch aus diesem Blickwinkel schneidet die Kraftfahrzeugindustrie recht gut ab: Sie wies 2003 eine Relation der Bruttoentgelte am Umsatz von 12,7% aus; im Jahr 2004 ist die Kennzahl unter die 12%-Marke gesunken. Für das gesamte verarbeitende Gewerbe ergaben sich indes Werte von 17% bzw. 16% für die Jahre 2003 und 2004. Im Vergleich zur Kraftfahrzeugindustrie in Deutschland schneidet die Branche in Rheinland-Pfalz damit besonders gut ab. Deutschlandweit wurde eine Relation der Bruttoentgelte am Umsatz im Jahr 2003 in Höhe von 14% und 2004 in Höhe von 13% ausgewiesen.

Relation der Bruttolöhne und -gehälter am Umsatz sinkt

Produktivität steigt auf hohem Niveau weiter an

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Produzierendes Gewerbe.

Gewinnung statistischer Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen – das Projekt eSTATISTIK^{core}



Von Dr. Hans Herbert Krieg

Die statistischen Ämter sind für Unternehmen nur eine von vielen Institutionen, die aufgrund gesetzlicher Regelungen mit Daten beliefert werden müssen. So sind beispielsweise den Finanzämtern Steuererklärungen, den Krankenkassen Beitragsnachweise sowie Sozialversicherungsmeldungen und den Berufsgenossenschaften Entgeltnachweise abzugeben. Auch Anteilseigner und Kreditgeber verlangen von Unternehmen standardisierte Informationen (Rechnungslegung nach HGB und IAS, Kreditrating). Darüber hinaus benötigen Unternehmen zur Steuerung und Planung der internen Abläufe und Prozesse eine Fülle von Informationen, die in unterschiedlichen Systemen bereitgestellt werden. Die Gewinnung statistischer Daten aus den schon im betrieblichen Rechnungswesen vorhandenen Informationen und die anschließende elektronisch Übermittlung der Daten an die statistischen Ämter ist Gegenstand des Projekts eSTATISTIK.core.

Die Ziele des Projekts

Verbesserung
von Effizienz
und Qualität

Das Projekt „eSTATISTIK.core“ ist ein wichtiger Beitrag zur Reform der Unternehmensstatistiken, es zeigt darüber hinaus jedoch auch Wege einer grundlegenden Erneuerung der amtlichen Statistik auf. Die Ziele des Projektes sind,

- erstens den Aufwand der Unternehmen für die Lieferung von Daten an die statistischen Ämter nachhaltig zu reduzieren,
- zweitens den Aufwand für die Erfassung, Plausibilisierung und Aufbereitung der Daten in den statistischen Ämtern zu senken und
- drittens die Qualität der gelieferten Daten und der damit erstellten Statistiken zu verbessern.

Diese Ziele können gleichzeitig nur erreicht werden, wenn es gelingt, den Produktionsprozess einer Statistik vom Zusammenstellen der erforderlichen Rohdaten in den Unternehmen bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse durch die statistischen Ämter durchgehend und medienbruchfrei zu automatisieren. Hierzu ist eine Zusammenarbeit aller an diesem umfassend definierten Produktionsprozess Beteiligten, also den auskunftgebenden Unternehmen, den Anbietern von ERP-Software (Enterprise Resource Planning) und den statistischen Ämtern erforderlich. Diese Zusammenarbeit wurde im Februar 2003 in Gestalt der AG „Datenaustausch mit statistischen Ämtern“ institutionalisiert.

Durchgehend
medienbruch-
freier Produk-
tionsprozess

Bislang drei Statistiken integriert

Von Januar 2006 an können die Meldungen für zunächst drei Statistiken (vierteljährliche Verdiensterhebung, Jahresverdiensterhebung, Monatsbericht im verarbeitenden Gewerbe) mit Hilfe von eSTATISTIK.core „im Regelbetrieb“ erfolgen.

Piloteinsatz bei einem rheinland-pfälzischen Unternehmen

Der erste Einsatz im „Echtbetrieb“ erfolgte bereits im November 2005 bei dem rheinland-pfälzischen Unternehmen Drahtzug Stein – Hersteller von Drahtartikeln für Hausgeräte sowie von industriellen Schweißdrähten. Das Unternehmen gilt als Pilotnutzer von eStatistik.core: „Per Mausclick“ wurden die Daten der laufenden Verdiensterhebung für den Berichtsmonat Oktober 2005 zusammengestellt und über die zentrale Online-Aannahmestelle an das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz übermittelt.

Fachliche Begleitung durch die AG „Datenaustausch mit statistischen Ämtern“

Die AG „Datenaustausch mit statistischen Ämtern“ wurde im Februar 2003 von der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftliche Verwaltung e. V. (AWV) und dem Statistischen Bundesamt ins Leben gerufen. Neben der AWV und dem Statistischen Bundesamt sind darin Softwarehersteller, Unternehmen, Verbände und Kammern sowie statistische Landesämter, darunter das von Rheinland-Pfalz, vertreten. Die Aufgabe der AG „Datenaustausch mit statistischen Ämtern“ kann zusammenfassend als fachliche Begleitung des Projekts eSTATISTIK.core bezeichnet werden. Aufgrund der Vielfalt der inzwischen in das Projekt einbezogenen Statistiken wird die Arbeit in drei spezialisierten Teams (1. Verdienststatistiken, 2. Statistiken im produzierenden Gewerbe, 3. Statistiken im Handel und Gastgewerbe) geleistet. Die

Info

eSTATISTIK.core ist dreifach preisgekrönt

- Auf der CeBIT 2005 wurde eSTATISTIK.core als Gewinner des 5. eGovernment-Wettbewerbs im Politikfeld „Wirtschaft und Arbeit“ ausgezeichnet.
- Beim 7. Internationalen Speyerer Qualitätswettbewerb nahm eSTATISTIK.core im Themenfeld „Electronic Government“ den ersten Platz ein. Die Jury lobte die Anwendung als herausragende Maßnahme im Modernisierungsprozess der Öffentlichen Verwaltung.
- Auf der Messe „Moderner Staat“ in Berlin erhielt eSTATISTIK.core den „BundOnline SuperStar“ des Bundesinnenministeriums in der Kategorie G2B (Government to Business). Die maßgeblichen Kriterien für die Auszeichnung waren der hohe technische Innovationsgrad, der wirtschaftliche Nutzen sowie erhebliche Entlastungseffekte für die Unternehmen.

Mitarbeit in den Teams steht grundsätzlich allen interessierten Softwareherstellern, Unternehmen und Institutionen wie Unternehmerverbänden und Kammern offen. Ort und Termin der Sitzungen können beim Statistischen Landesamt (Ansprechpartner: Dr. Hans Herbert Krieg) erfragt werden.

Mitarbeiten kann Jeder

Die fachliche Seite von eSTATISTIK.core

Die Aufgabe von eSTATISTIK.core besteht kurz gesagt darin, die Automatisierung der Gewinnung und Zusammenstellung statistischer Daten in den Unternehmen für die Meldungen an die statistischen Ämter zu unterstützen und für eine einfache elektronische Übermittlung dieser Meldungen zu sorgen. Voraussetzung für die Automatisierung der Gewinnung statistischer Daten ist, dass die erforderlichen betrieblichen Daten in elektronischer Form in den Unternehmen vorliegen.

Daten müssen in elektronischer Form vorliegen

Der erste Schritt zur Automatisierung besteht darin, die betrieblichen Daten selbst und die unternehmensinternen Informationssysteme, in denen diese Daten bereitgehalten werden, zu identifizieren. Im zweiten Schritt sind Anweisungen zu erstellen, wie diese betrieblichen Daten zu sammeln und zu statistischen Meldungen zusammenzufügen sind. Was recht einfach klingt, stellt sich in der praktischen Umsetzung als ein komplexes und aufwändiges Unterfangen dar. Hier hat die AG „Datenaustausch mit statistischen Ämtern“ entscheidende Vorarbeiten zu leisten. Jedes einzelne Merkmal einer Statistik ist so zu definieren, dass zum einen die gewünschte statistische Aussage ermöglicht wird und zum anderen ein Bezug zu den im Unternehmen vorhandenen betrieblichen Daten hergestellt werden kann.

Definition der Merkmale ist entscheidend

Beispiel „Bruttoverdienst“: Vom unhandlichen statistischen Begriff ...

Dies soll beispielhaft an einem Merkmal der laufenden Verdiensterhebung verdeutlicht werden. Gemäß Lohnstatistikgesetz ist der „Bruttoverdienst im jeweiligen Berichtsmonat“ zu erheben. In der Vergangenheit erhielten die Unternehmen mit dem entsprechenden Fragebogen eine Begriffsbestimmung, die versuchte, eine umfassende Aufzählung aller Geld- und Naturalleistungen zu geben, die aus Sicht der Statistiker zum Bruttoverdienst zählten. Das Problem der Unternehmen bestand darin, dass viele Positionen dieser Aufzählung nicht unmittelbar im internen Datenbestand enthalten waren. Jedes Unternehmen musste mit mehr oder minder großem Aufwand eine eigene Lösung für dieses Zuordnungsproblem finden. Da die Unternehmen Angaben über die Verdienste der Beschäftigten auch anderen Institutionen wie Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Finanzämtern melden müssen, lag es nahe, zu prüfen, ob die Statistik nicht auf einen vorhandenen

Verdienstbegriff abgestellt werden konnte. Dieser wurde im Einkommensteuerrecht gefunden. Die neue Definition des Bruttoverdienstes der Statistik geht vom „lohnsteuerpflichtigen Arbeitslohn“ aus, der noch um drei ebenfalls durch das Steuerrecht genau bestimmte steuerfreie Verdienstbestandteile zu ergänzen ist. Damit umfasst die Definition des lohnstatistischen Verdienstbegriffs vier Größen, die aufgrund zwingender Rechtsvorschriften in jedem Lohnkonto der Unternehmensbuchhaltung vorhanden sind.

... zur eleganten Definition

Eine Erhebung ist umso besser für eine Unterstützung durch eSTATISTIK.core geeignet, je mehr Merkmale auf Daten zurückgeführt werden können, die in elektronischer Form im Unternehmen vorliegen. Das Ziel ist es, möglichst alle Merkmale automatisiert zu gewinnen, um ohne jeden manuellen Eingriff und die damit verbundenen Fehlerquellen die statistischen Meldungen elektronisch übermitteln zu können. Nur so kann in den Unternehmen das durch eSTATISTIK.core geschaffene Rationalisierungspotenzial voll ausgeschöpft werden.

Breite elektronische Datenbasis von Vorteil

Für den Fall, dass die vorhandene Datenbasis in den Unternehmen zur automatisierten Auffüllung aller Merkmale nicht ausreicht, ist die Schaffung eines zusätzlichen „Statistik-Kontos“ im betrieblichen Rechnungswesen, auf dem die fehlenden Daten vorgehalten und bei Bedarf abgerufen werden können, eine bedenkenswerte Alternative zur nachträglichen manuellen Ermittlung von Daten für statistische Meldungen.

Statistik-Konto als Alternative?

Die technische Seite von eSTATISTIK.core

Eine der wichtigsten Forderungen, die insbesondere von den in der AG „Datenaustausch mit statistischen Ämtern“ vertre-

Zentrale Online-Annahmestelle

tenen Softwareherstellern gleich zu Beginn des Projekts aufgestellt wurde, war die Einrichtung einer zentralen Online-Aannahmestelle für alle elektronischen Meldungen an die statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Alle Meldungen sollten an eine Adresse geschickt werden. Diese zentrale Annahmestelle wird in der Einführungsphase vom Statistischen Bundesamt im Auftrag der Landesämter betrieben.

Zusammenfassen von Meldungen zu Paketen und Verteilung an die zuständigen Ämter

Weiterhin sollten die Meldungen von unterschiedlichen Berichtspflichtigen für eine beliebige Anzahl von Statistiken und verschiedene Berichtszeiträume an unterschiedliche Empfänger in einem Dokument übermittelt werden können. Bildhaft gesprochen heißt das, dass unterschiedliche Meldungen in einem Paket zusammengefasst werden. Dieses Paket wird dann an die zentrale Annahmestelle übermittelt. Dort wird das Paket wieder aufgeschnürt und die einzelnen Meldungen an die als Empfänger genannten statistischen Ämter weitergeleitet. In den statistischen Ämtern sind die ankommenden Meldungen den jeweiligen Statistiken zuzuordnen. Um diese Anforderungen zu erfüllen, wurde ein XML-basierter Dokumententyp speziell für statistische Daten entwickelt. Weitergehende technische Informationen über die Datenformate sind über das Internet-Portal der statistischen Ämter erhältlich (www.statspez.de/core/datenformate.html).

Liefervereinbarung im Internet verfügbar

Ebenfalls über das Internet-Portal sind die verbindlichen Liefervereinbarungen für alle Statistiken zu beziehen, die mit eSTATISTIK.core abgewickelt werden können (www.statspez.de/core/liefervereinbarungen.html). In einer Liefervereinbarung werden Art, Anzahl, Wertebereich und Strukturierung der für eine Statistik zu liefernden Daten beschrieben.

Was ist zu tun, um eSTATISTIK.core nutzen zu können?

Grundlegende Voraussetzung einer Nutzung ist, dass die Statistik, für die Daten gemeldet werden sollen, von e.STATISTIK.core unterstützt wird. Darüber werden die berichtspflichtigen Unternehmen im Zusammenhang mit der Zusendung der Erhebungsunterlagen oder mit gesondertem Schreiben informiert. Bei Einsatz spezifischer Unternehmenssoftware, beispielsweise für die Lohnabrechnung, ist zu prüfen, ob der jeweilige Softwarehersteller schon ein Statistikmodul anbietet. Wenn dies der Fall ist, dann muss dieses Modul installiert und eingerichtet werden, so dass die für die Statistik benötigten Angaben im Datenbestand des Unternehmens automatisch gefunden, entsprechend den Anforderungen der Statistik aufbereitet und an die zentrale Annahmestelle übermittelt werden können. Der Aufwand für das Installieren und Einrichten des Statistikmoduls entsteht nur einmal vor der ersten Nutzung. Der zukünftige laufende Aufwand beschränkt sich auf die Pflege der Stammdaten, die das Statistikmodul benötigt. So sind beispielsweise für die Verdienststatistik bei der Neueinstellung eines Arbeitnehmers Informationen über die statistische Leistungsgruppe in den Stammdatensatz des Arbeitnehmers aufzunehmen. Abgesehen von diesem Aufwand für die Pflege des betrieblichen Datenbestandes sind nur noch ein paar „Mausklicks“ zur Gewinnung und Übermittlung der statistischen Daten erforderlich.

Unternehmen werden individuell informiert

Einmalig Installation eines software-spezifischen Statistikmoduls

Alle Unternehmen, die keine spezifische Unternehmenssoftware mit integrierten Statistikmodulen einsetzen, können mit Hilfe der kostenlos verfügbaren PC-Anwendung „CORE.reporter“ (www.statspez.de/core/

werkzeuge.html) ihre betrieblichen Daten entsprechend den Lieferforderungen der Statistik aufbereiten und an die zentrale Online-Annahmestelle übermitteln. In diesem Fall erstellen die Unternehmen sozusagen ihr eigenes Statistikmodul.

Auch Steuerberater können Vorteile nutzen

Steuerberater, die mit DATEV zusammenarbeiten, können seit kurzem auf die Zusatzkomponente „Datenübermittlung an statistische Ämter“ zurückgreifen, welche von DATEV als fester Bestandteil in die neu ausgelieferten Programmversionen integriert wurde. Damit ist es den Steuerberatern möglich, für ihre Mandanten die statistischen Meldungen automatisiert zusammenzustellen und ebenfalls an die zentrale Online-Annahmestelle der statistischen Ämter zu übermitteln.

Einmalige Registrierung ist erforderlich

Um als Berichtspflichtiger oder als ein von einem Berichtspflichtigen beauftragter Dritter Daten an die zentrale Online-Annahmestelle der statistischen Ämter übermitteln zu können, ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Dies ist nicht erforderlich für die Nutzer der DATEV-Programme. Die Registrierung ist über das Internet-Portal (www.statistik-portal.de) der statistischen Ämter des Bundes und der Länder möglich (Menüpunkte: ⇒ Online-Erhebungen ⇒ eSTATISTIK.core ⇒ Registrierung).

Was sind die Vorteile von eSTATISTIK.core?

Vorteile für Unternehmen

Unternehmen können durch die Integration von Statistikmodulen in die Unternehmens-Software den laufenden Aufwand für Erstellung und Versand statistischer Meldungen erheblich reduzieren. Das Rationalisierungspotenzial ist umso größer, je mehr Meldungen für verschiedene Statistiken, für unterschiedliche Betriebstätten und an

unterschiedliche statistische Ämter abgegeben sind. Aber auch kleine Unternehmen, in denen oftmals die „Buchhaltung“ die statistischen Meldungen noch nebenbei erledigen muss, werden durch spezielle Angebote zur Automatisierung der Statistikerstellung wie den CORE.reporter entlastet.

Vorteile für Steuerberater

Auch Steuerberater, die im Auftrag ihrer Mandanten statistische Meldungen vornehmen und mit der DATEV zusammenarbeiten, profitieren von eSTATISTIK.core. Die Statistikmodule, welche in die entsprechenden DATEV-Programme integriert sind, rationalisieren die Bereitstellung der für die statistischen Ämter bestimmten Daten.

Vorteile für statistische Ämter

Die Vorteile für die statistischen Ämter bestehen darin, dass erstens die Daten elektronisch in einem standardisierten Format geliefert werden, was eine vollständig automatisierte Übernahme der Daten in die jeweiligen Fachverfahren ermöglicht und dass zweitens die Daten nach einheitlich festgelegten Regeln in den Unternehmen zusammengestellt und soweit möglich auf Plausibilität geprüft werden, was die Anzahl und den Umfang von Rückfragen bei den Unternehmen deutlich reduziert.

Auch Vorteile für die Statistiknutzer

Nicht zuletzt werden auch die Nutzer der fertigen Statistiken von eSTATISTIK.core zu den Gewinnern gehören. Die Ergebnisse der Statistiken werden mit wachsender Zahl elektronischer Meldungen schneller verfügbar sein und die Qualität der Daten wird aufgrund des automatisierten und damit standardisierten Prozesses der Datengewinnung in den Unternehmen steigen.

Dr. Hans Herbert Krieg leitet das Referat Haushaltserhebungen, Verdienste, Preise, Wohnungen.

Das Bruttoinlandsprodukt als gesamtwirtschaftlicher Indikator



Von Dr. Frank Thalheimer
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Gastbeitrag¹⁾

Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt stehen aktuelle Daten zur Höhe des Wirtschaftswachstums in Deutschland und den einzelnen Bundesländern gemeinhin im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Höheres Wachstum wird im Allgemeinen auch mit einem Plus an Arbeitsplätzen verbunden. Der Wert für das Wirtschaftswachstum in Deutschland insgesamt verbirgt die konjunkturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen. Ein Vergleich der Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Bundesländer offenbart regionale Stärken und Schwächen. Welche Länder lagen 2004 vorne?

Wachstum – Süd-Nord-Gefälle

2004: Sachsen und Rheinland-Pfalz 2004 vor den anderen Bundesländern

Entsprechend der im Jahr 2004 verbesserten Wirtschaftsentwicklung in ganz Deutschland zeigte sich in jenem Jahr in allen Bundesländern eine mehr oder minder starke konjunkturelle Belebung. Zwischen den alten Ländern, die mit +1,6% einen Zuwachs des realen BIP in Höhe des Bundesdurchschnitts aufwiesen, und den neuen Ländern mit +1,5% Wirtschaftswachstum (jeweils ohne Berlin) bestand demnach im Jahr 2004 nur ein marginaler Unterschied. Einige Länder erzielten indes eine deutlich bessere Wirtschafts-

leistung als der Bund, während in manchen Regionen die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts deutlich hinter der allgemeinen Entwicklung zurückblieb.

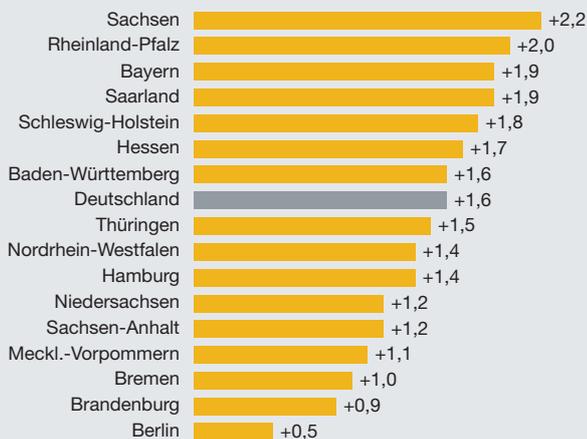
An die Spitze des Wachstums setzte sich 2004 ein ostdeutsches Bundesland. Nach den vorläufigen Regionalwerten des BIP für das Jahr 2004, die Ende März 2005 vom „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) vorgelegt wurden, führte Sachsen mit 2,2% realem Wirtschaftswachstum das Bundesländerranking an, dicht gefolgt von Rheinland-Pfalz ebenfalls mit einer Zwei vor dem Komma.

Beim Wirtschaftswachstum zeichnet sich in Deutschland ein deutliches Süd-Nord-Gefälle ab. Vor allem der Norden scheint sich von der Wirtschaftsflaute der vergangenen Jahre noch nicht erholt zu haben. Mit Zu-

Norden unter Bundesdurchschnitt

1) Die Originalversion des Beitrags wurde als Teil 1 einer dreiteiligen Folge über gesamtwirtschaftliche Indikatoren in den Statistischen Monatsheften Baden-Württemberg veröffentlicht. Mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wird hier eine gekürzte Fassung abgedruckt. Der vollständige Beitrag kann unter <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/> heruntergeladen werden. Da der Beitrag erstmals im September 2005 erschienen ist, greift er auf die Ergebnisse für das Jahr 2004 zurück. Ergebnisse für das Jahr 2005 liegen aus der regionalen VGR Mitte Februar 2006 vor.

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts¹⁾
gegenüber 2003 in %



1) In Preisen von 1995, vorläufiges Ergebnis.

AK VGR d L

wachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 0,5% bis knapp über 1% verlief die Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Brandenburg und Berlin deutlich ungünstiger als in Deutschland insgesamt.

Das Bruttoinlandsprodukt als Messgröße

Als Messgröße für das Wirtschaftswachstum dient allgemein die Veränderungsrate des „realen“, das heißt von Preiseinflüssen bereinigten, Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr. Das BIP ist insofern zentraler Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung und konjunkturelle Lage eines Landes. Es spiegelt den wirtschaftlichen Gesamtwert der innerhalb eines Kalenderjahres erstellten Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft bzw. einer Region abzüglich der als Vorleistung eingesetzten Güter wider und stellt damit eine der wichtigsten, wenn nicht

die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar.

Das BIP umfasst – regional differenziert – die Aktivitäten aller Wirtschaftsbereiche von der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handwerk und dem Handel, dem Transportgewerbe, den Banken und Versicherungen bis hin zum Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Regionale VGR – unverzichtbar für Politik, Wirtschaft und Verwaltung

Die Angaben zum Wirtschaftswachstum für die Bundesländer basieren auf den Regionalergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die in Deutschland vom Arbeitskreis „VGR der Länder“ erstellt werden. Als das umfassendste statistische Instrumentarium der

Exkurs

Regionale VGR in Deutschland

Regionalergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach Bundesländern sowie – für zentrale Indikatoren, wie u.a. das Bruttoinlandsprodukt – auch auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) berechnet. Mitglieder im Arbeitskreis sind die Statistischen Landesämter sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetags. Die abgestimmte Aufgabenteilung im Arbeitskreis – jedes Mitglied rechnet für alle 16 Bundesländer ein VGR-Aggregat bzw. einen Wirtschaftsbereich auf der Basis gleicher Datenquellen und identischer Verfahren – stellt sicher, dass die Länderergebnisse voll vergleichbar sind. Die EU-weit einheitliche Methodik der regionalen VGR nach dem „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995“ (ESVG 95) sichert zudem vergleichbare VGR-Ergebnisse für die Staaten und Regionen Europas.

Wirtschaftsbeobachtung auf regionaler Ebene ergeben die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in unserem Land und sind als solches unverzichtbar für gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunkturprognosen. Die im Übrigen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) nach einheitlicher Methodik ermittelten regionalen VGR-Aggregate bilden damit eine wesentliche Grundlage politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen sowohl auf Bundes- und Länderebene als auch im europäischen Kontext. Beispielsweise richtet sich im Rahmen der gemeinsamen Kohäsionspolitik der Europäischen Kommission die Vergabe von Fördermitteln der EU-Strukturfonds für Regionen mit Entwicklungsrückstand nach der Höhe des auf die Zahl der jeweiligen Einwohner bezogenen regionalen Bruttoinlandsprodukts.

Drei Länder stellen gut die Hälfte des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wie auch ökonomische Vergleiche zwischen Ländern und Regionen werden in der Regel am BIP, der Einwohnerzahl und den Erwerbstätigen festgemacht. So zählt Deutschland im Kreis der EU-Mitgliedstaaten sowohl nach der Bevölkerung als auch nach der Höhe des BIP vor Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien zu den vier größten Ländern Europas. Mit mehr als der Hälfte (57%) der rund 457 Mill. Einwohner der EU-25 erwirtschafteten diese vier Staaten 2004 zusammen gut zwei Drittel (67%) des gesamten Bruttoinlandsprodukts aller EU-Länder.

BIP je Einwohner – gesetzlich festgelegter Maßstab für Fördermittel der EU-Strukturfonds

Exkurs

VGR-Revision 2005

Warum stimmt das BIP für Deutschland (derzeit) nicht mit der Summe des BIP der 16 Bundesländer überein?

2005 wurden die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfassend revidiert und den verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften sowie dem internationalen Standard der Preis- und Volumenmessung angeglichen. Die wesentlichen Neuerungen sind:

- Einführung der Vorjahrespreisbasis (bisher in Preisen eines festen Basisjahres) und Verkettung,
- neue Deflationierungs- und Preismessmethoden (u. a. Hedonik),
- neue Berechnung und Aufteilung der Bankdienstleistungen (FISIM).

Die Daten der regionalen VGR sind noch nicht an die neuen Berechnungskonzepte nach nationalem (und europäischem) Standard angepasst. Erste Ergebnisse der VGR-Revision 2005 für Bundesländer werden im Februar 2006 für die Jahre ab 1991 veröffentlicht.

Auch unter den Bundesländern wiesen die nach der Zahl der Einwohner größten Länder Nordrhein-Westfalen (18 Mill.), Bayern (12 Mill.) und Baden-Württemberg (knapp 11 Mill.) im Jahr 2004 die höchste Wirtschaftsleistung auf. Der Wert der in diesen drei Ländern insgesamt erstellten Waren und Dienstleistungen belief sich 2004 auf knapp 1190 Mrd. Euro, mehr als die Hälfte (55%) des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts.

Beim „BIP pro Kopf“ liegt Hamburg vorn

Ein aussagefähigerer Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Wirtschaftskraft verschieden großer Länder oder Regionen mit unterschiedlich großer

T 1

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen 2004¹⁾ nach Bundesländern

Bundesländer	Betrag	Je Einwohner	Je Erwerbstätigen
	Mill. EUR	EUR	
Hamburg	78 794	45 360	75 963
Bremen	23 578	35 590	60 308
Hessen	195 165	32 060	65 195
Bayern	385 156	30 990	61 870
Baden-Württemberg	319 434	29 840	59 685
Nordrhein-Westfalen	481 419	26 640	58 110
Saarland	26 054	24 610	52 071
Schleswig-Holstein	66 509	23 540	54 951
Rheinland-Pfalz	95 390	23 510	54 429
Niedersachsen	184 923	23 110	53 155
Berlin	77 858	22 990	50 773
Sachsen	79 840	18 540	41 631
Sachsen-Anhalt	45 805	18 250	45 345
Thüringen	42 272	17 870	40 951
Brandenburg	45 018	17 530	44 323
Mecklenburg-Vorpommern	29 784	17 260	42 140
Deutschland	2 177 000	26 390	56 631

1) Vorläufiges Ergebnis.

Wirtschaftsleistung wird eigentlich erst ermöglicht, wenn man die Absolutwerte des regionalen Bruttoinlandsprodukts auf die jeweilige Bevölkerungszahl bzw. auf die Erwerbstätigen der Region bezieht. Fünf Länder wiesen 2004 eine deutlich höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf als der Durchschnitt Deutschlands auf.

Am höchsten war das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Stadtstaat Hamburg. Hamburg gilt als moderne Dienstleistungsmetropole. Im Jahr 2004 wurde ein BIP von fast 45 400 Euro je Einwohner erwirtschaftet, 72% mehr als im Bundesdurchschnitt (siehe Tabelle 1).

Innerhalb Deutschlands gibt es demnach ein ausgeprägtes Regionalgefälle der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Bundesländern mit einer Spanne des nominalen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner

2004 von 65% bis zu 172% des gesamtdeutschen Durchschnitts. Insbesondere zwischen Ost und West bestehen unübersehbare Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftskraft.

Die Aussagekraft der Kenngröße „BIP je Einwohner“ für wirtschaftliche Regionalvergleiche wird allerdings dadurch relativiert, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung in manchen Regionen durch die Pendlerströme auf ein Niveau erhöht wird, das maßgeblich über der von der ansässigen Erwerbsbevölkerung erstellten Wirtschaftsleistung liegt. In Regionen mit hohem Einpendlerüberhang wie zum Beispiel Hamburg oder Bremen wird das BIP je Einwohner somit überschätzt (siehe nachstehenden Info-Kasten).

Regionalgefälle je nach Kennziffer verschieden

Dieser Effekt der Berufspendler auf die Höhe der regionalen Wirtschaftsleistung zeigt sich deutlich beim Vergleich des auf die Zahl der Einwohner bezogenen Bruttoinlandsprodukts mit dem BIP je Erwerbstätigen. Die Differenzen der Wirtschaftskraft zwischen den Ländern werden beim BIP je Erwerbstätigen auf eine Spanne von 74% bis 134% des Deutschlandwertes reduziert.

Hamburg und Bremen mit hohem Einpendlerüberhang

Bezieht man die in Hamburg erstellte Wirtschaftsleistung anstatt auf die Wohnbevölkerung auf die dort beschäftigten Erwerbstätigen, verringert sich der „Vorsprung“ der Hansestadt beträchtlich. Mit einem im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt um 34% höheren BIP je Erwerbstätigen liegt Hamburg aber auch bei

Info

„Pendlerproblem“ bei regionalen Wirtschaftsvergleichen

Bei der Gegenüberstellung des „BIP je Einwohner“ unterschiedlicher Regionen ist zu berücksichtigen, dass die Höhe des Bruttoinlandsprodukts in einigen Regionen durch Pendler erheblich beeinflusst sein kann. Das BIP misst nämlich die innerhalb einer Region erbrachte wirtschaftliche Leistung unabhängig davon, ob sie von der hier ansässigen Erwerbsbevölkerung oder von Berufseinpendlern erbracht wurde. Die räumliche Zuordnung des am Arbeitsort erstellten BIP stimmt nicht mit der Einwohnerzahl am Wohnort überein. Als Bezugsgröße besser geeignet ist die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort.

Insbesondere wirtschaftliche Zentren wie Hamburg und Bremen können so ein vergleichsweise hohes regionales BIP je Einwohner aufweisen, während es in den umliegenden Regionen, in denen die Pendler wohnen, unterschätzt wird.

der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im Bundesländerranking vorn (Tabelle 1). Die große Anteilsdifferenz zwischen den beiden Kennziffern BIP je Einwohner (172%) bzw. BIP je Erwerbstätigen (134%) weist auf die starke Bedeutung der von den Berufseinpendlern erbrachten Wirtschaftsleistung hin. Eine ähnliche Situation gilt für Bremen. Aber auch in Hessen, mit der Bankenmetropole Frankfurt, sowie in Bayern und Baden-Württemberg mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland gibt es einen starken Einpendlerüberhang.

Ostländer verringern ihren Produktivitätsabstand

Im Osten dagegen war die Wirtschaftskraft 2004, gemessen am nominalen BIP je Einwohner, auch aufgrund der hohen Auspend-

lerzahlen um ein starkes Drittel niedriger als im Westen. Sachsen erreichte gut 70% des gesamtdeutschen Durchschnitts. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, ohne ausgeprägte Industriestandorte, befanden sich am Ende der Rangliste. Bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, dem BIP je Erwerbstätigen, schnitten die fünf neuen Länder etwas besser ab. Zwar lagen sie 2004 auch hier noch etwa ein Viertel unter Westniveau. Seit 1991 konnte die Ostwirtschaft ihren Abstand zum gesamtdeutschen Produktivitätsniveau jedoch maßgeblich verringern.

Im Jahr 2004 stieg die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der Ostländer (ohne Berlin), gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen, im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich um 2,0% auf gut 42 700 Euro je Erwerbstätigen. Im bundesdeutschen Durchschnitt lag die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen 2004 bei rund 56 650 Euro und für die alten Länder (ohne Berlin) ergaben sich gut 59 450 Euro, jeweils ebenfalls ein Plus von 2% gegenüber dem Jahr 2003. Die Pro-Kopf-Leistung der neuen Länder lag damit im vergangenen Jahr durchschnittlich noch um rund 25% unter dem Bundeswert.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, dem preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, verzeichnete der Osten 2004 anders als beim BIP je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen verglichen mit den Ländern im früheren Bundesgebiet einen stärkeren Anstieg. Während sich die Arbeitsproduktivität (in Preisen von 1995) der fünf neuen Länder durchschnittlich um 1,6% erhöhte, erreichten die alten Länder (ohne Berlin) lediglich

Nominale Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der neuen Länder noch 25% unter Bundesdurchschnitt

eine Produktivitätssteigerung um 1,2%. Der Produktivitätsabstand der ostdeutschen Wirtschaft hat sich damit erneut verringert. Lag das reale BIP je Erwerbstätigen im Osten 1991 noch unter 50% des gesamtdeutschen Wertes, wurden 2004 schließlich gut drei Viertel des durchschnittlichen Produktivitätsniveaus in der deutschen Wirtschaft erreicht.

Zwar haben sich die Rahmenbedingungen in den neuen und alten Bundesländern in weiten Teilen angeglichen, insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur, jedoch bestehen bei den Lebensverhältnissen in Ost und West noch immer große Unterschiede.

Milliardenhilfe – Regionalförderung der EU

Mit dem Ziel, regionale Disparitäten zu verringern, unterstützt die Europäische Union im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik Regionen mit Entwicklungsrückstand und strukturellen Schwierigkeiten. Im Zeitraum 2000 bis 2006 verfügen die Beihilfefonds immerhin über einen Haushalt von insgesamt 213 Mrd. Euro. Etwa 150 Mrd. Euro, davon gut 23 Mrd. Euro für Deutschland, dienen der Unterstützung so genannter Ziel-1-Regionen, das heißt von Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen unter 75% des EU-Durchschnitts liegt. Im Förderzeitraum 2000 bis 2006 decken die Ziel-1-Programme in Deutschland im Allgemeinen die fünf neuen Länder ab.

Maßgebliche Verteilungsgrundlage der EU-Strukturfördermittel ist das regionale BIP pro Kopf, das – jeweils in nationaler

Währung berechnet – zum Ausgleich von Preisniveau- bzw. Kaufkraftunterschieden zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in den Wechselkursen nicht zum Ausdruck kommen, in so genannte Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnet wird.

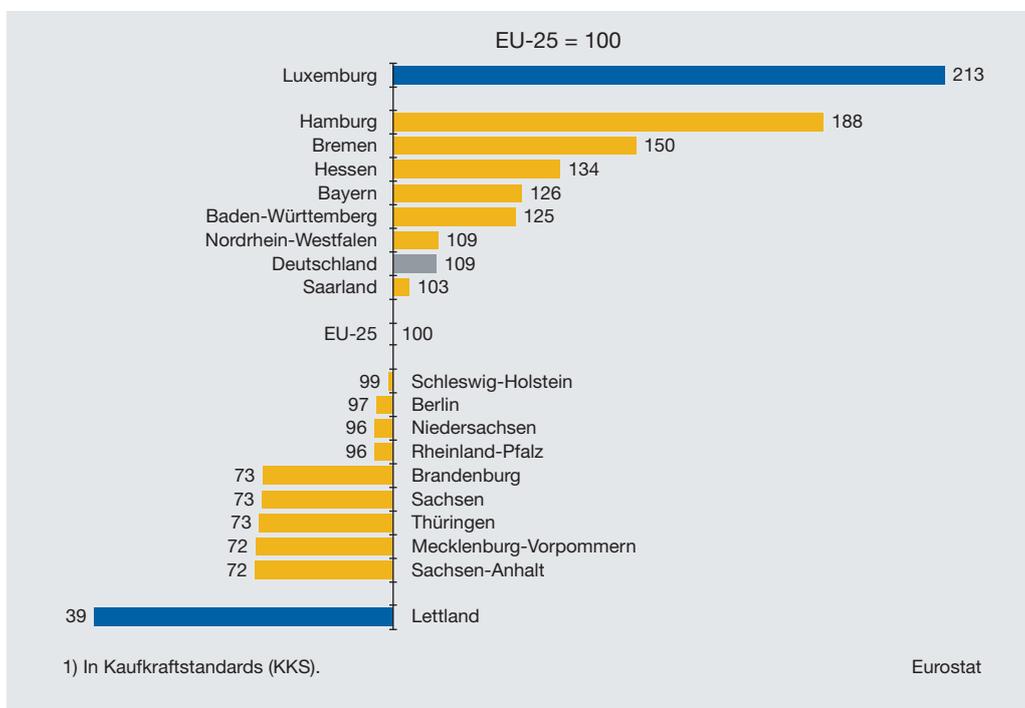
Nach den aktuellen Daten von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, zum regionalen BIP 2002 in den 254 so genannten NUTS-2-Regionen¹⁾ der 25 EU-Mitgliedstaaten reicht die Spannweite von 6 760 KKS je Einwohner bzw. 32% des Durchschnitts der EU-25 (21 170 KKS) in der polnischen Region Lubelskie bis zu 66 760 KKS (315%) in der britischen Hauptstadtregion Inner-London. Das in der Finanzmetropole London erwirtschaftete regionale Bruttoinlandsprodukt – bezogen auf die Wohnbevölkerung – dürfte allerdings durch eine sehr große Anzahl an Berufseinpendlern gegenüber den umliegenden Gebieten, aber auch gegenüber den übrigen EU-Regionen beträchtlich überhöht sein.

Auf Ebene der Mitgliedstaaten weist Lettland mit 39% der EU-25 das niedrigste BIP je Einwohner auf, Deutschland liegt mit 23 012 KKS (109%) etwas über dem EU-Durchschnitt und das Großherzogtum Luxemburg belegt mit 213% den Spitzenplatz. Unter den 20 Regionen mit dem höchsten BIP je Einwohner liegt Hamburg als größtes Dienstleistungszentrum Norddeutschlands mit 39 766 KKS (188%) auf Rang 4 sowie Bremen (150%) auf Rang 16. Wie London weisen jedoch auch Luxemburg, Hamburg und Bremen als wirtschaftliche Zentren einen hohen Einpendlerüberhang auf.

Verteilungsgrundlage: Kaufkraft-Standards auf der Basis des BIP je Einwohner

1) In Deutschland sind dies die Stadtstaaten oder die Regierungsbezirke der Flächenländer (im Fall von Rheinland-Pfalz die ehemaligen Regierungsbezirke).

Entwicklungsdifferenzen in Deutschland und der EU
Bruttoinlandsprodukt¹⁾ je Einwohner 2002



Neue Länder: Ziel-1-Regionen der EU-Strukturförderung

Förderkriterien greifen für neue Länder auch nach der EU-Erweiterung

Jede vierte Region der Europäischen Union lag im Jahr 2002 unter der Marke von 75% des EU-25-Durchschnitts. Von diesen insgesamt 64 wirtschaftsschwächeren NUTS-2-Regionen befanden sich sechs in Deutschland, alle in den neuen Bundesländern. Das niedrigste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wies hierunter der Regierungsbezirk Dessau in Sachsen-Anhalt mit knapp 14 100 KKS (66,5%) auf.

Insgesamt lagen alle fünf neuen Bundesländer mit ihrem jeweiligen Landeswert des Pro-Kopf-Einkommens 2002 unter der 75%-Marke des EU-25-Durchschnitts. Auch nach der Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 25 Mitgliedstaaten, wodurch sich die Entwicklungsabstände in

der EU annähernd verdoppelt haben, wären für die fünf neuen Länder damit weiterhin die Förderkriterien der Ziel-1-Strukturprogramme der EU erfüllt.

Staatsdefizit erneut über der „3%-Schwelle“?

Mit den „Maastricht-Kriterien“ des EU-Währungsvertrages haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine strenge Haushaltsdisziplin auferlegt. Dem Bruttoinlandsprodukt kommt eine zentrale Rolle bei den „Maastricht-Kriterien“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU zu. Demnach darf das jährliche Staatsdefizit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 3% des BIP nicht übersteigen und die öffentliche Gesamtverschuldung höchstens bei 60% des Bruttoinlandsprodukts

liegen. Ein überhöhtes Defizit berechtigt die EU-Kommission dazu, gegen ein Land ein Defizitverfahren zu eröffnen.

Die Haushaltslage Deutschlands blieb 2004 angespannt. Die Staatsausgaben wurden zwar eingeschränkt, doch die Einnahmen waren ebenfalls rückläufig. Nach vorläufigen Berechnungen wurde 2004 ein Finanzierungsdefizit des Staates in Höhe von rund 80 Mrd. Euro verzeichnet, nach einem Defizit von 81 Mrd. Euro im Vorjahr. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen waren das im Berichtsjahr 3,6%.

Auf Länder und Gemeinden entfällt gut ein Drittel des Staatsdefizits

Die Länder und ihre Kommunen tragen allerdings zu einem nicht unerheblichen Teil zur Verschuldung des Gesamtstaates bei. Zwar entfiel auf den Bund mit rund 51 Mrd. Euro der Löwenanteil am Staatsdefizit 2004, mit etwa 28,5 Mrd. Euro waren die

Länder und Gemeinden aber auch zu gut einem Drittel am Haushaltsdefizit Deutschlands beteiligt. Die Sozialversicherung hatte mit – 0,6 Mrd. Euro insgesamt einen nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo, nach Defiziten von jeweils rund 7 Mrd. Euro 2002 und 2003. Nach Angaben von Eurostat wies Deutschland Ende 2004 eine Staatsverschuldung in Höhe von rund 66% des BIP auf und überschritt damit ebenfalls die „Maastricht-Grenze“ (60%).

Dr. Frank Thalheimer ist Referent im Referat „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, dem die Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ obliegt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Index im Januar erneut kräftig gestiegen

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Der ifo Geschäftsklimaindex ist gut ins neue Jahr gestartet. Der Index kletterte im Januar von 99,7 auf 102 Punkte und erreichte damit den höchsten Stand seit Mai 2000. Der kräftige Anstieg hat viele Analysten überrascht. Allgemein war für Januar nur mit einer leichten Verbesserung des Geschäftsklimas gerechnet worden. Weiterhin sorgt der Außenhandel für gute Stimmung. Aber auch in anderen Bereichen, die nicht so stark exportabhängig sind, verbesserte sich das Klima. „Der Aufschwung hat an Breite und Stärke gewonnen“, stellt das Ifo Institut fest. Die Aussichten für 2006 sind gut. Es gibt Hoffnungen auf eine spürbare Belebung, die in der zweiten Jahreshälfte dann auch für mehr Beschäftigung sorgen könnte.

Die Unternehmen haben im Januar sowohl ihre gegenwärtige Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate deutlich günstiger beurteilt als im Dezember. Der Lageindex verbesserte sich von 99,6 auf 100,4 Punkte. Der Erwartungsindex machte geradezu einen Satz nach oben; er sprang von 99,6 auf 103,6 Punkte. Einen solch hohen Wert erreichte dieser Teilindex zuletzt im November 1994.

Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Stimmung erheblich verbessert.

Die Unternehmen in diesem wichtigen Bereich der deutschen Wirtschaft schätzen ihre Lage und ihre Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate deutlich günstiger ein. Vor allem im Investitionsgüter- und Vorleistungsbereich geht es weiter aufwärts.

Wesentlich zuversichtlicher als in den Vormonaten sind auch die Unternehmen im Bauhauptgewerbe. Hier wird die Stimmungsverbesserung vor allem durch bessere Geschäftsaussichten getragen. Ursache hierfür könnten die seit einigen Monaten im Vorjahresvergleich steigenden Auftragseingänge sein.

Im Großhandel hat sich das Klima im Vergleich zum Dezember dagegen verschlechtert. Dies liegt an der ungünstigeren Beurteilung der

Freundliche Stimmung im verarbeitenden Gewerbe

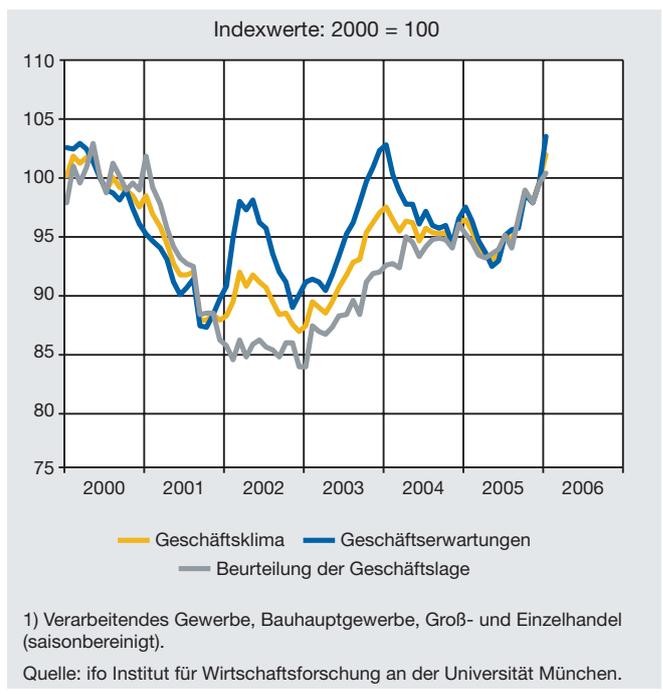
Weitere Klima-verbesserung im Bauhauptgewerbe

Stimmung im Großhandel hat sich verschlechtert

Deutsche Wirtschaft ist schon zu Beginn des neuen Jahres in bester Stimmung

Sowohl die Lage als auch die Geschäftsaussichten werden von Unternehmen deutlich besser eingeschätzt

Stand: Januar 2006 ifo Geschäftsklima Deutschland ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Geschäftslage. Die Geschäftserwartungen der Großhändler haben sich indessen weiter verbessert.

Die Unternehmen des Einzelhandels gehen mit einer besseren Stimmung in das neue Jahr. Zwar ist die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage nur wenig günstiger als im Dezember. Dafür sind die Einzelhändler aber wesentlich optimistischer hinsichtlich ihrer Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate.

Steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe – weiterhin Anstieg auch im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im Oktober gegenüber dem Vorjahr etwas schwächer gestiegen als im September. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Oktober 2005 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 7,5%. Im September wurde ein Plus von 7,7% registriert.

Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung gegenüber dem Vorjahr durch Sondereinflüsse aufgrund erfassungs-technischer Änderungen im Wirtschaftszweig

„Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ eingeschränkt. Wegen des hohen Gewichts der chemischen Industrie im verarbeitenden Gewerbe können sich diese Änderungen auch im Gesamtergebnis auswirken.

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Oktober 2005 erneut von Zuwächsen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland getragen. Im Oktober stieg die Auslandsnachfrage erstmals seit Mai wieder stärker als die heimische Nachfrage. Bei den Bestellungen aus dem Inland wurde gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ein Plus von 6,9% registriert. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich gegenüber Oktober 2004 sogar um 8%. Im September 2005 hatte der Zuwachs an Aufträgen aus dem Inland bei 7,8% und an Auslandsaufträgen bei 7,5% gelegen.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im Oktober 2005 wieder ein kräftiges Auftragsplus. Die Fahrzeugbestellungen nahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat real um 11,4% zu. Zuvor hatte es im September 2005 mit +10,3% bereits einen hohen Zuwachs gegeben. Dies ist allein auf die Inlandsaufträge zurückzuführen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen aus der heimischen Produktion stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 29,4%. Im September hatte der Zuwachs sogar bei 31,3% gelegen. Dagegen sind die Auftragseingänge aus dem Ausland weiter rückläufig; im Vorjahresvergleich sanken sie im Oktober 2005 um 4,4% – nach einem Minus von 7% im Vormonat.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Oktober 2005 im Vorjahresvergleich um 12,4% an, nach 11% im September. Aus dem Inland gab es wieder ein Auftragsplus,

Steigerung der Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland

Bestellungen aus dem Inland füllten die Auftragsbücher im Fahrzeugbau

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Oktober 2005 gegenüber dem Vorjahr um 7,5% gestiegen

Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar

Auftragseingänge im Maschinenbau weiter im Plus – Aufträge aus dem Ausland stiegen stärker als die Inlandsaufträge

allerdings das niedrigste im letzten halben Jahr. Die Zuwachsrate belief sich im Oktober 2005 im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 4,1%, nach 5,4% im September. Die Auftragszahlen aus dem Ausland sind im Vorjahresvergleich nach dem starken Anstieg um 14,8% im September noch einmal nach oben gegangen. Im Oktober 2005 wurde hier ein Plus von 18,3% erreicht.

Steigende Nachfrage in der Metallherzeugung und -verarbeitung ausschließlich durch Auslandsaufträge

In der Metallherzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) stiegen die Auftragseingänge im Oktober 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat mit 6,5% wieder stärker als in den beiden Vormonaten (jeweils +3,7%). Bei den Inlandsbestellungen war mit –3,1% erstmals seit April wieder ein Rückgang der Nachfrage zu verzeichnen. Dagegen zogen die Auslandsaufträge mit +21,2% sehr deutlich an. Im September 2005 war die Inlandsnachfrage noch um 0,5% gestiegen, im Auslandsgeschäft wurde ein Auftragsplus von 8,2% registriert.

Vergleichbarkeit mit den Vormonaten in der chemischen Industrie eingeschränkt

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung mit dem Vorjahr durch erfassungstechnische Änderungen eingeschränkt. Die Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren.

Die Auftragseingänge in der chemischen Industrie erhöhten sich im Oktober 2005 um 8,2% gegenüber dem Oktober des Vorjahres. Damit wurde die niedrigste Zuwachsrate seit November 2004 beobachtet. Im September 2005 war bei den Auftragseingängen noch ein Plus von 12,1% zu verzeichnen. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland kamen die Steigerungsraten nicht an das Vormonatsergebnis heran. Die Inlandsnachfrage stieg mit 6,6% gegenüber Oktober 2004 etwas schwächer als im Sep-

tember (+7,4%). Der Anstieg bei den Aufträgen aus dem Ausland war mit 9,1% im Oktober sogar deutlich niedriger als noch im September (+14,7%).

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Oktober 2005 um 6,5% gestiegen. Obwohl die Zuwächse vom August (+7,5%) und September (+12,9%) damit nicht erreicht wurden, setzte sich die positive Entwicklung der letzten Monate fort, die sich bereits im Juli angedeutet hatte. Zuvor waren seit März jeweils sinkende Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr beobachtet worden.

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen wird zum Jahresende durch die Streichung der Eigenheimzulage ab 2006 offensichtlich stark beeinflusst. Nach den deutlichen Rückgängen vom August (–16,8%) und September (–14,6%) hat sich die Situation im Oktober 2005 mit einem Anstieg um 5,2% umgekehrt. Dieser gleitende Drei-Monats-Durchschnitt wird vor allem durch den extrem hohen Novemberwert dominiert, der mehr als doppelt so hoch war wie im Oktober. Es handelte sich dabei außerdem um den höchsten Monatswert seit Februar 2004.

Leicht steigende Umsätze im Einzelhandel, Einbußen im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze weisen seit einem halben Jahr leichte Zuwächse auf. Im Oktober 2005 ist der Drei-Monats-Durchschnitt

Weiter steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und starke Zunahme bei den Baugenehmigungen

Zuwächse im Einzelhandel – Rückgang im Großhandel

gegenüber Oktober 2004 um 0,7% gestiegen. Davor erhöhten sich die realen Umsätze gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat sechsmal in Folge zwischen 0,6% im Juli und 1,9% im September 2005.

Im Großhandel sind dagegen die realen Umsätze im Oktober 2005 wieder rückläufig. Sie sanken gegenüber dem Vorjahresmonat um 2%. Nach den starken Umsatzeinbußen zum Jahresbeginn war es in den letzten drei Monaten mit jeweils +0,2% noch zu leichten Zuwächsen gekommen.

Im Gastgewerbe ist der Abwärtstrend ungebrochen. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im Oktober 2005 gegenüber dem Oktober des Vorjahres real um 1,6%. Der Rückgang war damit wieder höher als die Umsatzverluste, die seit Mitte des Jahres zu beobachten waren.

Anstieg des Verbraucherpreisindex im Januar unverändert bei 2,2%

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erreichte im Januar 2006 einen Wert von 109,1. Gegenüber dem Vormonat sank der Index um 0,3%. Im Vergleich zum Januar des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex um 2,2% gestiegen. Der Index liegt damit zum siebten Mal in Folge über der 2%-Marke. Der starke Preisanstieg ist aber nicht etwa Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung, sondern im Wesentlichen auf die Verteuerung von Ölprodukten und die jüngste Erhöhung der Tabaksteuer zurückzuführen. Im Bereich „Bildungswesen“ kam es zu einer Steigerung von 5,1%. Die Entwicklung

des Ölpreises führte im Bereich „Verkehr“ zu einem Preisanstieg um 4,7%. Rückläufige Preise im Vorjahresvergleich waren dagegen in den Bereichen „Bekleidung und Schuhe“ mit –1,8% sowie „Nachrichtenübermittlung“ mit –3% zu verzeichnen.

Arbeitslosenzahl ist jahreszeitlich bedingt gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Rheinland-Pfalz im Dezember witterungsbedingt angestiegen. Mitte Dezember 2005 waren im Land rund 168 700 Frauen und Männer ohne Arbeit. Das waren rund 4 700 oder 2,9% mehr als im November. Im Vergleich zum Dezember 2004 ist die Zahl der Arbeitslosen um 5 800 Personen oder 3,6% höher. Dieser deutliche Anstieg der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosenzahl ist immer noch eine Folge der Arbeitsmarktreflexen zu Beginn des Jahres.

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im Dezember 2005 auf 8,3% und stieg damit im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozentpunkte. Ein Jahr zuvor hatte die Quote bei 8,1% gelegen.

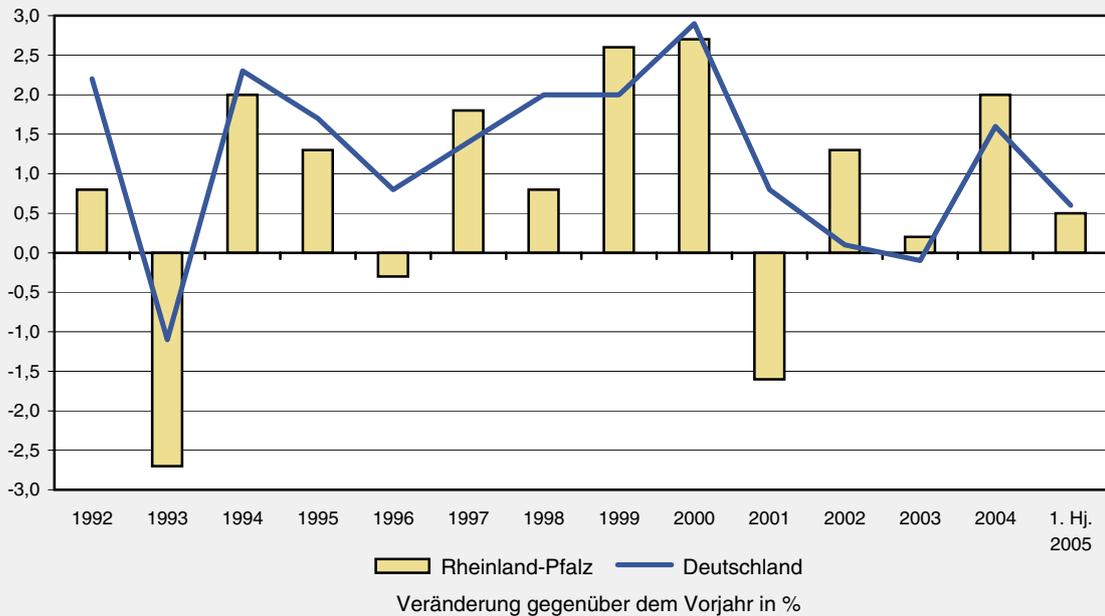
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten; Thomas Kirsche, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Anhaltender Abwärtstrend im Gastgewerbe

Verbraucherpreise im Januar um 2,2% gestiegen

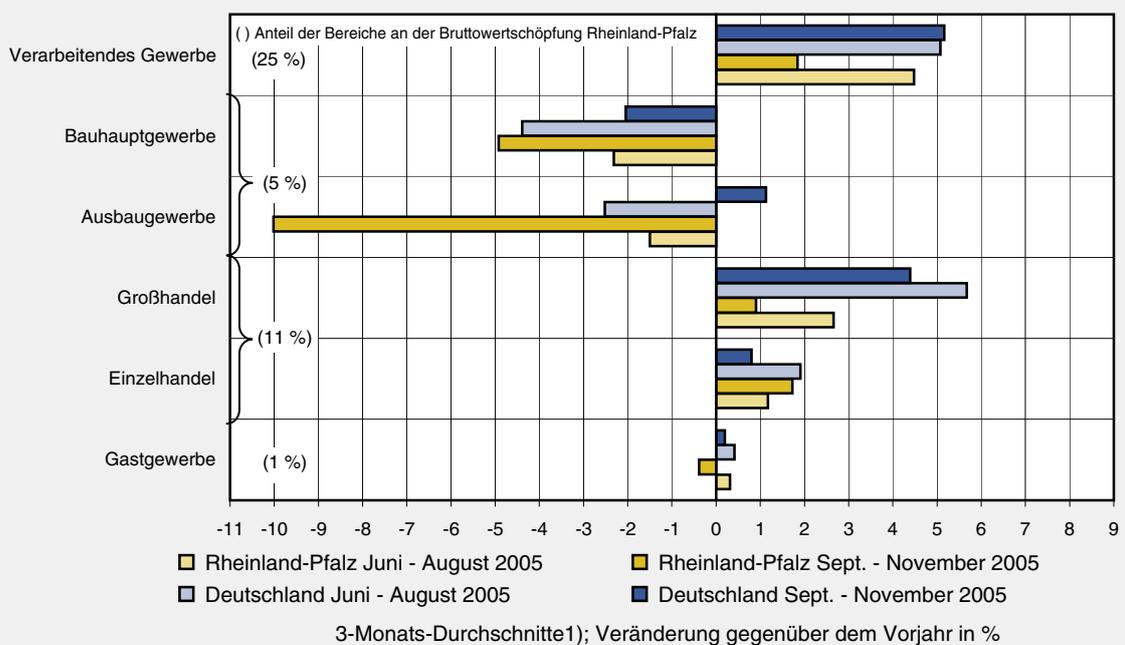
Zahl der Arbeitslosen im Dezember angestiegen

**Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾**
(Berechnungsstand: September 2005)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2005 im Februar 2006.

**Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen
in Rheinland-Pfalz und Deutschland**

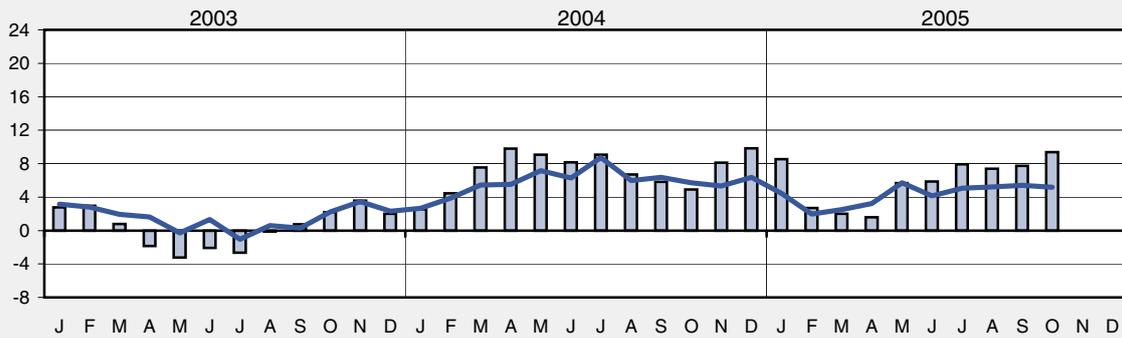


1) Ausbaugewerbe: Quartale.

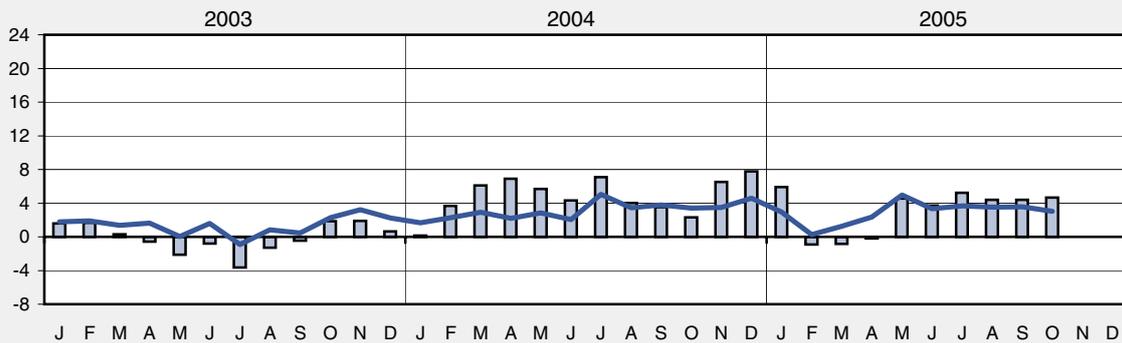
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe**

Deutschland

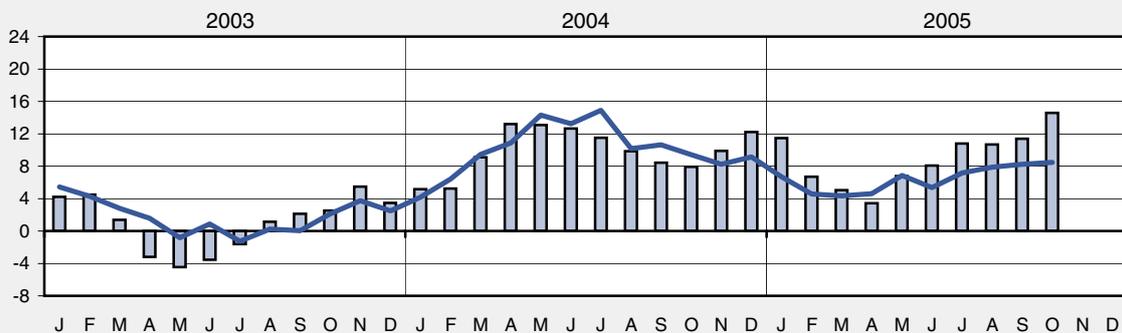
Insgesamt



Inland



Ausland



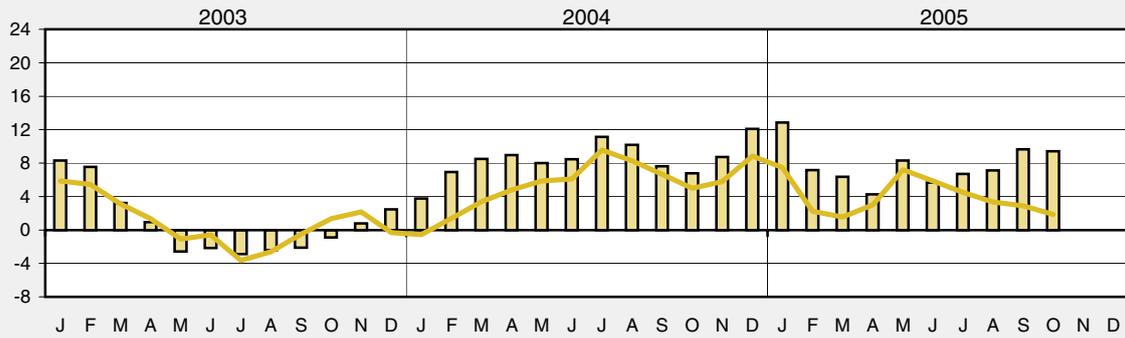
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

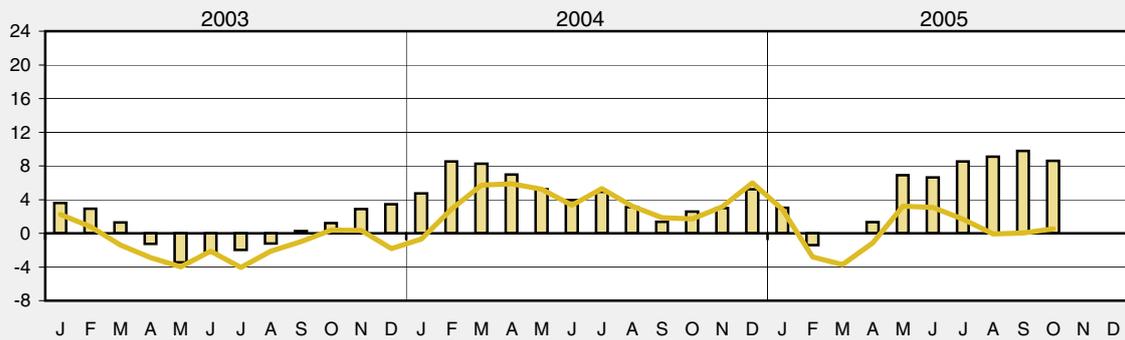
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe**

Rheinland-Pfalz

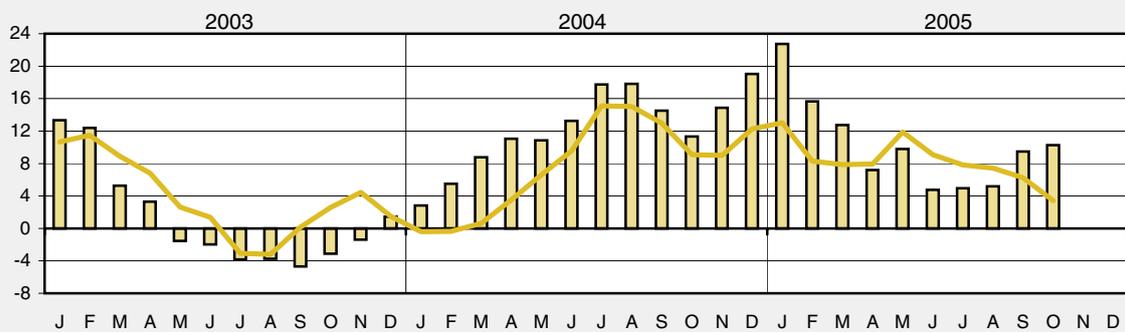
Insgesamt



Inland



Ausland

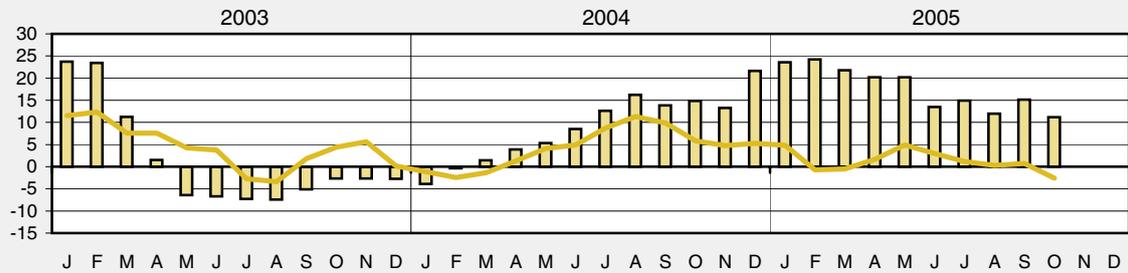


■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

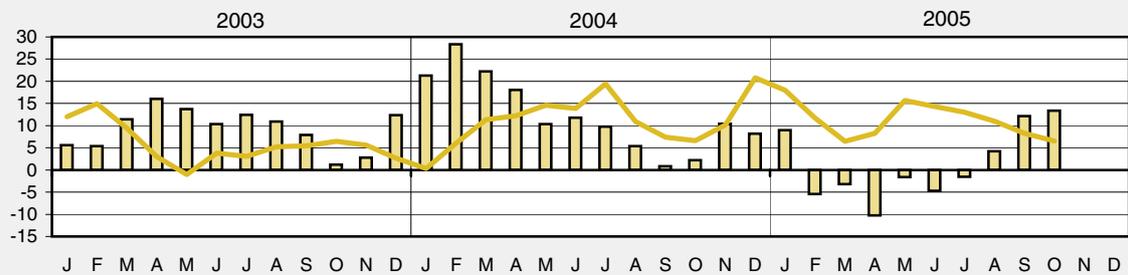
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

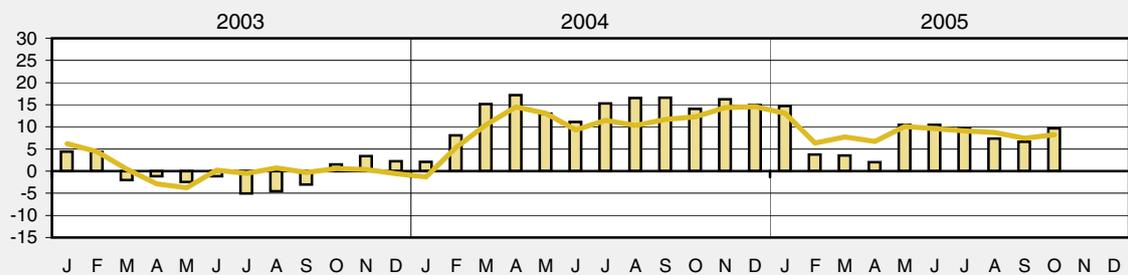
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 32%)



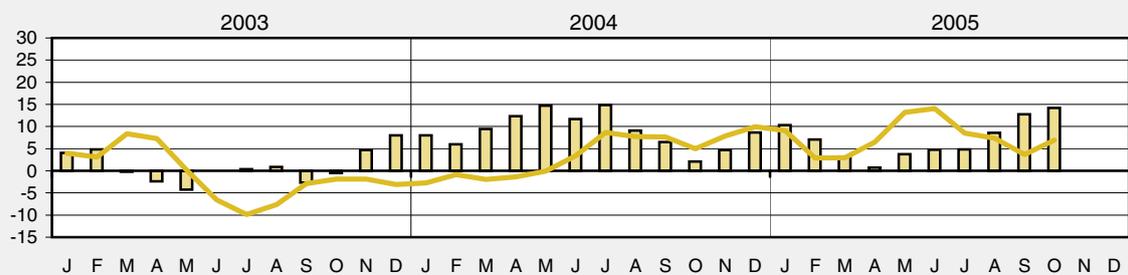
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 15%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 10%)



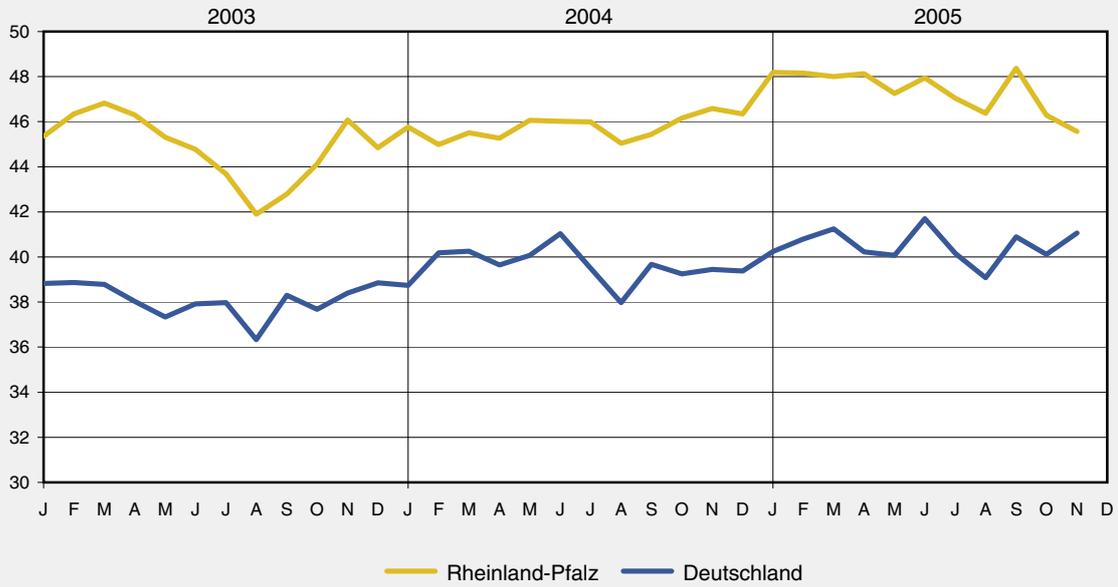
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 9%)



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

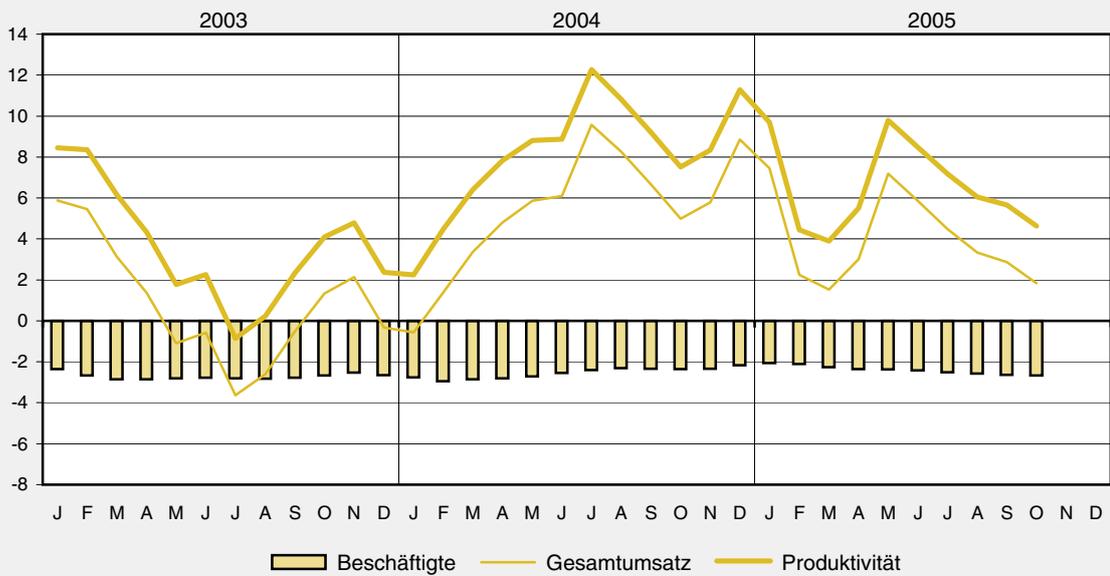
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Exportquote
im verarbeitenden Gewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

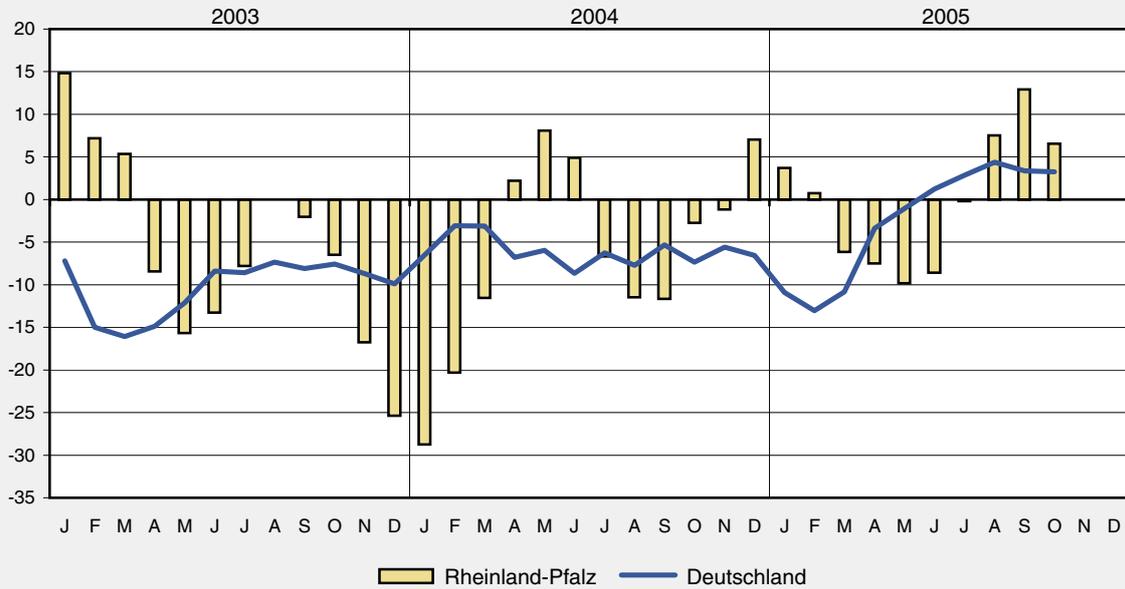
**Beschäftigte, Umsatz und Produktivität
im verarbeitenden Gewerbe
in Rheinland-Pfalz**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

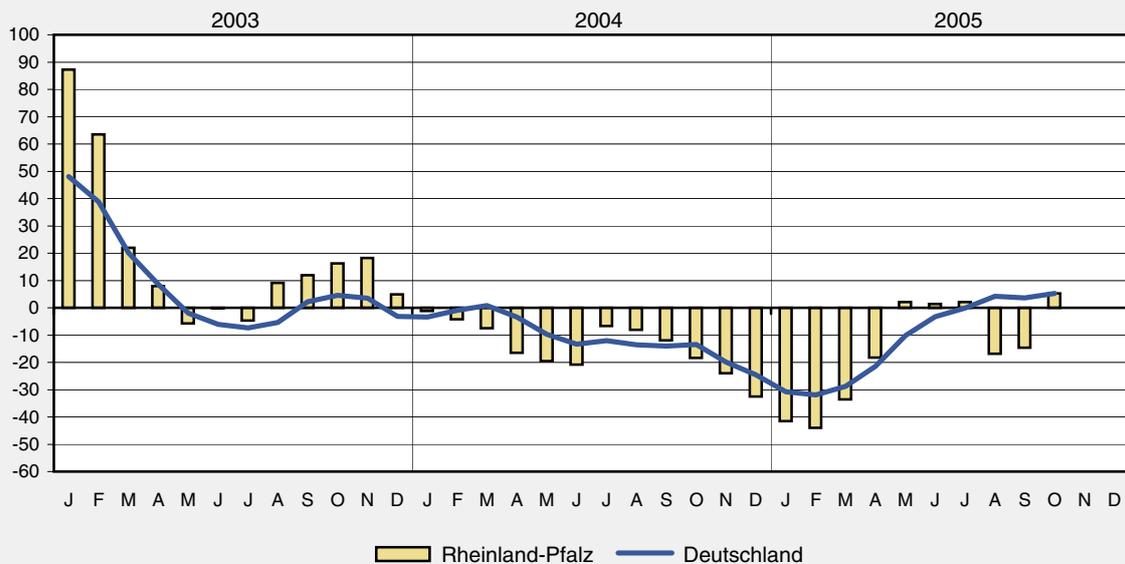
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

**Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



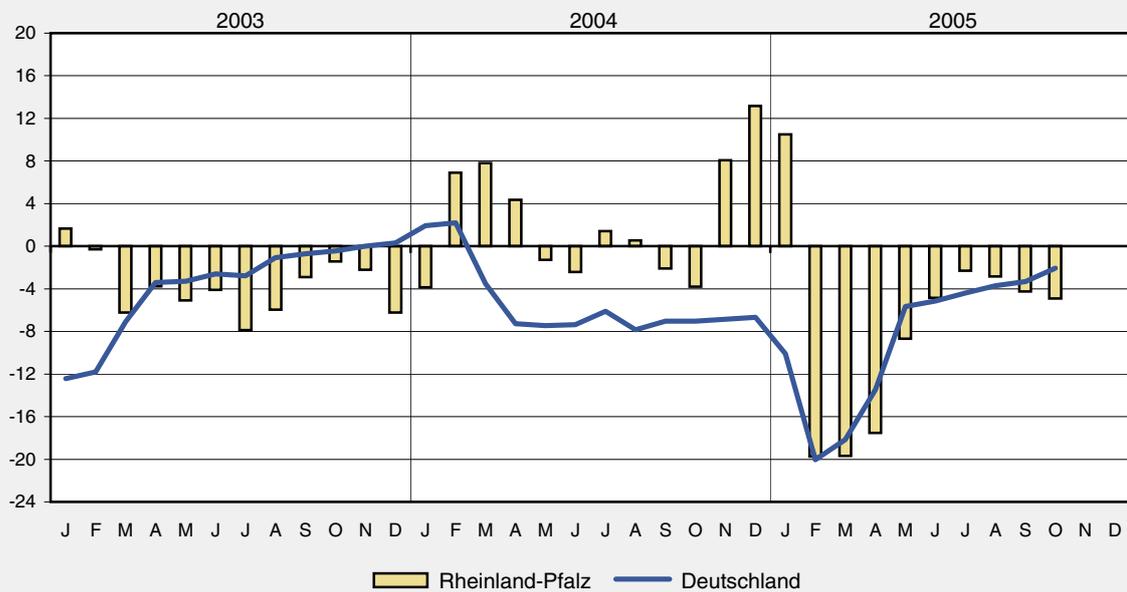
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Baugenehmigungen
Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

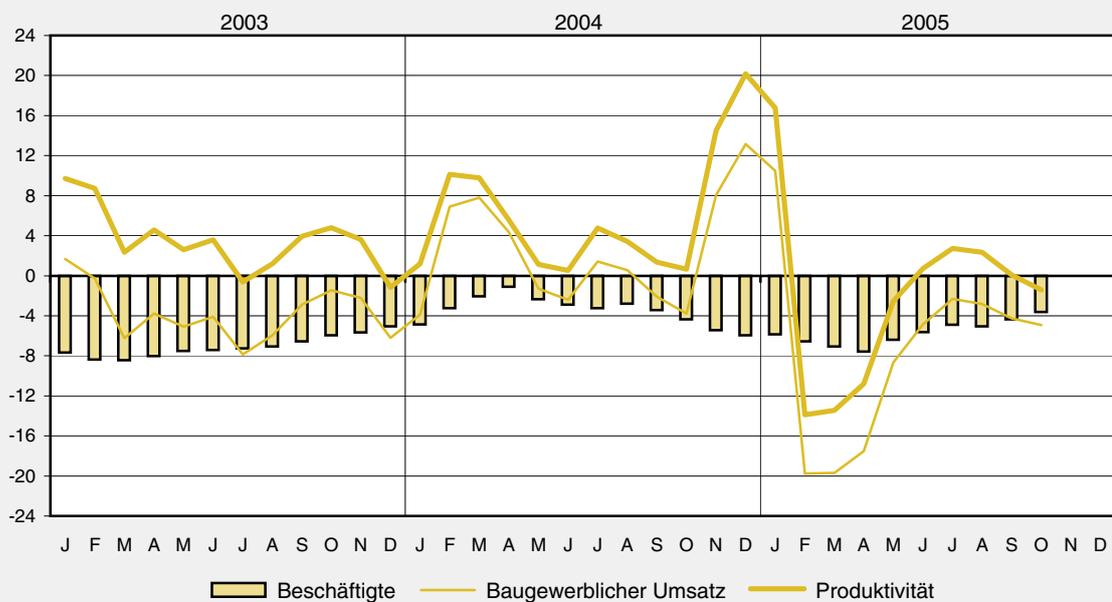
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

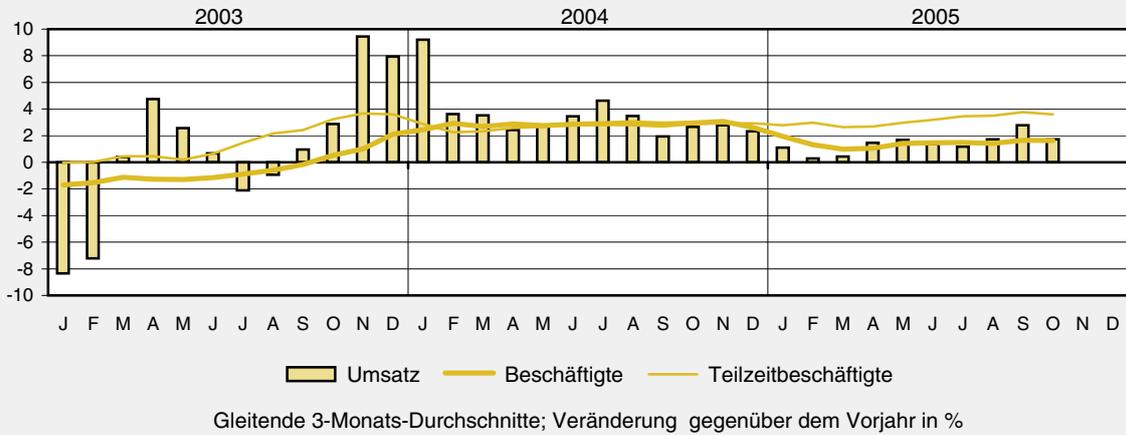
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



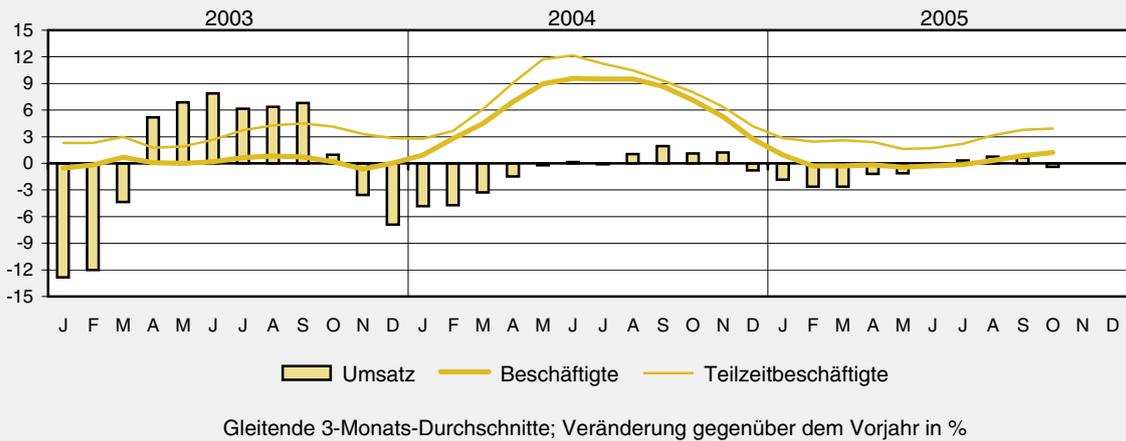
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

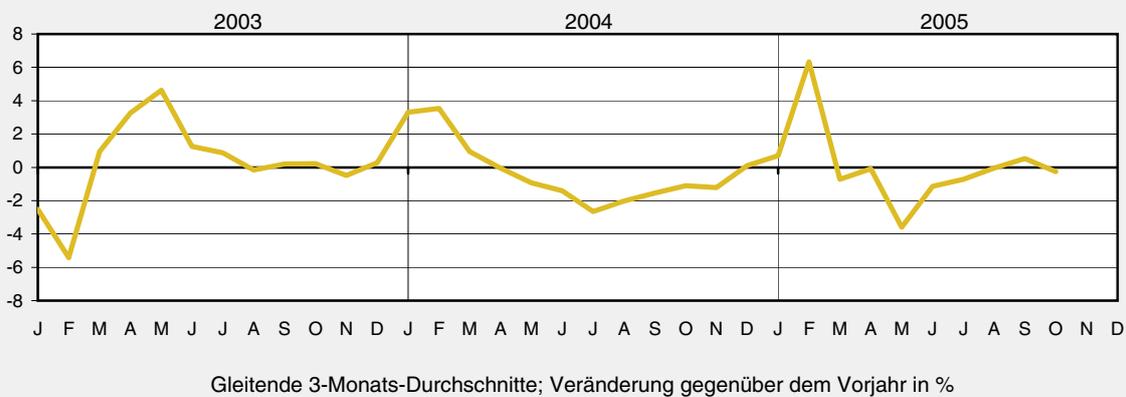
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



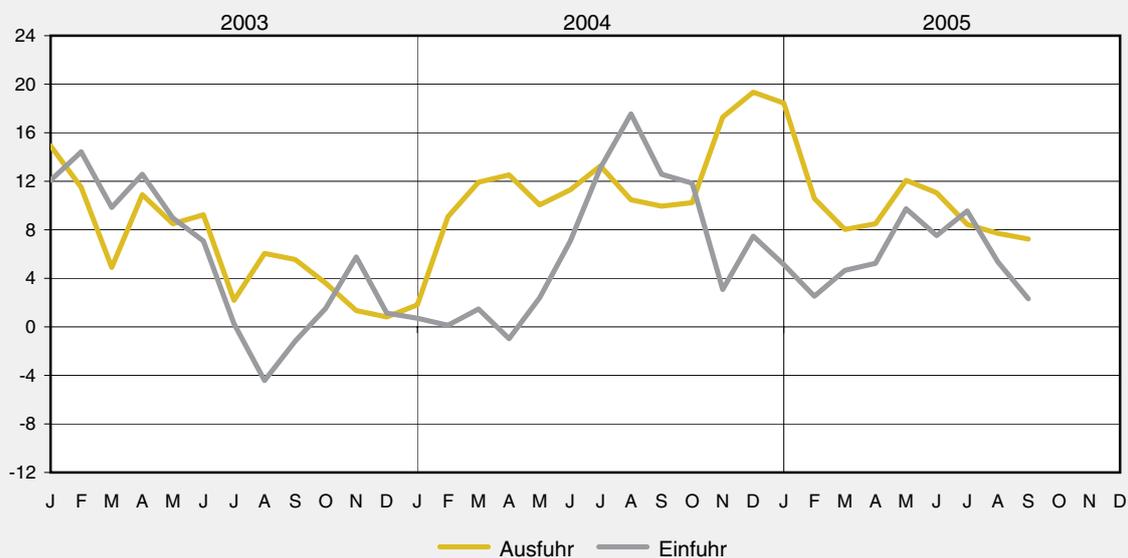
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz



Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



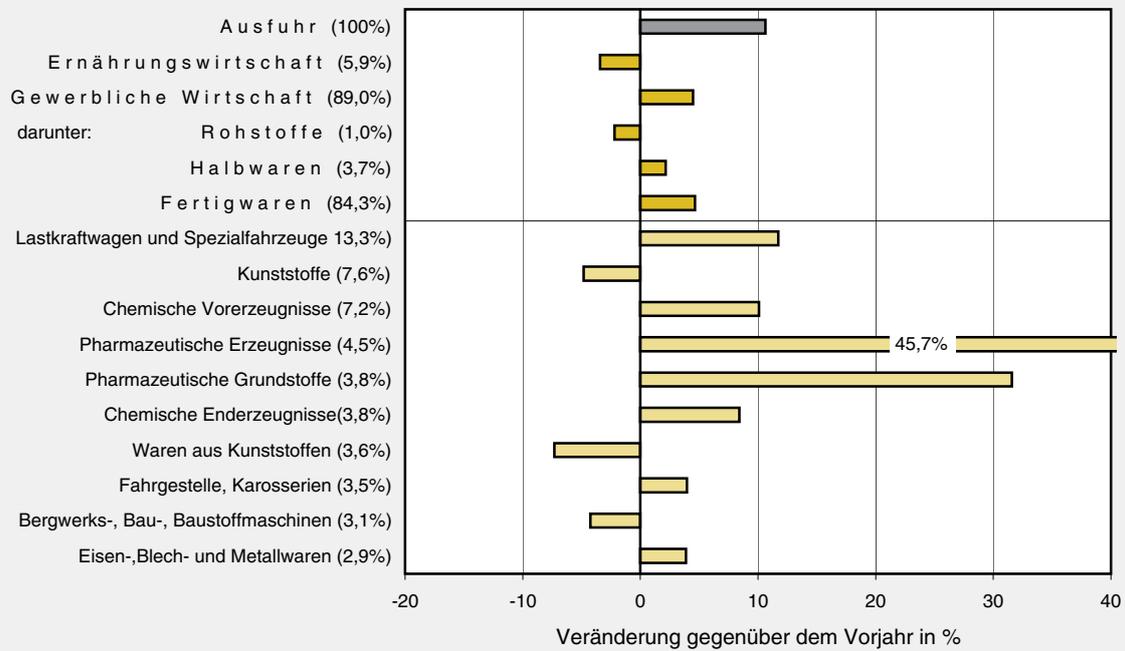
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

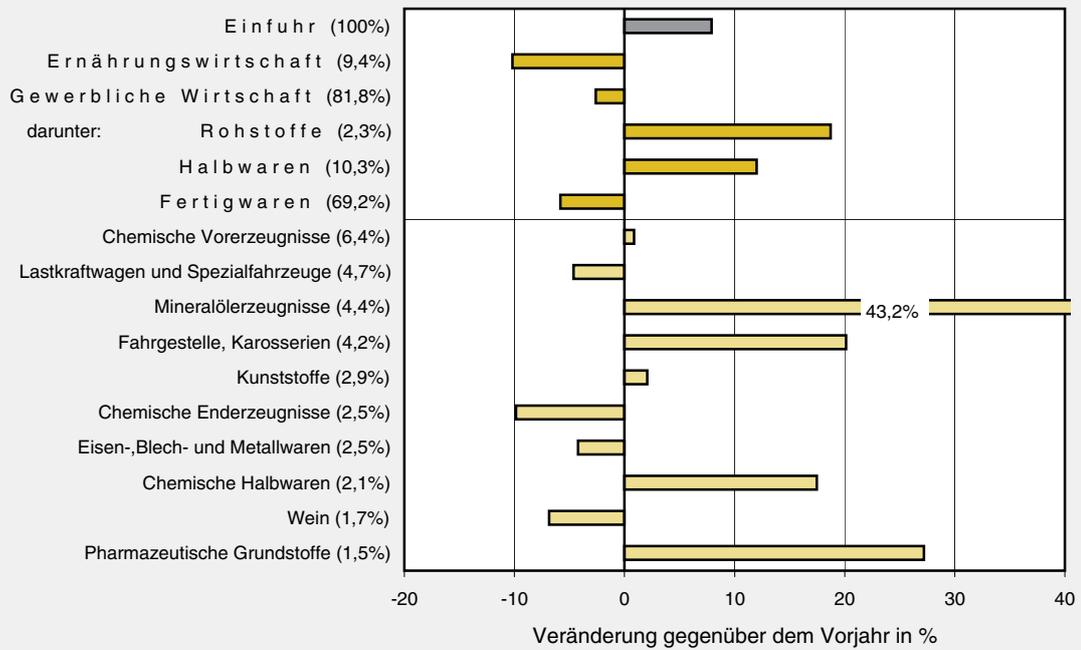


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(November 2004 - Oktober 2005)

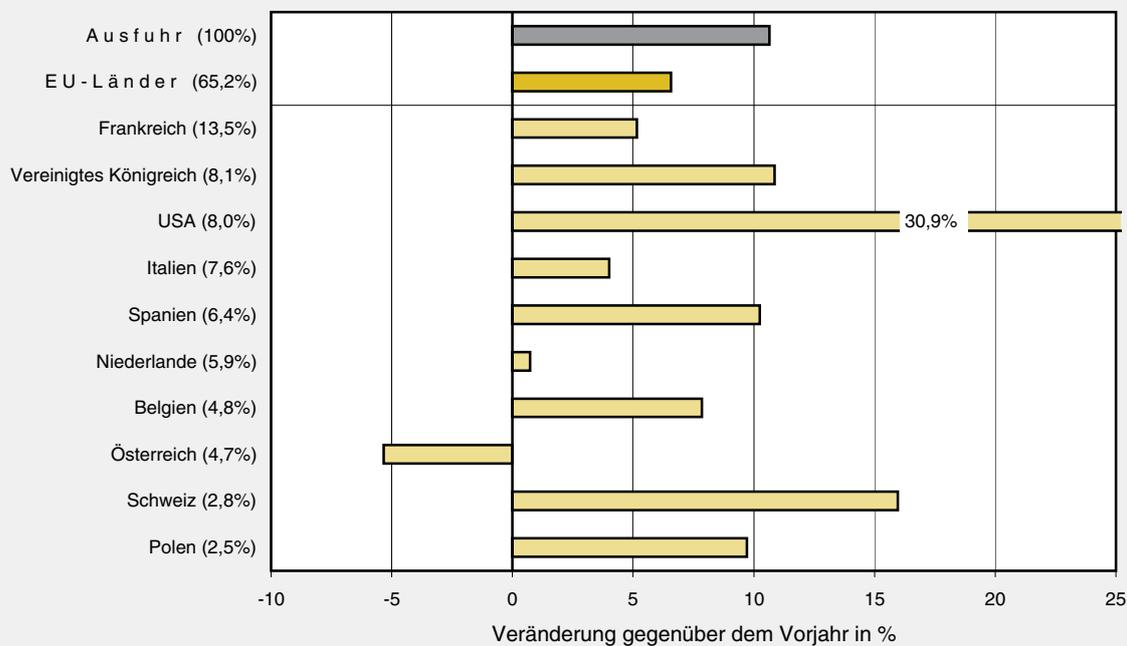


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(November 2004 - Oktober 2005)

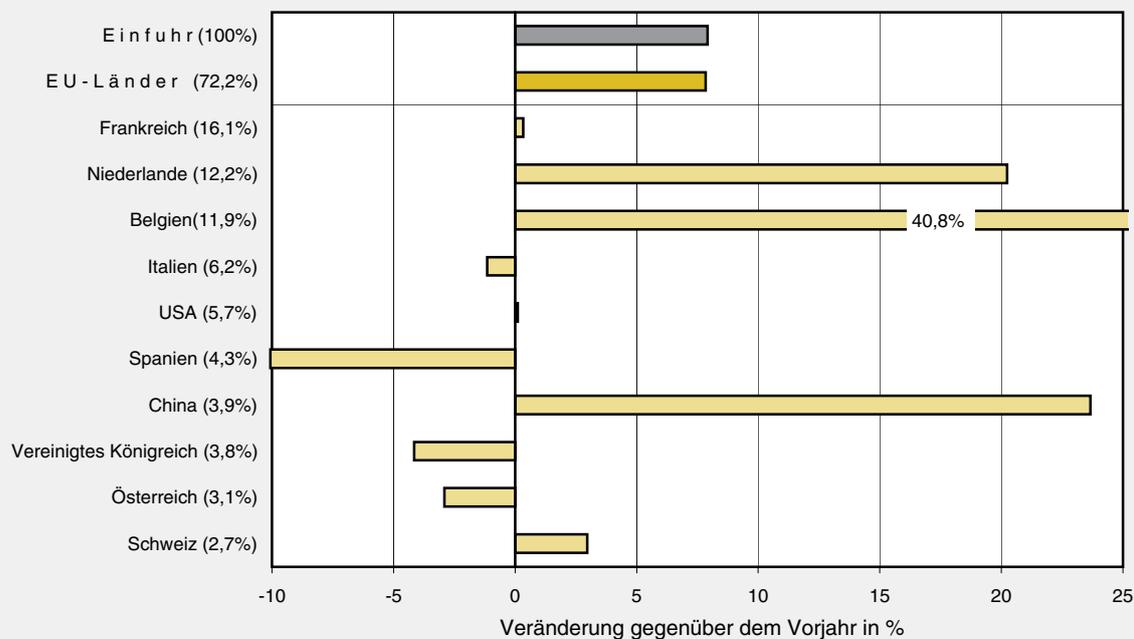


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(November 2004 - Oktober 2005)

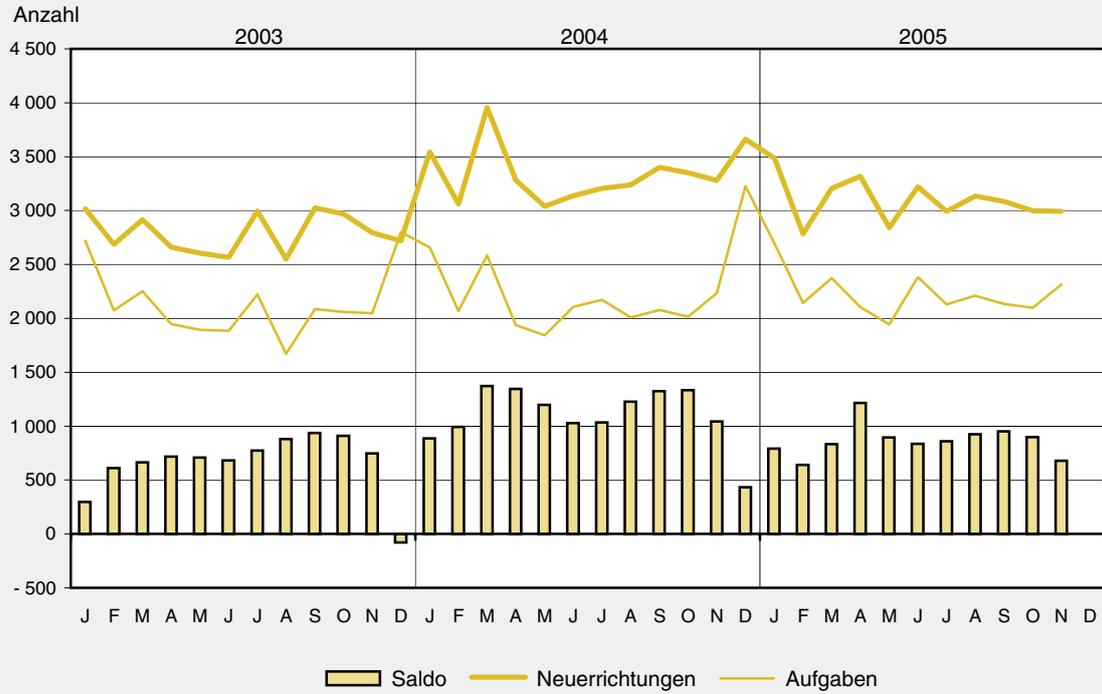


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(November 2004 - Oktober 2005)

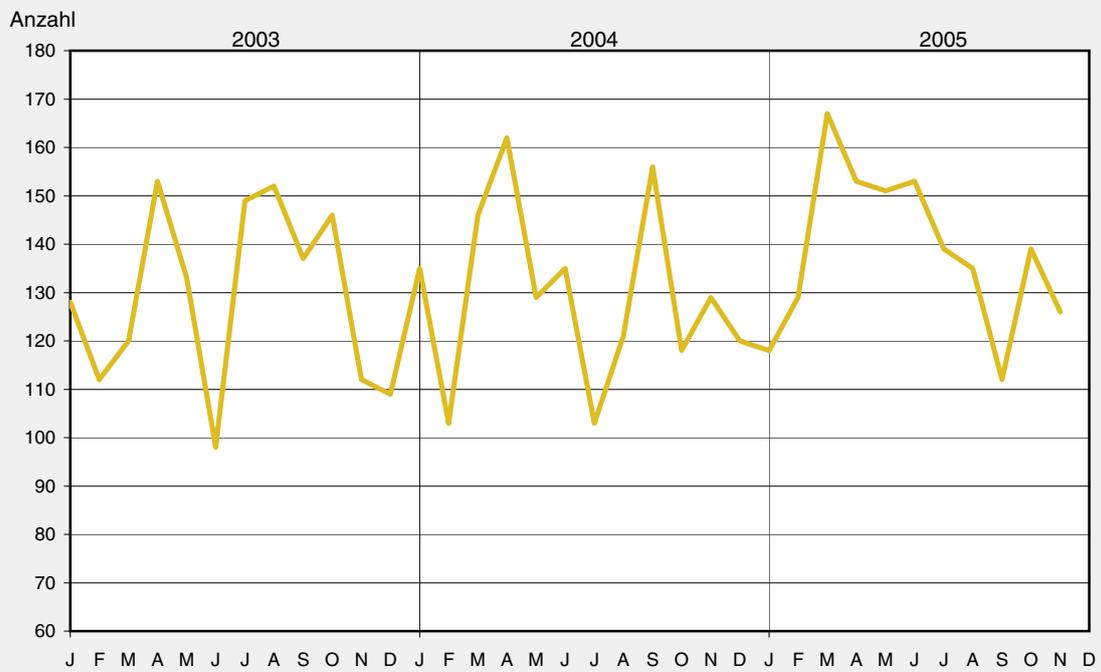


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

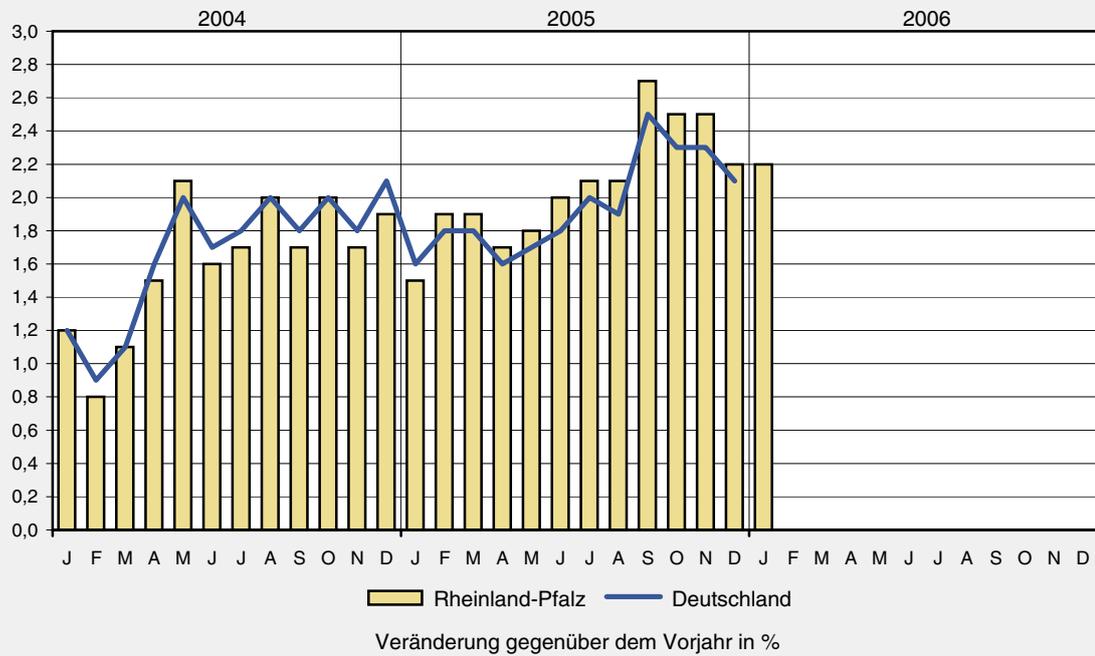
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



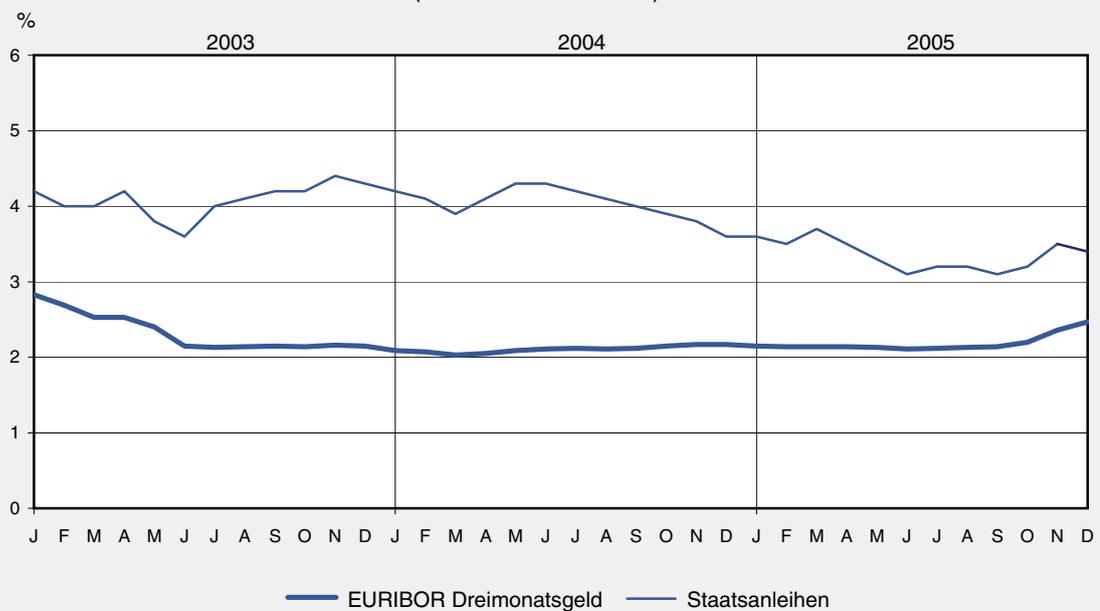
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

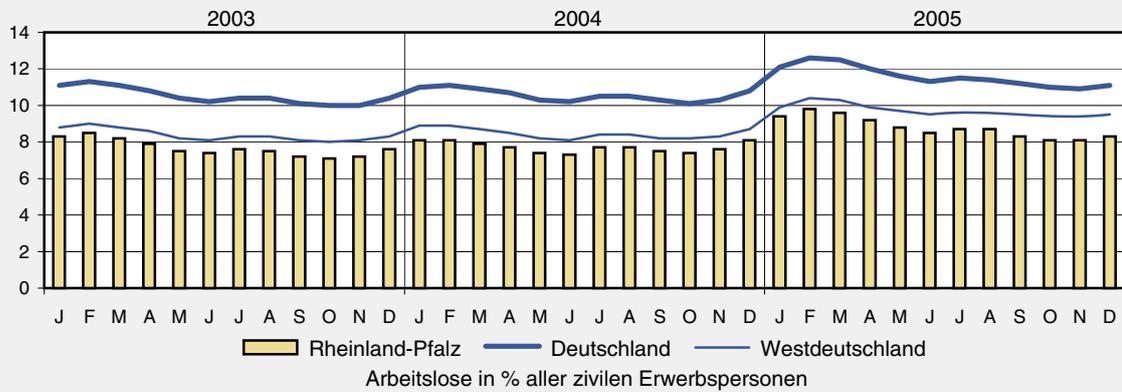


**Geldmarktsätze EURIBOR
Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
(Monatsdurchschnitt)**

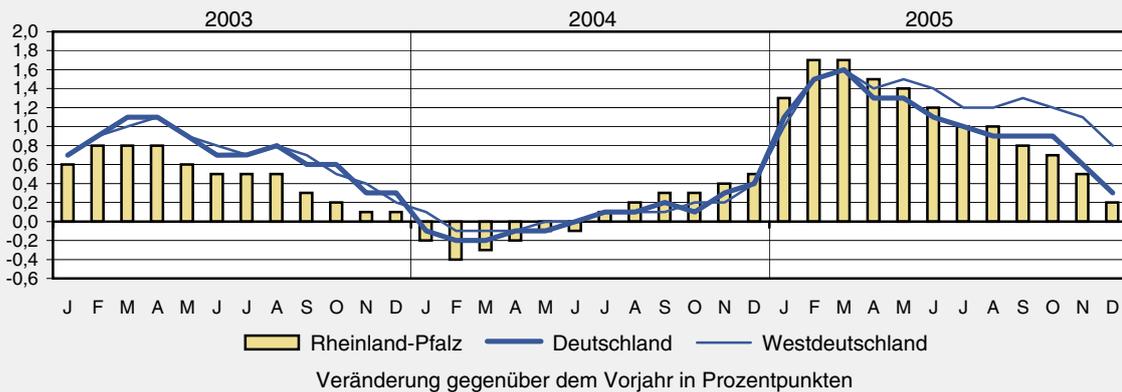


Quelle: Deutsche Bundesbank.

**Arbeitslosenquote
in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾**



**Veränderung der Arbeitslosenquote
in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾**

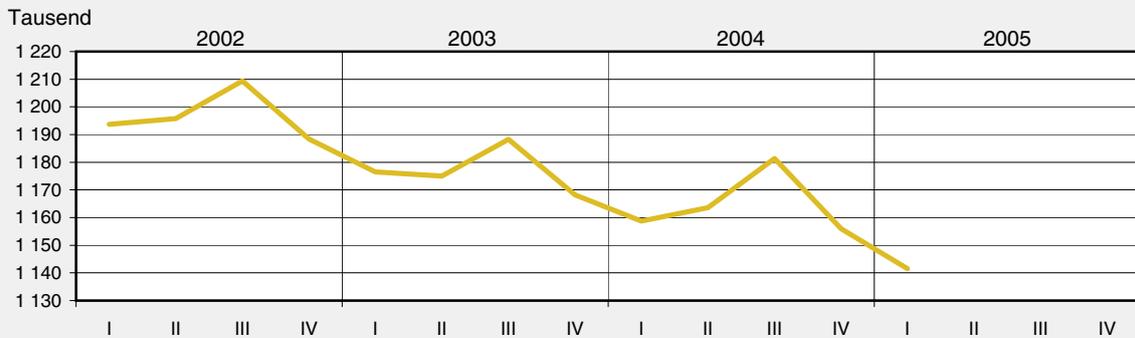


Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

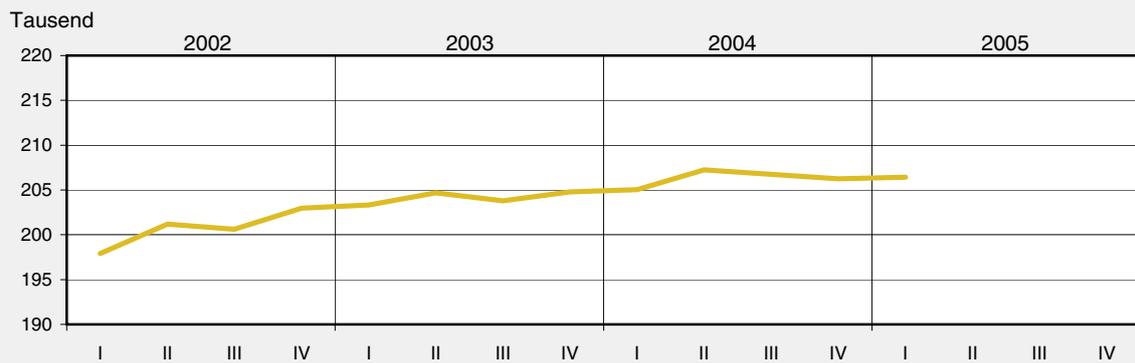


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

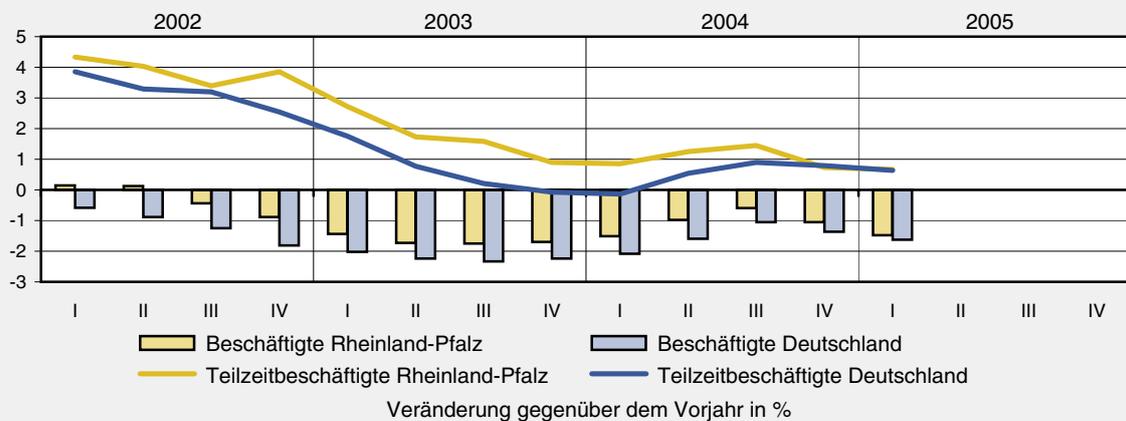
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz



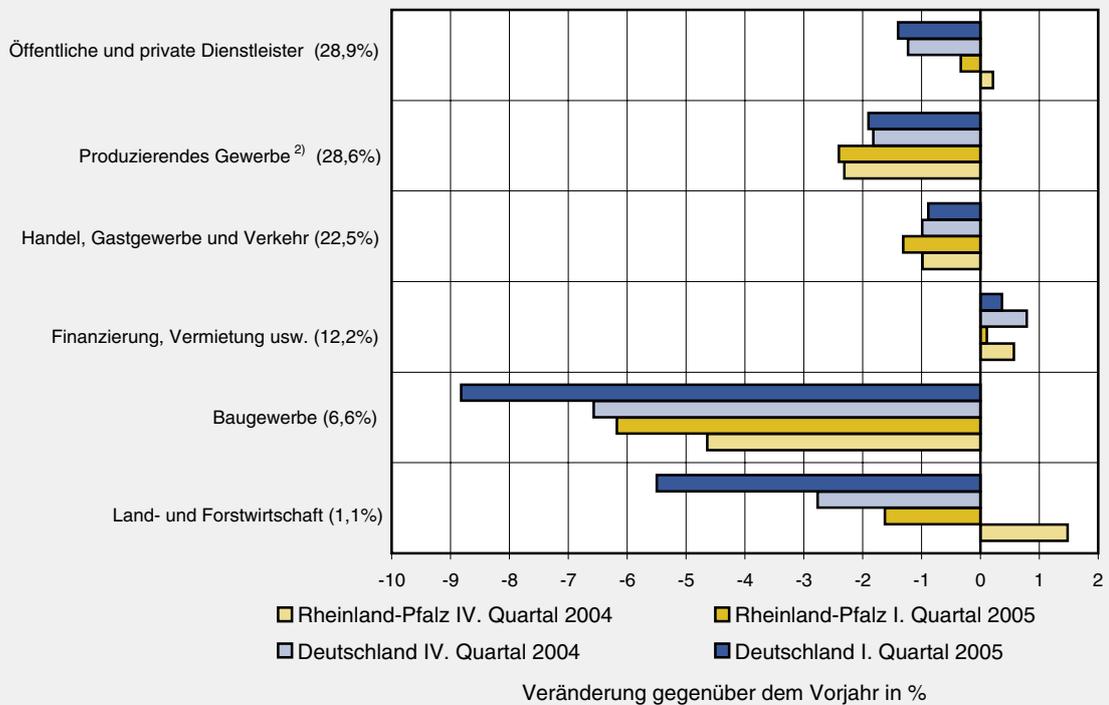
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2004. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. Januar 2006.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerie, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb ste-

hen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunktorentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehungen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



7	1.210.261	19.517.888	3.771.194
37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.397.829
	1.789.099	21.687.249	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 061 ¹⁾	4 059	4 061	4 061	4 060	4 060	4 061	4 060
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	316	317	317	315	315	316	317
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 677	1 753	2 475	2 390	1 878	1 885	2 390	2 356	2 268
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 840	2 785	3 132	3 121	3 005	2 870	2 669	3 044	2 806
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,2	9,1	9,1	9,0	8,6	7,7	8,8	8,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 661	3 464	3 337	3 371	3 219	3 369	3 070	3 542	3 166
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,2	9,7	9,8	9,6	10,1	8,9	10,3	9,5
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	14	12	15	8	13	7	12	14	5
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,9	4,1	3,7	3,3	4,7	2,4	4,5	4,6	1,8
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 821	- 679	- 205	- 250	- 214	- 499	- 401	- 498	- 360
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,0	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 1,5	- 1,2	- 1,4	- 1,1
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 406	8 107	9 040	10 004	8 692	8 827	8 792	10 353	9 442
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 346	2 218	2 550	2 469	2 371	2 418	2 571	2 601	2 770
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 505	7 237	7 886	8 063	8 410	7 062	7 937	9 338	9 289
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	1 849	2 114	2 453	2 223	2 182	1 943	2 181	2 313	2 292
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	900	870	1 154	1 941	282	1 765	855	1 015	153
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 821	12 969	13 515	15 118	12 885	13 237	12 602	15 580	14 117
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte	Einheit	2002		2003			2004			2005
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 196	1 175	1 188	1 168	1 159	1 164	1 181	1 156	1 142
* Frauen	1 000	532	527	531	527	524	522	530	523	519
* Ausländer/-innen	1 000	76	72	73	69	69	70	71	66	66
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	201	205	204	205	205	207	207	206	206
* darunter Frauen	1 000	176	179	178	179	179	181	181	180	181
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	13	13	11	12	13	13	12	12
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	351	340	342	338	334	333	335	330	326
* Baugewerbe	1 000	85	80	82	77	74	77	79	74	70
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	271	265	268	262	260	262	268	259	256
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	141	144	141	141	142	145	142	141
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	334	335	338	338	337	336	340	339	336

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2005 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Arbeitslose	Anzahl	154 664	155 111	149 000	152 285	162 676	168 104	164 610	164 189	168 719
* Frauen	Anzahl	66 055	66 311	65 784	66 580	69 229	81 082	79 775	79 280	79 709
Männer	Anzahl	88 609	88 800	83 216	85 705	93 447	87 022	84 835	84 909	89 010
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 181	8 265	7 026	7 602	9 429	6 978	6 718	6 863	7 933
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 796	44 605	41 868	43 177	46 877	46 034	44 664	44 674	46 504
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	8,5	8,6	8,2	8,4	9,0	9,3	9,1	9,0	9,3
* Frauen	%	7,8	7,8	7,7	7,8	8,1	9,5	9,3	9,3	9,3
* Männer	%	9,2	9,2	8,7	8,9	9,7	9,1	8,9	8,9	9,3
* Ausländer/-innen	%	17,7	17,7	17,1	17,6	18,8	20,3	20,0	20,2	20,9
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,1	8,3	8,1	8,2	8,9	10,5	9,5	9,2	9,2
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	9 170	6 844	5 439	5 342	7 672	3 790	3 473	3 802	3 284
* Gemeldete Stellen	Anzahl	27 293	21 679	14 975	13 568	16 447	24 861	20 233	17 292	17 163
darunter										
Bauberufe	Anzahl	473	299	305	202	134	1 302	961	926	841
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 473	4 429	4 211	3 889	3 405	6 057	5 927	4 857	4 686
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	988	828	682	533	598	692	670	576	1 031
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	949	790	644	514	570	670	646	556	1 003
* 3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	39	38	38	19	28	22	24	20	28
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	1	2	2	1	...	1	2
Unternehmen	Anzahl	125	97	106	57	80	110	106	41	405
private Haushalte	Anzahl	862	729	575	474	516	581	564	534	624
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 322	1 154	1 240	691	970	863	868	710	1 475
* Umbauter Raum	1 000 m ³	952	810	753	501	592	629	605	515	812
* Wohnfläche	1 000 m ²	172	147	137	91	107	118	115	95	162
Wohnräume	Anzahl	7 525	6 416	5 926	3 990	4 747	5 045	4 904	4 168	8 168
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	217	184	166	114	134	144	139	120	181
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	130	134	148	93	166	125	97	110
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	15	16	9	15	14	25	19	14	12
Unternehmen	Anzahl	106	105	121	127	77	131	99	78	90
private Haushalte	Anzahl	6	10	4	6	2	10	7	5	8
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	16	15	21	20	9	39	2	7	8
* Umbauter Raum	1 000 m ³	661	662	484	571	678	1 054	927	435	541
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	98	72	95	97	159	120	73	84
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	67	34	59	63	144	95	47	102
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	1 491	1 314	1 409	826	1 091	1 044	933	800	1 604
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 660	7 421	6 921	4 787	5 570	6 073	5 363	4 755	8 935

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 393	10 830	10 578	11 109	12 430	10 815	10 596	11 241	11 731
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 693	2 752	2 570	3 016	3 709	2 602	2 889	3 011	3 545
* Kälber	t	18	20	15	20	21	9	13	14	20
* Schweine	t	7 595	7 968	7 914	7 985	8 603	8 106	7 593	8 108	8 064
* Eierzeugung ²⁾	1 000	9 621	9 535	9 404	9 334	9 507	9 944	9 913	10 201	10 175
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	64 148	63 617	61 229	62 337	59 680	64 933	60 362	60 922	58 010
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 260	2 184	2 179	2 181	2 179	2 112	2 106	2 095	2 090
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	288 559	281 120	282 410	281 039	280 511	275 122	275 016	273 440	272 947
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	180 771	175 217	176 149	174 684	174 383	170 690	170 293	169 334	168 640
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	36 381	35 893	36 499	36 194	37 221	34 036	35 490	34 504	36 032
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	889	884	829	845	1 149	824	822	845	1 141
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	455	451	430	435	584	424	422	434	579
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	434	433	399	411	565	400	400	411	562
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 230	5 508	5 800	5 621	5 821	5 394	6 074	5 632	5 853
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	2 779	2 953	3 138	3 033	3 115	2 772	3 190	2 925	3 076
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 366	1 477	1 519	1 533	1 561	1 453	1 696	1 575	1 642
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	115	129	123	134	97	121	125	133
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	968	962	1 014	931	1 011	1 072	1 066	1 008	1 002
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 666	1 735	1 799	1 720	1 862	1 635	1 838	1 663	1 741
Fahrzeugbau	Mill. EUR	751	829	854	902	916	840	970	921	955
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 348	2 521	2 635	2 595	2 712	2 501	2 938	2 608	2 667
Exportquote ⁷⁾	%	44,9	45,8	45,4	46,2	46,6	46,4	48,4	46,3	45,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,6	106,8	106,1	106,6	107,6	106,1	116,0	113,7	114,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	99,1	104,2	108,8	106,4	105,9	105,0	113,8	110,1	114,6
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	100,5	111,4	100,5	104,9	108,6	105,7	117,3	117,8	112,7
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,1	98,2	95,0	106,3	110,5	92,7	97,1	98,9	117,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	103,1	108,1	115,4	115,6	114,6	120,5	132,7	126,1	121,2
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen ⁸⁾	2000=100	102,3	109,4	115,1	111,8	112,4	120,0	124,1	121,6	121,3
Fahrzeugbau	2000=100	105,2	119,1	101,7	108,6	112,3	110,6	122,7	124,7	112,0
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	87	86	85	85	85	88	88	87	87
* Beschäftigte ³⁾⁴⁾	Anzahl	10 660	10 377	10 381	10 347	10 321	10 175	10 231	10 210	10 196
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 363	1 329	1 366	1 328	1 394	1 213	1 334	1 273	1 374
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	34	33	29	37	43	30	30	37	43
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	640	668	648	660	713	525	590	499	593
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	624	651	627	643	698	512	571	487	577

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit
im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. –
7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraft-
werke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	39 526	38 163	38 872	37 830	37 245	37 007	36 935	36 637	36 263
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 967	3 780	4 542	4 181	3 853	3 766	4 085	3 839	3 705
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 568	1 543	1 867	1 673	1 526	1 536	1 634	1 547	1 447
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	995	931	1 045	1 009	930	892	935	851	873
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 404	1 305	1 630	1 499	1 397	1 338	1 516	1 441	1 385
darunter Straßenbau	1 000 h	639	599	757	701	643	646	774	722	688
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	90	85	87	83	95	87	84	81	93
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	67	63	66	61	69	67	64	61	69
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	23	22	21	21	25	20	20	20	24
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	332	343	369	358	391	342	352	343	368
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	106	116	118	119	122	109	115	109	113
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	92	86	88	85	96	87	84	84	90
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	133	140	163	154	173	147	153	149	165
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	57	73	69	75	64	76	71	77
Ausbaugewerbe/ Baustallation und sonstiges Ausbaugewerbe ⁴⁾⁵⁾										
	Einheit	2003		2004				2005		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	368	332	331	331	334	331	319	320	319
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	12 338	11 708	11 569	11 497	11 999	11 767	11 207	11 488	11 350
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 677	3 558	3 446	3 467	3 681	3 636	3 330	3 652	3 632
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	80	77	73	75	78	83	72	77	76
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	57	55	52	54	56	59	51	55	54
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	23	22	21	22	22	24	20	21	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	270	263	195	244	281	335	183	240	253
HANDEL										
Großhandel ^{7) 7)}										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	2003=100	100	98,7	100,1	100,1	99,7	98,7	99,2	99,2	99,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	104,3	104,9	105,3	106,1	112,3	112,3	112,5	113,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,6	109,8	110,6	110,6	109,8	114,0	109,8	110,2
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	100	101,7	107,1	107,2	107,7	104,2	107,3	103,2	105,0
Einzelhandel ^{9) 9)}										
* Beschäftigte	2003=100	100	102,9	103,2	103,9	104,5	104,7	105,1	105,6	106,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	102,6	102,9	104,0	104,9	106,8	107,0	107,7	108,3
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,1	101,2	105,1	105,8	102,2	104,8	106,7	106,0
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	100	103,0	101,3	104,8	105,9	101,7	103,7	105,5	105,1
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{10) 10)}										
* Beschäftigte	2003=100	100	98,2	99,7	99,3	99,2	99,7	99,5	99,8	99,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	92,3	92,5	92,8	92,2	96,2	95,7	96,0	96,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	102,4	100,4	104,7	109,2	97,5	104,9	104,1	108,9
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	100	101,3	99,4	103,6	108,3	95,5	102,3	101,3	106,1
GASTGEWERBE ^P										
* Beschäftigte	2003=100	100	106,6	110,2	107,5	104,5	110,1	111,4	109,0	105,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	108,1	111,1	108,5	105,8	113,7	116,2	113,0	109,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	99,5	110,2	108,8	91,7	108,8	111,2	109,6	88,7
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	100	98,7	109,1	108,1	91,4	106,3	108,6	107,7	87,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gästeankünfte	1 000	561	580	799	774	446	791	819	782	456
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	130	154	144	92	232	154	151	90
* Gästeübernachtungen	1 000	1 657	1 652	2 223	2 168	1 128	2 584	2 224	2 170	1 139
* darunter von Auslandsgästen	1 000	375	376	419	377	221	838	450	408	224
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 357	2 262	2 451	2 492	2 364	2 550	2 233	2 447	2 406
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 540	1 447	1 630	1 682	1 480	1 824	1 511	1 681	1 564
* Getötete Personen	Anzahl	30	24	37	26	24	39	32	18	30
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	17	13	19	12	17	19	15	7	18
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	6	5	12	8	4	13	10	6	6
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	1	1	1	4	2	2
Fußgänger	Anzahl	3	3	3	4	1	5	1	-	3
* Verletzte Personen	Anzahl	2 042	1 881	2 146	2 126	1 967	2 392	1 932	2 159	2 080
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	409	376	480	433	380	497	391	435	404
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	203	191	236	178	206	204	145	169	194
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	95	84	126	124	84	129	130	116	87
Radfahrer	Anzahl	51	45	77	66	36	98	72	90	50
Fußgänger	Anzahl	40	38	22	42	34	46	26	41	53
Kraftfahrzeuge										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	13 587	12 955	12 936	12 899	12 229	11 114	14 609	13 226
darunter										
Krafträder	Anzahl	975	865	562	332	203	749	576	410	203
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	11 583	11 347	11 417	11 581	10 414	9 527	12 691	11 865
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	738	703	829	832	743	711	1 122	847
Zugmaschinen	Anzahl	200	239	225	232	181	200	179	312	241
Personenbeförderung										
	Einheit	2003		2004				2005		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	.	69 121	71 535	70 036	62 460	72 451	66 493	65 026	54 394
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	.	643	623	654	517	776	573	570	493
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gütereingang	1 000 t	1 125	1 185	1 148	1 169	1 212	1 215	1 232	1 273	1 154
* Güterversand	1 000 t	756	808	757	828	848	887	988	967	806
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 383	2 644	2 587	2 613	2 683	2 823	2 682	2 987	2 782
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	162	166	165	175	157	168	195	192	185
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 157	2 439	2 377	2 385	2 477	2 517	2 360	2 645	2 460
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	23	17	19	36	18	13	17	16
* Halbwaren	Mill. EUR	83	106	95	100	111	111	99	120	109
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 055	2 309	2 265	2 266	2 330	2 388	2 249	2 508	2 335
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	669	702	656	724	671	649	582	844	748
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 387	1 607	1 610	1 542	1 659	1 739	1 667	1 664	1 587

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweite. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Ausfuhr (Spezialhandel)										
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 780	1 938	1 816	1 933	2 034	2 074	1 929	2 257	2 039
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 590	1 726	1 623	1 727	1 823	1 811	1 656	1 962	1 787
Belgien	Mill. EUR	142	129	126	132	133	137	124	158	131
Luxemburg	Mill. EUR	31	38	32	42	49	42	39	33	52
Dänemark	Mill. EUR	33	33	33	28	37	37	38	43	39
Finnland	Mill. EUR	20	20	21	22	21	20	16	24	19
Frankreich	Mill. EUR	317	356	338	349	348	355	283	383	351
Griechenland	Mill. EUR	23	29	24	30	27	58	44	48	45
Großbritannien	Mill. EUR	190	213	226	213	223	238	260	261	212
Irland	Mill. EUR	11	12	10	11	14	13	16	15	11
Italien	Mill. EUR	186	196	153	213	217	217	143	223	209
Niederlande	Mill. EUR	154	154	151	145	169	142	136	170	152
Österreich	Mill. EUR	114	128	134	125	141	117	122	134	113
Schweden	Mill. EUR	44	55	45	56	56	38	93	61	55
Spanien	Mill. EUR	153	164	136	170	180	182	137	172	182
Portugal	Mill. EUR	19	19	15	16	19	18	16	20	17
* Afrika	Mill. EUR	50	61	72	64	66	77	67	62	59
* Amerika	Mill. EUR	260	300	293	271	268	288	318	292	391
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	201	227	219	203	198	200	246	210	311
* Asien	Mill. EUR	271	319	378	324	291	355	342	349	272
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	50	51	48	48	42	45	52	49
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	22	25	27	21	24	29	26	27	21
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 558	1 625	1 545	1 739	1 661	1 857	1 782	1 665	1 711
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	157	177	160	159	183	157	177	140	147
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 328	1 392	1 335	1 511	1 404	1 535	1 447	1 380	1 413
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	51	54	49	56	67	61	68	66
* Halbwaren	Mill. EUR	165	192	210	229	205	258	256	188	200
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 126	1 149	1 071	1 233	1 142	1 210	1 130	1 124	1 148
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	303	307	299	321	306	303	284	294
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	851	845	764	934	821	905	827	840	853
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 244	1 291	1 228	1 418	1 320	1 455	1 394	1 285	1 334
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 133	1 163	1 100	1 267	1 178	1 292	1 245	1 145	1 200
Belgien	Mill. EUR	163	186	208	181	204	179	218	208	189
Luxemburg	Mill. EUR	26	28	36	36	30	40	35	24	48
Dänemark	Mill. EUR	31	28	25	15	30	28	32	35	27
Finnland	Mill. EUR	8	7	8	8	8	6	9	7	7
Frankreich	Mill. EUR	240	253	179	308	269	262	217	221	219
Griechenland	Mill. EUR	4	5	4	2	4	4	4	4	2
Großbritannien	Mill. EUR	70	63	60	73	62	61	65	73	57
Irland	Mill. EUR	20	14	9	26	8	28	16	23	26
Italien	Mill. EUR	111	106	115	98	103	125	108	94	119
Niederlande	Mill. EUR	174	182	197	206	172	284	269	205	260
Österreich	Mill. EUR	50	53	50	51	57	51	54	47	51
Schweden	Mill. EUR	37	36	31	38	33	26	18	19	19
Spanien	Mill. EUR	69	72	76	80	68	73	66	61	61
Portugal	Mill. EUR	14	10	6	11	7	10	9	9	8
* Afrika	Mill. EUR	24	31	35	30	30	31	52	31	35
* Amerika	Mill. EUR	138	133	105	116	135	138	132	135	128
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	111	104	77	89	106	108	103	106	103
* Asien	Mill. EUR	147	165	171	170	172	230	197	210	211
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	27	29	26	29	30	19	25	25
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	6	4	4	3	6	4	3
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 278	3 879	3 898	3 833	3 803	3 692	3 552	3 523	3 526
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 658	2 798	2 619	2 502	2 759	2 744	2 637	2 629	2 817

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel

INSOLVENZEN		Einheit	2003		2004			2005			
			Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Insgesamt	Anzahl		399	456	557	437	550	547	456	613	627
davon											
* Unternehmen	Anzahl		129	130	156	118	129	135	112	139	126
* Verbraucher	Anzahl		155	201	242	190	273	254	210	331	346
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl		100	113	138	118	137	145	120	129	138
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
Nachlässe	Anzahl		16	13	21	11	11	13	14	14	17
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR		121	118	123	137	112	97	91	98	84
HANDWERK ²⁾		Einheit	2003		2004				2005		
			Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾		98,1	81,4	93,1	92,7	95,4	93,0	90,4	90,8	92,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾		100,0	88,1	85,4	98,2	98,4	104,9	79,2	96,3	98,2
PREISE		Einheit	2003		2004		2005			2006	
			Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Verbraucherpreisindex	2000=100		104,3	106,0	105,9	107,0	106,7	109,0	108,5	109,4	109,1
VERDIENSTE ⁶⁾		Einheit	2003		2004			2005			
			Durchschnitt		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR		2 531	2 571	2 599	2 578	2 575	2 502	2 576	2 608	2 641
* Männer	EUR		2 602	2 643	2 675	2 651	2 645	2 566	2 646	2 677	2 713
* Frauen	EUR		1 909	1 935	1 930	1 933	1 950	1 936	1 950	1 968	1 975
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR		15,38	15,55	15,67	15,53	15,53	15,59	15,62	15,70	15,80
* Männer	EUR		15,79	15,95	16,09	15,92	15,91	15,99	16,01	16,09	16,20
darunter											
Facharbeiter	EUR		16,96	17,05	17,20	16,99	17,02	17,05	17,12	17,23	17,36
angelernte Arbeiter	EUR		15,12	15,45	15,60	15,45	15,40	15,44	15,42	15,51	15,60
Hilfsarbeiter	EUR		12,60	12,66	12,66	12,69	12,64	12,66	12,74	12,77	12,85
* Frauen	EUR		11,78	11,95	11,90	11,96	12,03	12,01	12,04	12,10	12,05
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR		10,97	11,09	11,04	11,11	11,15	11,11	11,31	11,30	11,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h		37,9	38,0	38,2	38,2	38,2	36,9	38,0	38,2	38,5
Arbeiter	h		37,9	38,1	38,3	38,3	38,3	36,9	38,0	38,3	38,5
Arbeiterinnen	h		37,3	37,3	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,4	37,7
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR		3 686	3 775	3 785	3 779	3 769	3 788	3 815	3 843	3 855
* Männer	EUR		3 957	4 056	4 069	4 059	4 048	4 058	4 085	4 121	4 135
* Frauen	EUR		2 888	2 955	2 946	2 963	2 966	2 990	3 016	3 031	3 039
* kaufmännische Angestellte	EUR		3 394	3 474	3 475	3 486	3 479	3 508	3 538	3 559	3 575
Männer	EUR		3 882	3 976	3 981	3 991	3 974	3 998	4 024	4 060	4 084
Frauen	EUR		2 821	2 879	2 872	2 885	2 891	2 915	2 941	2 954	2 960
* technische Angestellte	EUR		3 909	4 013	4 028	4 012	4 002	4 009	4 037	4 072	4 080
Männer	EUR		3 991	4 094	4 110	4 091	4 083	4 087	4 115	4 152	4 161
Frauen	EUR		3 136	3 245	3 233	3 259	3 250	3 275	3 301	3 322	3 331
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR		2 780	2 878	2 857	2 871	2 900	2 911	2 921	2 929	2 944
* Männer	EUR		3 068	3 169	3 139	3 162	3 197	3 199	3 204	3 217	3 239
* Frauen	EUR		2 393	2 484	2 474	2 475	2 500	2 517	2 527	2 528	2 531
* kaufmännische Angestellte	EUR		2 791	2 902	2 883	2 895	2 925	2 935	2 944	2 951	2 966
Männer	EUR		3 133	3 251	3 223	3 242	3 278	3 283	3 285	3 296	3 319
Frauen	EUR		2 401	2 495	2 487	2 486	2 512	2 524	2 534	2 533	2 536
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR		3 246	3 329	3 324	3 327	3 336	3 355	3 372	3 392	3 406

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsgeld, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2003		2004				2005		
		Durchschnitt		31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 290	113 247	112 230	112 953	113 075	114 728	115 919	116 079	116 272
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 598	12 465	12 674	12 524	12 154	12 506	12 650	12 259	12 162
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 550	9 938	10 424	9 987	9 817	9 525	9 438	9 491	9 205
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 142	90 844	89 132	90 442	91 104	92 697	93 831	94 329	94 905
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 069	107 347	106 093	106 903	107 220	109 173	110 271	110 514	111 055
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	92 487	93 937	93 207	93 794	94 260	94 486	95 392	96 140	96 722
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 582	13 408	12 886	13 109	12 960	14 687	14 879	14 374	14 333
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 221	5 899	6 137	6 050	5 855	5 555	5 648	5 565	5 217
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	84 173	87 584	86 538	87 046	87 280	89 470	92 709	93 280	94 232
Sichteinlagen	Mill. EUR	22 733	24 185	23 574	24 394	24 049	24 721	25 589	26 843	27 329
Termineinlagen	Mill. EUR	25 982	27 994	27 559	27 485	28 049	28 883	29 961	29 618	30 524
Sparbriefe	Mill. EUR	5 215	5 159	5 044	5 061	5 182	5 349	5 371	5 342	5 260
Spareinlagen	Mill. EUR	30 243	30 246	30 361	30 106	30 000	30 517	31 788	31 477	31 119
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	81 610	84 868	83 882	84 093	84 568	86 930	89 707	90 189	90 625
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	79 251	82 935	82 012	82 095	82 700	84 934	88 014	88 483	89 040
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 360	1 933	1 870	1 998	1 868	1 996	1 693	1 706	1 585
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 563	2 716	2 656	2 953	2 712	2 540	3 002	3 091	3 607
STEUERN	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 084	2 091	1 885	2 200	2 760	2 449	1 995	2 381	3 063
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	733	691	472	776	1 230	955	398	756	1 376
Lohnsteuer	Mill. EUR	636	573	431	753	792	423	422	742	755
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	121	115	-	317	-	-	-	314	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	5	7	- 45	- 30	332	328	- 24	- 18	381
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	51	147	10	5	19	13	7	19
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	20	12	37	13	9	12	32	15
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	9	-	26	-	-	-	18	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	41	- 72	6	89	176	- 25	- 7	206
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 10	2	-	- 0	-	-	-	1	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 351	1 400	1 413	1 424	1 529	1 494	1 597	1 625	1 688
Umsatzsteuer	Mill. EUR	354	365	370	386	388	370	423	404	377
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	997	1 035	1 043	1 038	1 141	1 124	1 174	1 221	1 310
Zölle	Mill. EUR	96	113 r	123	122	122 r	159	148	138	148
Bundessteuern	Mill. EUR	108	92 r	216	- 55	216 r	93	61	64	177
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	66	51 r	185	- 84	146 r	36	35	35	97
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	32	24	21	63	49	19	21	72

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEuern	Einheit	2003		2004				2005			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Landessteuern	Mill. EUR	77	99	70	73	82	89	72	78	101	
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	0	- 3	0	0	0	0	0	0	
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	30	13	9	10	12	8	17	14	
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	15	16	15	16	15	16	17	17	17	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	33	35	29	32	29	34	36	30	40	
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	14	13	13	21	18	8	12	24	
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	4	4	0	0	4	
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	4	3	3	3	
	Einheit	2003	2004				2005				
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal		
Gemeindesteuern	Mill. EUR	350	404	355	447	367	445	438	415	406	
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	4	5	5	5	
Grundsteuer B	Mill. EUR	97	99	91	107	107	90	92	110	112	
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	240	291	251	323	245	346	333	288	280	
sonstige Gemeindesteuern 1)	Mill. EUR	10	9	8	13	9	6	8	13	8	
Steuerverteilung											
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.											
Gewerbesteuer (netto) 2)	Mill. EUR	546	600	468	609	546	777	543	569	621	
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	160	230	227	262	173	257	291	220	216	
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	247	230	127	191	222	379	130	193	251	
	Mill. EUR	29	28	11	31	29	41	17	28	28	
	Einheit	2003	2004				2005				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
Steuereinnahmen des Landes											
Landessteuern	Mill. EUR	577	598	483	591	776	535	470	578	898	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	77	99	70	73	82	89	72	78	101	
Lohnsteuer	Mill. EUR	263	261	155	278	427	365	116	268	497	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	220	205	133	269	235	130	129	263	217	
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	2	3	- 19	- 13	141	139	- 10	- 8	162	
Zinsabschlag	Mill. EUR	14	22	72	3	1	4	4	2	9	
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	10	11	5	16	6	4	5	14	7	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	17	19	- 36	3	44	88	- 13	- 4	103	
Umsatz	Mill. EUR	220	224	219	238	228	80	237	230	255	
Umsatzsteuer	Mill. EUR	155	160	168	176	155	15	174	167	190	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	64	51	62	72	65	63	63	66	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	5	13	1	13	0	14	1	14	
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	4	0	4	0	6	0	6	
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	7	18	1	18	0	21	1	21	
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	4	0	4	0	4	0	4	
Steuereinnahmen des Bundes											
Bundessteuern	Mill. EUR	1 116	1 078 r	1 107	955	1 486 r	1 294	1 078	1 236	1 670	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	108	92 r	216	- 55	216 r	93	61	64	177	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	317	314	206	331	530	420	168	321	595	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	683	667	673	677	728	782	835	850	884	
	Mill. EUR	8	5	13	1	13	0	14	1	14	

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Januar

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2005
Bestellnr.: A1033 200521

E-Mail-Versand: Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2005
Bestellnr.: A1033E 200521

Einbürgerungen in Rheinland-Pfalz 2004
Bestellnr.: A1093 200400

Sterbefälle nach Todesursachen und Verwaltungsbezirken 2004
Bestellnr.: A4033 200400

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im November 2005
Bestellnr.: E1023 200511

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im November 2005
Bestellnr.: E1033 200511

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2004
Bestellnr.: E1063 200400

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im November 2005
Bestellnr.: E4023 200511

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Jahr 2005 (Eilbericht)
Bestellnr.: F2013 200500

Baugenehmigungen im Dezember 2005
Bestellnr.: F2033 200512

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im November 2005
Bestellnr.: G1023 200511

Aus- und Einfuhr im Oktober 2005
Bestellnr.: G3023 200510

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2005
Bestellnr.: H1023 200511

Binnenschifffahrt im Oktober 2005
Bestellnr.: H2023 200510

Sozialleistungen

Kriegsopferfürsorge 2004
Bestellnr.: K3033 200401

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Dezember 2005
Bestellnr.: M1013 200512

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im November 2005
Bestellnr.: M1043 200544

Umwelt

Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2003
Bestellnr.: Q3023 200300

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2005
Bestellnr.: Z1013 200510

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Verzeichnisse und Adressarien

Schulverzeichnis für allgemein bildende Schulen in Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2005/2006
Bestellnr.:
CD-ROM: B1004C 200500
E-Mail: B1004E 200500

Schulverzeichnis für berufliche
Schulen und Schulen des Gesund-
heitswesens in Rheinland-Pfalz,
Schuljahr 2005/2006

Bestellnr.:

CD-ROM: B2004C 200500

E-Mail: B2004E 200500

Gemeinschaftsveröffentlichun- gen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

CD-ROM: Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen der Länder –
Kreis- und Länderergebnisse 1991
bis 2004 – Rückrechnungsergebnis-
se ab 1970/1980 – Ausgabe 2005
Bestellnr.: P1125C 200500

Neuaufgabe der Schulverzeichnisse erschienen



Schuladressen und Eckdaten zu Schülern und Lehrern im Excel-Format

Das Statistische Landesamt hat die elektronischen Verzeichnisse der rheinland-pfälzischen Schulen zum laufenden Schuljahr 2005/06 aktualisiert. Angeboten werden Verzeichnisse für die allgemein bildenden Schulen einerseits und die berufsbildenden Schulen einschließlich der Schulen des Gesundheitswesens andererseits. Beide Publikationen sind als Excel-Dateien über E-Mail oder auf CD-ROM erhältlich.

Die Verzeichnisse der allgemein bildenden und der berufsbildenden Schulen enthalten Anschriften, Telefon- und Telefaxnummern sowie E-Mail- und Internetadressen der Einrichtungen, außerdem Eckzahlen zum Lehrpersonal sowie zu den Schülerinnen und Schülern. Neu ist der Hinweis auf ein eventuell vorhandenes Ganztagsangebot an den allgemein bildenden Schulen. Für die Schulen des Gesundheitswesens enthalten die Verzeichnisse ausschließlich die Adressdaten und die jeweils angebotenen Bildungsgänge. Die Daten können über optionale Filter nach „Kreisen“, „Schularten“, „Schulstandorten“ oder „Bildungsgängen“ ausgewählt werden. Auch eine gezielte Auswahl nach dem Schulträger (öffentlich oder privat) ist möglich.

Als CD-ROM sind beide Verzeichnisse für jeweils 13 Euro, als E-Mail für jeweils 10 Euro erhältlich. Zusätzliche Versandkosten entstehen nicht. Für die Nutzung der Dateien sind folgende Systemstandards Voraussetzung: Microsoft Windows 98 oder höher; Microsoft Excel Version 97 oder höher.

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenlosen Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Opel Kaiserslautern und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.